Troeltsch

Über die

neuesten Veränderungen

im

deutschen Wirtschaftsleben.

Vortragscyklus,

gehalten

in Stuttgart vom 21. November bis 19. Dezember 1898

von

Walter Troeltsch,

a. o. Professor an der Universität Tübingen.

Berlin S.W. Krausenstraße 39.

Stuttgart.
Verlag von W. Kohlhammer.
1899.

Leipzig Roßplatz 14.

Druck von W. Kohlhammer.

Vorwort.

Die nachfolgenden Vorträge sind Ende des vergangenen Jahrs im Stuttgarter Landesgewerbemuseum vor dem kaufmännischen und Handelsverein gehalten worden. Auf Anregung des Präsidenten der Königl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Herrn von Gaupp, und auf Wunsch der genannten Vereine habe ich mich entschlossen, sie dem Druck zu übergeben. Bieten sie auch dem Fachmann höchstens in Einzelpunkten Neues, so schien doch das Interesse, das den Vorträgen entgegengebracht wurde, groß genug, um sie in bleibender Form den Zuhörern und allen denen zugänglich zu machen, die ein Bedürfnis nach Orientierung über die heutigen Anschauungen wissenschaftlicher Kreise fühlen, ohne doch Zeit zum Studium der unübersehbar großen Fachlitteratur zu finden.

Ton und Form des Vortrags sind beibehalten worden. Wie für die ganze Fassung des Themas, so waren auch für einzelne Wendungen spezielle Rücksichten auf den Ort und den Kreis der Zuhörerschaft maßgebend. Auch hierin hielt ich es für angezeigt, nichts nachträglich umzugestalten. Dagegen ist das Ganze sorgfältig durchgesehen, neuere Statistik nachgetragen und Einzelnes z. B. über Struktur und Besteuerung der Warenhäuser etwas weiter ausgeführt.

Tübingen, im Februar 1899.

Walter Troeltsch.

Inhalt.

I.

Rückblick; Grundlagen der heutigen Wirtschaftsverhältnisse.

Meine Herren!

Ich danke Ihnen, daß Sie mich hieher zu einem Vortragscyklus berufen haben. Ich habe gern meinerseits die Hand zu dem ersten Versuch Ihres Vereins geboten, das, was man University extension nennt, auch nach Stuttgart zu verpflanzen, dem leider eine Universität fehlt. Und ich wünschte nur, daß der erste Versuch Sie nicht von einer Fortsetzung abschreckte.

Ferner darf ich einige Worte über den Standpunkt vorausschicken, von dem aus ich das gewählte Thema behandeln werde.

Sie werden selbst nicht erwarten, daß ich den Standpunkt einer bestimmten Partei oder Interessengruppe vertrete. Das ist gerade der Vorzug von uns Universitätslehrern, welche Untugenden wir auch sonst haben mögen, daß wir unabhängig sind.

Ich bitte Sie auch, von mir nicht detaillierte Rezepte zu erwarten, durch die das wirtschaftliche Leben, soweit es krankt, geheilt werden könnte. Diese Heilkunst müssen wir Staatsmännern und Parteipolitikern überlassen. Ich kann auch nicht den kleinen Misèren des täglichen Lebens nachgehen, eine so große Rolle sie für jeden spielen. Ich muß mich darauf beschränken, Ihnen in großen Zügen ein Bild von unserem jetzigen wirtschaftlichen Leben, von den in Betracht kommenden Kräften und Entwicklungstendenzen zu entwerfen. Ich habe mehr zu beobachten als zu politisieren.

Und noch eins, meine Herren! Wir sind nicht zusammengekommen, um uns Höflichkeiten zu sagen. Die Damenwelt, die jedem Redner eine gewisse Milde abzwingt, ist von den Vorträgen ausgeschlossen. Schon das deutet auf eine ernsthaftere Grundstimmung der Vorträge. Das Ziel, dem wir zustreben, soll die Wahrheit sein. Wir müssen die Dinge beim rechten Namen nennen. Und wenn ich dies thue, so darf ich wohl annehmen, daß Sie überzeugt sind, daß dies nicht aus persönlichen Neigungen, sondern aus sachlichen Gründen geschieht.

Was mich bewogen hat, vor Ihnen hier über die neuesten Veränderungen im deutschen Wirtschaftsleben zu sprechen, ist ein doppeltes:

Einmal die notorische Thatsache, daß unsere heutigen Verhältnisse sich durch ihre Ruhelosigkeit und Verwickeltheit von der Vergangenheit unterscheiden, sodann die Beobachtung, daß trotz der Überflutung mit Zeitungen und Zeitschriften und obwohl unser öffentliches Leben außerordentlich lebhaft pulsiert, nur wenigen die Zeit bleibt, sich neben den Augenblickserfordernissen des Berufs Rechenschaft zu geben über die allgemeine Entwicklung unserer wirtschaftlichen Zustände.

Es wäre mir eine Genugthuung, wenn es mir gelänge, Sie heute und an den folgenden Abenden emporzuheben aus der Last und Hast Ihres Berufslebens auf eine höhere Warte, von der aus die Thätigkeit und die Bestrebungen der Einzelnen nur als Glieder eines Ganzen erscheinen, nämlich unserer nationalen Volkswirtschaft.

Wie jede einzelne menschliche Willensäußerung beruht auf einer Summe sich kreuzender oder verstärkender Motive, so ist auch das Wirtschaftsleben der Völker in einem gegebenen Zeitraum beherrscht von einer Reihe allgemeiner, wirkender Thatsachen und Ideen. Ohne das Verständnis der letzteren bleibt die Erkenntnis des ersteren Stückwerk.

Wollen wir daher die Veränderungen, in denen wir heute leben, in ihrer Tragweite beurteilen, so bedarf es, nachdem diese

Veränderungen in ganz allgemeinen Zügen umrissen sind, des Versuchs, zunächst diese leitenden Fäden aufzusuchen und zu entwirren.

Ganz summarisch betrachtet, scheinen mir nun die Veränderungen unseres Wirtschaftslebens im Vergleich mit der Vergangenheit in drei Sätze zusammengefaßt werden zu können, die ich je mit ein paar Worten erläutern werde.

I. Maß, Form, Bedingungen und Zweck der Produktion haben sich völlig verändert, wenigstens auf den wichtigsten Gebieten.

Das zeigt uns schon die Massenhaftigkeit aller Produktion gegenüber früherer Geringfügigkeit, ein Unterschied, der nicht nur vom Gewerbe, sondern auch von der Landwirtschaft gilt. Unser deutscher Boden trägt heute doppelt so viele Früchte, wie vor hundert Jahren. Das zeigt weiter die Intensität, gemessen an der Kapitalverwendung oder an der Anspannung der Arbeitskraft, gegenüber der früheren primitiven, beschaulichen Produktionsweise. Dieser Fortschritt prägt sich am schärfsten in der beherrschenden Bedeutung des gewerblichen Großbetriebs aus. Ferner: an die Stelle der Einwirkung von bloß lokalen Verhältnissen auf die Produktion ist seit den letzten Jahrzehnten in vielen Zweigen eine Abhängigkeit geradezu vom Gang der Weltwirtschaft getreten.

Endlich: der Einzelne produziert heute nicht mehr für ein Bedürfnis seiner eigenen Wirtschaft, ja nicht einmal um ein bestimmtes Bedürfnis Dritter zu befriedigen, sondern in der Regel nur, um durch seine Thätigkeit einen Gewinn zu erzielen.

II. Diese Umgestaltungen der Produktion haben als vielfach unentbehrliches Zwischenglied die moderne Form des Handels mit seiner vielfältigen Verzweigung geschaffen.

Das Bedürfnis nach einer berufsmäßigen Vermittlung des Verkehrs der Produzenten unter sich und mit den Konsumenten war früher ein verhältnismäßig geringes. Denn Produktion und Konsumtion paßten sich örtlich, zeitlich, der Art und dem Umfang nach im wesentlichen den Vorräten und dem Begehr kleiner

leicht übersehbarer Gebiete an. Unsere heutige Produktion, die alle diese Grenzen übersprungen hat, kann des Handels nicht entbehren. Dies zeigt sich bei der Beschaffung der nötigen Rohmaterialien und Hilfsstoffe, bei der Beschaffung von Kapital oder Kredit, vor allem aber bei der Verwertung der Produkte.

Freilich ist diese Thätigkeit eines besonderen Berufsstands von Händlern gerade seit ihrer wachsenden Ausdehnung nicht unangefochten geblieben. Wie in den Kreisen der Konsumenten, so zeitigte auch die neueste Zeit bei den Produzenten, besonders den Landwirten, den Versuch, den selbständigen Händler zu ersetzen durch andere Organisationen.

III. Die Umwälzungen in der Produktion und die Thätigkeit des Handels haben auch den Verbrauch des einzelnen Haushalts von Grund aus verändert.

In qualitativer und quantitativer Beziehung: Die Selbsterzeugung des Bedarfs innerhalb des eigenen Haushalts hat in den Städten fast völlig aufgehört, auch auf dem Land ist sie in starkem Rückgang begriffen. Auch der ärmste Haushalt stützt sich heute in großem Umfang auf fremde Arbeit. Die Städter haben das Backen und Metzgen längst, die Sorge für Wintervorräte, die Bekleidung und vieles andere neuerdings mehr und mehr Personen überlassen, die außerhalb des Haushalts stehen.

Hand in Hand damit geht, daß unsere Bedürfnisse, auch die des kleinsten Arbeiters, massenhafter, vielgestaltiger und — anspruchsvoller geworden sind.

Fragt man nun, welches die Grundlagen sind, auf denen diese eben charakterisierten neueren und neuesten Veränderungen unserer Wirtschaft ruhen, so muß ich zunächst gestehen, daß es unmöglich ist, sie auch nur erschöpfend aufzuzählen, geschweige denn, ihre gegenseitige Bedingtheit, ihre Wechselwirkung auf einander bis ins einzelne zu verfolgen. Es wird sich in erster Linie darum handeln, in dem Labyrinth, das sich hier aufthut, den Weg nicht zu verlieren.

Jedermann wird zunächst zur Erklärung der großen Umgestaltungen unserer Wirtschaft auf die Umwälzungen der Technik verweisen, die nach jahrhundertelangem Stillstand die Welt seit wenigen Jahrzehnten nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Und sicher darf die Tragweite der technischen Fortschritte für die Gütergewinnung und Güterverteilung nicht unterschätzt werden.

Wir denken dabei zunächst immer bloß an diejenige Vervollkommnung, die die Transportmittel und die Werkzeuge für die Produktion erfahren haben. Aber kaum geringer sind die Wirkungen, die die tiefere Einsicht in die chemischen Prozesse und deren Ausnutzung für die Praxis der Landwirtschaft und des Gewerbes gezeitigt hat.

Unsere Herrschaft über die Güterwelt ist nie so vollkommen gewesen wie heute, wir danken den technischen Fortschritten eine enorme Vermehrung des Güterbestands überhaupt wie für den einzelnen Haushalt. Produkte, die ehedem wertlos waren (ich erinnere nur an die Thomasschlacke, die Abraumsalze, an geringhaltige Golderze), haben heute die größte Bedeutung gewonnen.

Aus der Technik schöpft die heute verbreitetste Form des gewerblichen Großbetriebs, die Fabrik, ihre Kraft; ohne die Technik würden die großkapitalistischen Betriebe geblieben sein, was sie im 18. Jahrhundert waren, bloße Ausnahmen, ohne weitgreifende Wirkung.

Von Jahr zu Jahr steigert sich diese technische Entfaltung. Nur das wenigste ist zahlenmäßig greifbar. Aber es giebt doch einen Eindruck, daß an Dampfmaschinen für das Gewerbe vorhanden waren im Zollverein

1861 . . 10400,

dagegen Motorenbetriebe mit Verwendung von Dampf, Gas, heißer Luft oder Elektrizität im ganzen Reich

1895 etwa 92000, und

daß die Summe der in diesen Motoren steckenden Pferdekräfte

1861 . . 190000
1895 . 2800000 betrug.

Und welcher Einfluß kommt der Technik in ihrer Anwendung auf die modernen Transportmittel zu!

Der Standort ganzer Berufszweige, die vordem gebunden waren an die in Bezug auf Rohstoffe oder Absatz günstigst gelegenen Orte, ist verschoben worden durch diesen Einfluß. Die Technik ist es, die alle bisherigen lokalen oder höchstens territorialen Marktverhältnisse erschüttert hat. Mit ihrer Hilfe konkurrieren heute überseeisches Getreide, Fleisch und Eisen (von andern Industrieprodukten zu schweigen) mit unserer heimischen Produktion. Wollten wir dem modernen Handel die heutigen Mittel des Güter- und Nachrichtentransports entziehen, so würden wir ihn einer seiner wichtigsten Stützen berauben.

Das ist ja alles durchaus richtig. Aber doch darf man die Bedeutung der Technik nicht überschätzen.

Denn das ist bei schärferer Betrachtung unverkennbar: An sich hätten alle Fortschritte der Technik, so groß sie auch sein mochten, nicht die Kraft gehabt, die alte Form der Wirtschaftsführung aus den Angeln zu heben. Das zeigt uns China, der türkische Orient, ein großer Teil von Rußland, Spanien; das zeigt uns das Schicksal verkannter Erfinder.

Es mußte hinzukommen eine entsprechend veränderte wirtschaftliche Organisation, die die technischen Erfindungen auch wirklich für die Menschheit fruchtbar machte. Diese Unterstützungsmittel sind Kapital und Arbeitsteilung.

Alle größeren technischen Verbesserungen sind nur ausnützbar durch Kapitalinvestitionen. Das Kapital ist in den ersten Jahrzehnten der Erfindungen sehr zurückhaltend gewesen (das zeigt am deutlichsten die Anfangsgeschichte des süddeutschen Eisenbahnwesens), aber heute gilt dies nicht mehr. Das Kapital überbietet sich jetzt geradezu in der Verwertung von Erfindungen.

Kapitalistische Betriebe hat es schon seit Jahrhunderten gegeben. Aber sie bezogen sich (mit seltenen Ausnahmen) nur auf den Handel. Die Verbindung von größeren Mengen Kapitals mit der Produktionstechnik ist ganz neu. Erst diese Verbindung

hat denjenigen Typus des kapitalistischen Betriebs geschaffen, den wir heute als Fabrik bezeichnen.

Das Mittel aber, dessen sich der kapitalistische Betrieb bei der Produktion bedient, ist durchaus nicht bloß die Anwendung der technischen Erfindungen, sondern gleichzeitig und unabhängig davon die Einschränkung des Arbeitsgebiets, sei es für einen Betrieb im Gegensatz zu anderen Betrieben, sei es für die in einem Einzelbetrieb beschäftigten Personen. Und diese Erscheinung nennen wir Arbeitsteilung.

Diese Arbeitsteilung ist nun ihrerseits auch unabhängig von ihrer Verbindung mit der Technik als eine jener Hauptthatsachen zu betrachten, die dem heutigen Wirtschaftsleben im Gegensatz zur Vergangenheit das Gepräge geben.

Es giebt heute unzählige Berufe, in denen die Spezialisierung scheinbar bis aufs äußerste getrieben ist und dies gilt nicht nur von der wirtschaftlichen Thätigkeit, sondern überhaupt von aller Thätigkeit bei den Kulturvölkern, z. B. den liberalen und Beamtenberufen. Noch am Anfang des 19. Jahrhunderts übersteigt die Zahl der Berufe auch in den größten deutschen Städten nicht einige Hundert. Die letzte Berufszählung von 1895 stellt dagegen 10 300 Berufsbezeichnungen zusammen. Zieht man dabei auch den starkgewachsenen Reichtum unserer Sprache in Betracht, so bleiben doch immerhin noch tausende von Berufen übrig.

Bei dieser Verengerung des Gebiets der körperlichen und geistigen Arbeit handelt es sich um eine Entwicklung von größtem Umfang, um Vorgänge, durch die sich die Kräfte der einzelnen den Leistungen, die von ihnen gefordert werden, freiwillig oder gezwungen anpassen.

Bleiben wir bei der wirtschaftlichen Arbeitsteilung stehen, so sind ihre Wirkungen so ungemein vielseitig, daß manche Nationalökonomen wohl gemeint haben, mit dem Wort der arbeitsteiligen Wirtschaft alles erschöpfen zu können, was das heutige Wirtschaftsleben charakterisiert. Ich glaube, daß das nicht richtig

ist; wir werden sie immer nur als eine, wenn schon äußerst weit wirkende Ursache anerkennen können.

Davon will ich nicht reden, daß dank der Arbeitsteilung unsere Bedürfnisbefriedigung jenen Grad von Verfeinerung erfahren hat, den ich vorhin hervorhob. Denn das ist erst eine sekundäre Erscheinung.

Das Primäre ist die außerordentliche Steigerung der Leistungen nach Menge und Art, eine Erscheinung freilich, die durchaus nicht immer an die Verwendung großer technischer Hilfsmittel geknüpft ist, wenn die letzteren auch einen großen Einfluß gewonnen haben.

Wo die Arbeitsteilung soweit geht, daß der Einzelne nicht mehr selbständig absetzbare Teilprodukte erzeugt, da verändert sie auch qualitativ die Struktur der Betriebe. Da wird die Zusammenfassung der Teilarbeiten in ein Ganzes, die Überwachung der Teilarbeit durch besondere Kräfte zum Bedürfnis, wie sie uns im modernen Fabrikbetrieb typisch entgegentritt.

Diese Veränderung der Betriebsweise leitet unmittelbar zur Beobachtung, daß die Verengerung der Arbeitsgebiete keineswegs immer ein Gewinn ist. Die Arbeitsteilung hat Schatten auf unser heutiges Wirtschaftsleben geworfen, die der Vergangenheit mindestens nicht in dem Maß bekannt waren.

Zunächst: die Arbeitsteilung entspricht durchaus nicht immer den subjektiven Gaben und oft noch weniger dem objektiven Bedürfnis. Und das schafft Mißstimmung und Erfolglosigkeit.

Ferner: die Arbeitsteilung hat Personen dem gewerblichen Leben zugeführt, die vorher durch ihr Geschlecht und Alter vor Inanspruchnahme geschützt waren. Sie hat in ihnen Bedürfnisse nach Arbeit erweckt, die nur auf Kosten der Erziehung und Ausbildung, der Gesundheit und des Familienlebens zu befriedigen sind.

Sodann: die Arbeitsteilung hat in wachsendem Maße die Menschen in Abhängigkeit verstrickt. Auch der Betriebsleiter, der selbständig sich sein engeres Arbeitsgebiet gewählt hat, empfindet sie. Sein Absatz wird schwankender, unübersehbarer;

das Schicksal seiner Lieferanten trifft ihn mit. Und wieviel drückender ist die Abhängigkeit des Arbeiters, der im arbeitsteiligen Betrieb sein Brot suchen muß! Wie unentrinnbar fest ist er durch die Einseitigkeit seiner Ausbildung an bestimmte Industrien und Orte gefesselt.

Endlich noch eins: Wie stark macht sich diese Spezialisierung der Thätigkeit in den Anschauungen aller Kreise geltend! „Im engen Kreis verengert sich der Sinn.“ Je enger das Arbeitsgebiet, um so enger wird in der Regel für Herrn und Knecht der Blick. Die moderne Schärfe der Interessengegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer, zwischen Handel und Landwirtschaft, zwischen Städter und Nichtstädter beruht nicht zum wenigsten auf unserer vorgeschrittenen Arbeitsteilung. —

Das Maß der Arbeitsteilung steht nicht nur in Beziehung zu technischen Fortschritten und höheren Anforderungen an die Leistungen, sondern es ist auch bedingt durch die Bewegung der Bevölkerung.

Damit komme ich zu einer weiteren, für unsere heutigen Verhältnisse wichtigen Thatsache.

Die deutsche Bevölkerung hat sich, auf dieselbe Fläche bezogen, im Lauf des 19. Jahrhunderts gerade verdoppelt. 1800 bis 1825 betrug sie 50, 1895 97 Seelen auf den Quadratkilometer. Deutschland ist in Bezug auf relativen Bevölkerungszuwachs in dieser Zeit nur von Belgien und Großbritannien, sowie von den schwachbesiedelten nördlichen und östlichen europäischen Staaten übertroffen. Die absolute Dichtigkeit ist heute nur in England, Belgien, den Niederlanden und Italien größer.

Man kann die Frage aufwerfen, ob die große, in den letzten Jahrzehnten jährlich 1 % wesentlich übersteigende Bevölkerungsvermehrung als eine Ursache oder als eine Folge der Umwälzung der Erwerbsverhältnisse im 19. Jahrhundert zu betrachten ist. Jedenfalls ist die Frage nicht für alle Teile des Reichs gleich zu beantworten. Die Wahrheit wird das sein, daß die Bevölkerungszunahme und speziell die Anhäufung in den Städten erst ein Produkt

der neuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte ist, daß aber dort, wo schon am Anfang des Jahrhunderts die Bevölkerung dicht war, wie in Württemberg, in Baden, am ganzen Rhein, ebendarum ein Anreiz zu intensiverer Wirtschaft, technischen Fortschritten, zur Arbeitsteilung vorlag, und weiter, daß überhaupt auch heute die Bevölkerungsanhäufung an sich und ihr dauerndes Wachstum ein Stachel ist, der die moderne Entwicklung nicht zur Ruhe kommen läßt.

Das immer weitere Fortschreiten einer sachlich oft nicht gerechtfertigten Spezialisation des wirtschaftlichen Erwerbs, die Überfüllung aller Berufe und des Arbeitsmarkts, die lokale Bodenbesitzzersplitterung, die eifersüchtige Verfolgung der Konkurrenz, die Klage über geringeren Nahrungsspielraum sind Symptome dafür, wie tief die übermäßige Fruchtbarkeit der germanischen Rasse und das naive Gottvertrauen des Volkes in Bezug auf die Zukunft seiner Kinder den Kampf ums Dasein verschärft.

Was man auch zu Gunsten unserer Bevölkerungszunahme sagen mag, daß in ihr die relative Unverdorbenheit unserer Sitten, ein gewisser Lebensmut sich abspiegle, daß auf ihr die Achtung gebietende Wehrkraft, die Überlegenheit über unseren Erbfeind, ein gutes Teil der außerordentlichen Entwicklung unserer Güterproduktion beruhe, alle diese Gründe genügen nicht, das dauernde Übermaß an Volkszunahme, unter dem wir heute leiden, zu rechtfertigen.

Aber dieses Wachstum der Bevölkerung ist nicht, wie noch im ganzen 18. und dem Anfang des 19. Jahrhunderts, in allen Landesteilen gleichmäßig eingetreten, sondern charakteristisch für die letzten Jahrzehnte ist die rapide Anhäufung der Bevölkerung in den alten und neuen Städten, der Wegzug des Bevölkerungsüberschusses aus den Dörfern. In den 30er Jahren wohnten $^3/_4$—$^2/_3$ aller Menschen in Dörfern, heute umfassen allein die Orte mit über 2000 Seelen die Hälfte der ganzen Bevölkerung. In Städten mit über 100000 Seelen wohnte 1875 der 21. Mensch, heute schon der siebente. Und doch sind die Lebens-

bedingungen für den Großstädter nicht günstiger, sondern ungünstiger. Es wird doch im wesentlichen richtig sein, daß die Bevölkerung hier rascher abstirbt, daß sie immer aufs neue wieder einer Verjüngung vom Land her bedarf. Während in den Städten die Arbeitskräfte sich häufen, sich unterbieten und schließlich doch zum Teil müßiggehen, herrscht auf dem Lande Mangel. Beides stellt der heutigen Wirtschaftspolitik Aufgaben, die früher gar nicht bekannt waren.

Mehr wie je sind heute die Städte, trotzdem die rechtlichen Vorzüge gefallen sind, die sie früher in den Mittelpunkt schoben, die Zentren des wirtschaftlichen Lebens. Über $^2/_3$ alles Einkommens fällt nach den preußischen Erfahrungen auf die Städte, die doch nur 41 % der Bevölkerung enthalten. Welche Verkehrsverschiebungen hat diese Zunahme der Städte hervorgerufen, welche Umgestaltung der Anschauungen!

Während die Sitten und Gebräuche gleichartiger, aber auch farbloser geworden sind, hat das städtische Leben trotz des dichten Beieinanderwohnens die Menschen einander innerlich entfremdet. Die früheren vielseitigen gemütvollen, an die Unselbständigkeit des Individiums anknüpfenden Beziehungen der Bevölkerung, die, vom Land kommend, auch die alten Städte beherrschten, sind verkümmert; eine rücksichtslose Jagd nach dem Glück, bei der jeder seines Nächsten Feind ist, ist an die Stelle getreten.

Von jeher Träger des menschlichen Fortschritts, sind die großen Städte doch, wie sich später näher ergeben wird, gleichzeitig auch ein außerordentlich günstiger Nährboden, ja geradezu eine Ursache für den rapiden Verlauf der neuesten wirtschaftlichen Umbildungen geworden. So wird man denn nicht verkennen dürfen, daß aller sogenannten städtischen Kultur zum Trotz das moderne Städtetum einen tiefen und nicht günstigen Einfluß ausgeübt hat auf die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Menschen. —

Mit dem Hinweis auf die technischen Fortschritte, auf die Bedeutung der Arbeitsteilung, der Bevölkerungszunahme und -anhäufung für unsere heutigen wirtschaftlichen Zustände habe ich

Thatsachen genannt, die, so wichtig sie auch sein mögen, doch nicht als die eigentlich entscheidenden zu betrachten sind.

Als die Hauptwurzel unserer heutigen Verhältnisse im Vergleich zu früher erachte ich das moderne Kapital und seine Macht.

Es hat nur einmal in der Weltgeschichte eine Zeit gegeben, wo das Kapital eine ähnlich große Rolle gespielt hat, wie im 19. Jahrhundert. Das war das 15. und 16. Jahrhundert, als in der Hand von wenigen großen Handelshäusern Süddeutschlands, Italiens und Frankreichs (ich nenne hier nur die Augsburger Fugger) infolge glücklicher Spekulationen Millionen vereinigt waren.

Aber der Einfluß dieser Geldfürsten beschränkte sich auf den Handel mit teuren fremden Waren und auf die politisch-finanzielle Lage der damaligen westeuropäischen Dynastien. Die Masse der Bevölkerung blieb im ganzen von dieser Kapitalanhäufung unberührt, weil Produktion und Erwerb sich in dem alten primitiven Geleise fortbewegten, weder eine Befruchtung noch eine Erschütterung von den damaligen Kapitalmächten empfingen.

Wenn seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts das Kapital so unendlich tief in unsere ganze Volkswirtschaft eingreift, so beruht dies darauf, daß sich sein Einfluß nicht wie ehedem nur auf einzelne Sphären beschränkt, sondern daß es die beherrschende Macht über die meisten Gebiete von Produktion und Erwerb geworden ist.

Auch in diesem Prozeß tritt deutlich die Wechselwirkung der Kräfte innerhalb des Wirtschaftslebens hervor. Vorhin sahen wir, daß ohne das Kapital die technischen Erfindungen auf dem Papier geblieben wären, aber ebenso ist umgekehrt wieder die lawinenartig wachsende Kapitalbildung in den letzten 100 Jahren zu einem großen Teil auf die Ausnützung der technischen Fortschritte und die damit zusammenhängenden pekuniären Erfolge zurückzuführen.

Ist diese Macht des Kapitals als Glück oder als Unglück zu betrachten?

Weite Kreise der Bevölkerung neigen heute zu letzterem Urteil. Da ist es wohl angebracht, darauf zu verweisen, wie Großes die moderne Volkswirtschaft dem Kapitalismus zu danken hat.

Auf ihn ist doch zurückzuführen die ungeheure Expansion der Produktion, die heute Milliarden zählt, wo sie früher nur Hunderte von Millionen umfaßte, die heute trotz aller Maschinen Arbeitsgelegenheit schafft, wie sie der Vergangenheit fremd war. Das Kapital ist der Pionier, nicht der Kultur, aber der wirtschaftlichen Entfaltung, auf der neben der Wehrkraft die Macht der großen Nationen ruht. Dabei ist das Kapital in seiner Funktion als Förderer des Erwerbs nicht wie früher auf enge Kreise beschränkt; eine Kreditorganisation, die zwar nicht lückenlos, aber doch außerordentlich verfeinert ist, sorgt dafür, daß es den Zwecken aller Personen, die Vertrauen verdienen, dienstbar gemacht ist.

Die Menschheit ist durch den Kapitalismus förmlich umgebildet worden. Und es handelt sich hier durchaus nicht bloß um Verschlechterungen, auf die ich sogleich komme. Die Anspannung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen, die dem modernen Wirtschaftsleben statt ehemaliger behaglicher Faulheit den Stempel fieberhafter Thätigkeit aufgeprägt hat, ist diktiert durch den Zwang, im Konkurrenzkampf fremdes oder eigenes Kapital so gut wie möglich auszunützen. Pessimisten nennen das Kapital in dieser Funktion eine „Peitsche", andere werden in ihm eines der mächtigsten Erziehungsmittel der heutigen Menschheit erblicken.

Der ganze außerordentliche Fortschritt in unserem materiellen Dasein, an dem alle Klassen der Bevölkerung, wenn schon ungleich teilnehmen, führt auf die Zunahme des Kapitals zurück. In welchem Maß ist dadurch die Steuerkraft der ganzen Bevölkerung gestiegen und wie haben Staat und Gemeinde sich diese Zunahme zu nutze machen können!

Schon aus diesen Andeutungen erhellt, daß wir das Privatkapital in Produktion und Erwerb nie entbehren könnten, wollten wir nicht alles Erreichte in Frage stellen.

Aber auf der anderen Seite lassen Sie uns doch nicht verkennen, daß die Macht des Kapitals große Gefahren über unser wirtschaftliches und soziales Leben gebracht hat.

Auf die große Steigerung der egoistischen Triebe im Menschen, auf den öden Mammonismus und Materialismus, der so weite Kreise unserer Zeit beherrscht, will ich nur nebenher Ihre Aufmerksamkeit richten. Das sind bedauerliche Erscheinungen, die außer den Philosophen und Moralisten zwar auch den Nationalökonomen, aber diesen doch nicht in erster Linie interessieren.

Neben jener allgemeinen Steigerung des Wohlstands, von der ich eben sprach, steht ein außerordentlicher Gegensatz in den Besitzverhältnissen. Man muß, um zu ähnlichen Differenzen des Vermögensbesitzes zu gelangen, bis auf die Zeit der Fugger zurückgehen. Aber, wie ich schon vorhin sagte, großer Besitz bedeutet heute ganz etwas anderes als vor 300—400 Jahren, da seinem Einfluß heute außer der öffentlichen Verwaltung kaum ein Gebiet entzogen ist. Und diese Zugänglichkeit aller Gebiete vervielfacht auch die Aussichten auf weitere Vermehrung des Reichtums in der Hand weniger tausende von Familien, auf eine weitere Verschärfung der Besitzgegensätze.

Schon dies ist beklagenswert, so unentbehrlich an sich Besitzkontraste im Leben sind. Aber vor allem haften dem Kapital, namentlich wo es sich in großen Massen bei Einzelnen aufgehäuft findet, bei seinem Eingreifen in die Volkswirtschaft einige Eigenschaften an, die nur ungünstig beurteilt werden können.

Das Kapital fragt nicht nach dem thatsächlichen Bedürfnis seiner Anwendung. Es schreckt also auch nicht vor einer Überspannung der Produktion und Konkurrenz zurück. Denn der Stern, dem es folgt, ist nicht Befriedigung von Bedürfnissen der Allgemeinheit, sondern Gewinn.

Und weiter: das Kapital hat einen Zug zum Tyrannischen. Dies zeigt sich in doppelter Beziehung: Einmal opfert es rücksichtslos alle schwächeren Betriebsformen, soweit sie nicht durch ihre Leistungen, wie der kleinere Landwirtschaftsbetrieb, oder durch

sonstige Vorteile vor dem kapitalistischen Betrieb, wie manche Handwerke, widerstandsfähig sind, oder soweit sie nicht, wie in der Form der Hausindustrie oder des Detailhandels seinen Zwecken dienstbar zu machen sind.

Und noch nach einer anderen Richtung bewährt es diesen seinen Charakter: das Kapital erhebt, soweit ihm keine Hindernisse im Weg stehen, auch innerhalb des einzelnen Betriebs den Anspruch, nicht nur Richtung und Ausdehnung der ganzen Geschäftsführung, sondern auch die Verteilung des Gewinns einseitig zu bestimmen.

Diese Kritik mag Ihnen scharf erscheinen; aber ihre Berechtigtheit wird nicht zu leugnen sein. Nur das muß ich beifügen, um zuweitgehende Konsequenzen, die daraus gezogen werden, abzulehnen. Jene Eigenschaften haften zunächst nicht notwendig an allen einzelnen Trägern des Kapitalbesitzes. Fast jeder von uns kennt Unternehmer, die ihrer Macht aus eigener Entschließung Schranken auferlegen und der wirtschaftlichen Überlegenheit durch ihre persönliche Haltung den verletzenden Stachel nehmen.

Und weiter sind jene Eigenschaften sozusagen der Institution des Privatkapitals selbst angeboren. Wir müssen sie in den Kauf nehmen, wie bedenkliche Eigenschaften an einer an sich nützlichen und notwendigen Sache. Wir müssen uns mit ihnen abfinden, so gut es eben geht, d. h. wir müssen diese Gefahren zu vermindern trachten, da sie nie ganz zu beseitigen sind.

Alle Weisheit der Zukunft wird auf die Dauer nicht darüber hinauskommen.

In engstem Zusammenhang mit diesen Schattenseiten des Kapitalismus steht das, was wir heute die soziale, die Arbeiterfrage nennen. Die Entwicklung des großkapitalistischen Betriebs und die wachsende Vermögens- und Einkommensungleichheit ist es, die die moderne Arbeiterfrage geschaffen hat.

Ihre Grundlagen sind die folgenden:

Zunächst ist die Zahl der abhängigen Arbeiter außerordentlich gewachsen. In Industrie und Handel haben sich die in

Betrieben mit über 5 Personen beschäftigten Arbeiter und Gehilfen allein von 1882—1895 vermehrt von 2,70 Millionen auf 4,85 Millionen, d. h. 1882 war jeder 17. Mensch, 1895 jeder 11. Mensch in dieser Klasse.

Sodann ist die Stellung des Arbeiters im Wirtschaftsleben gegen früher eine ganz andere geworden. Von den Arbeitern in der Landwirtschaft will ich hier absehen; hier ruht die Entwicklung auf ganz anderen Grundlagen, hier ist die Verschiebung eine viel geringere.

Vergegenwärtigen wir uns die Lage der Arbeiter in der Vergangenheit.

Der Typus war hier der Kleinbetrieb mit seiner patriarchalischen Verfassung, bei der nicht nur der Lehrling, sondern auch der Gehilfe ins Hauswesen des Meisters aufgenommen war und der Nachwuchs nach kürzerer oder längerer Zeit Aussicht hatte, selbständig zu werden. Die Löhne waren gering, die Behandlung nicht fein, aber dennoch bestand weder eine soziale noch eine große pekuniäre Kluft zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern.

Dies ändert sich in dem Maß, als der großkapitalistische Betrieb eindringt und den Kleinbetrieb verdängt. Die Zahl der Abhängigen beginnt in viel stärkerem Maß zu wachsen, als die der Betriebsleiter. Denn letztere werden dezimiert, ersteren werden Personen zugeführt, die bisher an gewerblicher Arbeit unbeteiligt waren. Schon diese gegensätzliche Bewegung erschwert dem Arbeiter das Selbständigwerden; noch mehr aber die Steigerung der Anforderungen, die jetzt in Bezug auf Kapital und Ausbildung an einen Betriebsleiter gestellt werden. War früher die Abhängigkeit in der Regel ein bloßes Durchgangsstadium für den Arbeiter, so ist sie heute ein dauernder Zustand.

Erst der Großbetrieb scheidet in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung den Unternehmer vom Arbeiter. Der Arbeiter ist nicht herabgedrückt, — es wird nur zu oft vergessen, wie sehr trotz dieser Entwicklung die Arbeitslöhne gestiegen sind —,

aber er ist des Emporsteigens beraubt und dadurch, ganz abgesehen von allen Besitzverschiedenheiten, von seinem Brodherrn durch eine tiefe Kluft getrennt. Gleichzeitig machen die patriarchalischen früheren Beziehungen zwischen Herren und Arbeitern, deren Beseitigung schon durch die Menge der Arbeitern nahegelegt ist, allmählich einer Entfremdung Platz. Zwischen beide Teile schieben sich Zwischenpersonen mit eigener Verantwortlichkeit in Gestalt von Beamten und Aufsehern; es entstehen Geschäftsformen, wie die moderne Aktiengesellschaft, in denen der Kapitalist in der denkbar losesten Form den Arbeitern gegenübertritt.

Aber wichtiger als diese Wandelungen ist das: Unsere Arbeitermassen haben unter dem Einfluß ihrer Zahl und ihrer Abhängigkeit ein eigenes Klassen- und Standesbewußtsein bekommen. Sie fühlen sich als Macht in der modernen Volkswirtschaft und ringen als solche um Anerkennung. Daß sie in politischer Beziehung durch das allgemeine direkte Reichswahlrecht als gleichwertig mit den Reichsten und Intelligentesten anerkannt sind, hat ihr Standesgefühl und ihre Hoffnungen noch stark gesteigert.

So erklären sich die tiefen Interessengegensätze, die heute die Welt bewegen überall, wo es Großbetriebe giebt, Gegensätze, die keinem Staat mit gleicher Entwicklung erspart sind und nur je nach den Charaktereigenschaften des betreffenden Volks stärker oder schwächer hervortreten.

Daß sich an dieses Emporstreben der Arbeiter ein förmliches sozialistisches Lehrgebäude anschloß, das den Arbeitern in einer anderen Wirtschaftsordnung ohne Privatkapital und Privatwirtschaft ein besseres materielles Dasein, vor allem aber ausschlaggebenden Einfluß in Aussicht stellte, darf nicht verwundern. Die Nationalökonomie bis zum letzten Drittel unseres Jahrhunderts hatte in verschiedenen Schattierungen, aber doch immer wieder ein Lehrgebäude nur vom Unternehmerstandpunkt aus aufgebaut.

Mögen wir über die sozialistischen Zukunftsideen die Achseln zucken, die hämische Kritik alles Bestehenden mit Recht gefährlich finden, das dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß diese Kritik,

so abstoßend sie zunächst wirkt, doch in manchen Einzelheiten nicht fehl greift; wir müssen anerkennen, daß die Zunahme der Abhängigkeit und Besitzesungleichheit, in die alle Stände verflochten sind, dem Staat wie den Besitzenden Pflichten auferlegen, die früher kaum gekannt waren, deren Erfüllung kaum begonnen hat und unsere ganze Zukunft beherrschen wird. —

Wenn wir uns fragen, wodurch es denn den neuen Einrichtungen und Hilfsmitteln unseres modernen Wirtschaftslebens gelang, einzudringen in die alte Wirtschaftsweise und diese von Grund aus zu zerstören, so ist es nicht bloß die Überlegenheit der neuzeitlichen Technik, der neuzeitlichen Arbeitsteilung und des beide sich dienstbar machenden kapitalistischen Betriebs an sich, die ihnen die Herrschaft verschafft hat, sondern es kommt dafür ein tief wurzelnder psychologischer Prozeß in Betracht, der die Anschauungen über den Wert der früheren Wirtschaftsordnung lockerte, verschob, und dann immer ungestümer eine Umgestaltung des Wirtschaftsrechts forderte.

Bis tief ins 19. Jahrhundert war und blieb der Betrieb von Landwirtschaft, Gewerbe und Detailhandel gebunden durch feudale, genossenschaftsartige und staatspolizeiliche Veranstaltungen, gebunden in technischer Beziehung, in Bezug auf die Voraussetzungen und den Umfang, ja in den meisten Staaten auch hinsichtlich der Zahl der Betriebe. Dem Handel waren die Flügel ganz beschnitten, soweit es sich um Handwerkserzeugnisse handelte. Nur der gewerbliche Großbetrieb fand nicht sowohl prinzipiell als von Fall zu Fall die ihm unentbehrliche Bewegungsfreiheit.

Jahrhunderte hindurch hat die Welt dieses System der Gebundenheit ruhig ertragen, weil es den Bedürfnissen wenigstens annähernd entsprach. Aber allmählich trat die Einengung von Produktion und Erwerb in Widerspruch nicht nur mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Bedürfnis nach technischem Fortschreiten, sondern auch mehr und mehr mit den Empfindungen der Allgemeinheit.

Der Wechsel in der Grundstimmung der Bevölkerung be-

ruhte freilich nicht bloß auf wirtschaftlichen, sondern auch auf politischen Ursachen. Der aufgeklärte Despotismus des 18. Jahrhunderts erschien als ein Hort der wirtschaftlichen Gebundenheit, wenn man in dieser Empfindung auch, wie aus der Wirtschaftspolitik der preußischen Könige erhellt, im einzelnen Unrecht hatte. Wendete man sich gegen die Regierung, so konnte man hoffen, mit der wirtschaftlichen Gebundenheit auch das politische Bevormundungssystem zu beseitigen.

Diese große liberale Strömung beginnt in der Mitte des 18. Jahrhunderts. In Frankreich, von wo sie ausging, erstanden ihr in der Schule der sogen. Physiokraten die wissenschaftlichen Vorkämpfer; in der Revolution von 1789 errang sie dort ihren ersten großen Sieg. In Deutschland hat ihr nicht nur der Einfluß, den die Umwälzung in Frankreich auf die Geister der Regierenden und Regierten ausübte, Eingang verschafft, sondern namentlich die geschickte Formulierung der liberalen Anschauungen über Volkswirtschaftslehre und -politik durch den Schotten Adam Smith.

Einem kräftigen Anlauf zu Anfang des 19. Jahrhunderts folgten Jahrzehnte der Zurückhaltung und Reaktion. Erst in den 60er Jahren ist das Programm des wirtschaftlichen Liberalismus in ganz Deutschland annähernd verwirklicht.

Die wichtigsten Marksteine sind die Bauernbefreiung, die Schaffung von Verkehrsfreiheit, die Gewährung von Gewerbefreiheit, freiem Arbeitsvertrag und von Freizügigkeit.

Will man ein gerechtes Urteil über diese Wandelung unseres Wirtschaftsrechts gewinnen, so darf man ein Dreifaches nicht vergessen:

1. daß alles Recht nur der äußere Ausdruck längst vorhandener Entwicklungstendenzen ist, daß das Recht diese nicht heraufbeschwört, sondern sie nur in juristische Form kleidet, sie von Staats wegen sanktioniert;

2. daß die gesetzgeberische Anerkennung jener Entwicklungstendenzen schon aus politischen Gründen nicht abgelehnt werden

konnte, aber auch im ganzen einer gesunden Volkswirtschaftspolitik entsprach; endlich

3. daß es bei allen großen Reformen unvermeidlich ist, daß sie in Einzelheiten über das Ziel hinausschießen.

Behält man dies alles im Auge, so wird man sagen müssen: Unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem unsere gewerblichen, nehmen ihre Grundlage nicht ausschließlich aus der Wandelung des Rechts; am wenigsten etwa ausschließlich aus der freiheitlichen Gesetzgebung der sechziger Jahre.

Aber es ist zuzugeben, daß der Übergang von der Gebundenheit zur Freiheit, sowenig an der Notwendigkeit desselben gezweifelt werden kann, ein zu radikaler war. Die Überzeugung davon ist heute schon in weite Kreise der Bevölkerung eingedrungen; seit 20 Jahren befinden wir uns in einer der Vergangenheit ganz widersprechenden Grundstimmung.

Doch, wenn wir heute mitten in der Ausbildung eines neuen, zwischen Gebundenheit und Freiheit vermittelnden Wirtschaftsrechts stehen, so bedeutet diese Bewegung keineswegs, wie oft zu lesen ist, eine Rückkehr zu den Zuständen von 1500—1800. Niemand denkt dabei daran, wie ehedem, einzelne Gesellschaftsgruppen gegenüber anderen oder einzelne Korporationen gegenüber ihren Mitgliedern mit Rechten auszustatten, die die individuelle wirtschaftliche Freiheit beschränken.

Der große Unterschied unserer jetzigen Anschauungen gegen früher liegt darin, daß heute nur dem Staat ein solches Recht der Bindung beigelegt wird, daß nur der Staat und seine Organe als Träger solcher Rechte gegenüber den Einzelnen in Betracht kommen.

Diesen großen Fortschritt zu erklären, wende ich mich zur letzten allgemeinen Betrachtung, die uns heute zu beschäftigen hat.

Es ist das das Verhältnis zwischen Staat und Volkswirtschaft in der Jetztzeit.

Der hundertjährige Kampf gegen die Gebundenheit war gleichzeitig ein Kampf gegen die Einmischung des Staats in

wirtschaftliche Dinge, gegen Staatsbesitz und Staatsmonopole, gegen staatliche Wirtschaftspflege überhaupt.

Die Rechtsstaatstheoretiker von Hugo Grotius bis Rotteck und die mit ihnen geistesverwandten Nationalökonomen von Quesnay und Adam Smith bis auf Bastiat und die englische und deutsche Freihandelsschule haben diese Ablehnung der Staatsintervention begründet mit dem Hinweis auf die angebliche ursprüngliche Freiheit und Gleichheit aller Menschen, auf eine vermeintliche Interessenharmonie, die ohne den Staat viel sicherer eintrete, als mit Hilfe des Staats. Die liberalen Politiker haben sich außerdem in ihrem Kampf gestützt auf die Mißerfolge des Staats in seinen eigenen Wirtschaftsorganisationen und in seiner Wirtschaftspflege, die allerdings nicht selten zu Tage traten.

Aber diese ganze, dem Staat feindliche Anschauung, von der noch heute manche Reste begegnen, ruht auf falschen Prämissen und auf einseitigen, voreiligen Verallgemeinerungen einzelner richtigen Beobachtungen. Sie überschätzt in ganz optimistischer Weise Kräfte und Bestrebungen der Einzelmenschen und Gesellschaftsgruppen, wie sie umgekehrt den Wert des Staats für die Gesellschaft und die Aufgaben des Staats ihr gegenüber weit unterschätzt.

Freilich ist es dieser ganzen Ideenrichtung nie auch nur annähernd gelungen, den Staat zu einem bloßen Schützer von Recht und äußerer Machtstellung, zu einem bloßen „Nachtwächter" herabzuwürdigen. Das natürliche Gewicht der thatsächlichen Verhältnisse hat diese Ideen in dem letzten halben Jahrhundert mehr und mehr beiseite geschoben. Es zeigte sich immer wieder und immer deutlicher, daß die Gesellschaft auch in Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Ziele der ordnenden, leitenden, Schranken ziehenden Thätigkeit der öffentlichen Gewalt nicht entbehren kann. Denn das Ziel der Gesellschaft ist nicht Harmonie, sondern Kampf. Und das gilt doppelt in einer Zeit wie der neuesten, in der die alte Gesellschaftsgliederung vollständig aufgelöst, neue Wirtschaftsformen ausgebildet oder in Bildung begriffen sind.

Aber nicht nur aus dieser wachsenden Einsicht in die Schwäche der Position des Einzelnen oder einzelner Interessenverbände im wirtschaftlichen Leben erklärt sich die Abkehr von der früheren Feindschaft gegen den Staat.

Für Deutschland und die heutige Stellung des Staats im deutschen Wirtschaftsleben beansprucht auch die neuzeitliche Wandelung der Staatsverfassungen, der Staatsverwaltung und die politische Geschichte unseres Volks die höchste Bedeutung.

Die Einführung des Parlamentarismus und die Ausbildung der Selbstverwaltung hat das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Regierungen unendlich gehoben. Das höhere Beamtentum steht durch diese Umgestaltungen in viel näherer Fühlung mit den wirtschaftlichen Gruppen der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen. Die Teilnahme der Volksvertretung an der Gesetzgebung verteilt in heilsamer Weise das früher dem Staat allein zufallende odium, das sich an Eingriffe in die Privatwirtschaft noch stärker heftet, wie an andere politische Maßregeln. Die ganze Organisation und Ausbildung des Beamtentums ist immer mehr auf die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Verwaltung zugeschnitten worden.

Aber weiter: Waren es nicht die Staaten, die die Ideen schwärmerischer Vaterlandsfreunde, wie eines List, in der rauhen Luft der Wirklichkeit zur Durchführung brachten und im Zollverein jenes einheitliche Wirtschaftsgebiet schufen, das an der neuzeitlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands einen so großen Anteil hat? So stark war die Gewöhnung an diesen gemeinsamen staatlichen Schutz deutschen Handels und Wandels, daß selbst während des Bruderkriegs von 1866 niemand es wagte, die gemeinsamen Einrichtungen auch nur auf eine Stunde aufzugeben.

Es erscheint fast überflüssig, daran zu erinnern und wird doch so gern übersehen, welch ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung der Reichsgründung innewohnt. Das Reich ist ja nicht eine bloße Fortsetzung des immerhin nur in einer Richtung

wirkenden Zollvereins; sondern es ist der Träger einer einheitlichen Gesetzgebung für fast alle Seiten unserer Wirtschaft, der ausschlaggebende Stützpunkt für die wirtschaftlichen Interessen aller Reichsteile geworden. Erst jetzt ist über die bloße Zoll- und Handelspolitik hinaus eine einheitliche nationale deutsche Wirtschaftspolitik möglich geworden.

Reich und Einzelstaaten haben sich so als unentbehrliche, unersetzliche Kräfte im Wirtschaftsleben erwiesen und so ist es gekommen, daß sich auch unsere Vorstellungen vom Recht des Staats zu Eingriffen in dasselbe von Grund aus verwandelten.

Wir erkennen heute dem Staat, soweit die Interessen der Allgemeinheit dabei berührt sind, nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht zu, die wirtschaftliche Thätigkeit zu leiten, die durch sie hervorgerufenen Interessengegensätze zu mildern.

Dies ist eine Entwicklung, die nicht zu bedauern, sondern aufs wärmste zu begrüßen ist. Man klagt oft darüber, daß die Häufung der gesetzgeberischen Änderungen, die mit diesem intensiven Eingreifen des Staats verbunden ist, der Stätigkeit des Rechtsgefühls in den breiten Massen des Volks im Wege stehe. Diese Wirkung ist gewiß bedauerlich; in einer Zeit großer wirtschaftlicher Umwälzungen wie der heutigen erscheint sie jedoch als ein geringeres Übel, wie zu große Starrheit des Wirtschaftsrechts.

Aber eine andere Grenze — darauf lassen Sie mich zum Schluß noch hinweisen — ist aller Staatsthätigkeit gezogen und diese Grenze ist in neuester Zeit in Gefahr, verschoben zu werden, mehr durch die Schuld der Gesellschaft als durch die der Regierung. Das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen muß trotz aller Eingriffe des Staats erhalten bleiben.

Wir sind heute schon auf dem Weg, zuviel vom Staat zu fordern.

Während früher der Staat als bloßer Nothelfer erschien, neigen wir jetzt dazu, dem Staat die Verantwortung für den Gang des Wirtschaftslebens, für das Schicksal des Individuums und einzelner Gruppen zuzuschieben.

Diese übermäßige Anrufung des Staats mag man betrachten als den Ausdruck eines oft unbewußten Vertrauens der Bevölkerung auf ihn, aber man wird sie nicht gerechtfertigt finden können, auch nicht durch die Schärfe unseres heutigen Kampfs ums Dasein, durch die elementare Kraft wirtschaftlicher Verschiebungen. Jeder ruhige unparteiische Beobachter wird darin in vielen Fällen ein Symptom erkennen für eine übermäßige Empfindlichkeit, für eine Überspannung der Lebensansprüche, für einen Rückgang des individuellen Verantwortlichkeitsgefühls. Der Staat wird stark sein müssen im Kampf gegen diese Symptome, deren weitere Verbreitung unsere Volkswirtschaft, unsere Kultur und unser Staatsleben mit schweren Gefahren bedrohen würde.

Damit bin ich für heute zu Ende mit meinen Betrachtungen. Es handelte sich darum, aus dem scheinbar unentwirrbaren Gewebe unserer heutigen Volkswirtschaft die wichtigsten Fäden hervorzuziehen, die dem Ganzen Halt und Farbe geben.

Meine nächste Aufgabe ist nun, im einzelnen die drei Hauptgruppen der wirtschaftlichen Thätigkeit und zwar zunächst die Landwirtschaft auf ihre Entwicklungstendenzen und auf ihre Lage zu prüfen.

II.

Landwirtschaft.

Meine Herren!

Es mag Sie vielleicht befremden, daß ich Ihnen, den Städtern, die Sie doch durch Ihre Berufe nur ganz vereinzelt mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen, überhaupt von der heutigen Lage der Landwirtschaft rede.

Ich könnte dieses Unternehmen schon mit dem Hinweis darauf rechtfertigen, daß die Landwirtschaft bei uns noch heute an Zahl die Berufe der Industrie und des Handels (diese einzeln genommen) übersteigt. 1895 gab es in Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht 11,75 Millionen haupt- und nebenberuflich*) Erwerbsthätige, in Industrie einschließlich Bergbau-, Hütten- und Bauwesen 8,90, in Handel und Verkehr 2,91 Millionen. Die Landwirtschaft ist also nicht ein bloßer Annex unserer Volkswirtschaft; sie hat nur die zentrale Bedeutung, die ihr früher zukam, in den letzten 30 Jahren allmählich eingebüßt.

Aber wir haben ja alle noch viel nähere Beziehungen:

Wenn auch nicht der Beruf, so doch die Ernährung jedes Einzelnen von uns hängt ja ab von den Leistungen und Schicksalen der deutschen Landwirtschaft. Das vor allem verpflichtet uns zum Interesse für die Lage der Landwirtschaft.

Die städtische und besonders die großstädtische Bevölkerung ist freilich von solchem Interesse weit entfernt. Statt des In-

*) Daß auch die nebenberuflich Erwerbsthätigen mit einzurechnen sind, darüber vergl. Vortrag V am Anfang.

teresses besteht hier vielfältig Voreingenommenheit, die ja überhaupt, wie wir neulich sahen, jeden einzelnen Berufsstand gegen andere erfüllt. Ich weiß wohl, daß diese Stimmung als Produkt unserer heutigen Wirtschaftsverhältnisse etwas unausbleibliches, ja vom Standpunkt anderer Erwerbsgruppen aus in gewissem Sinne berechtigtes ist. Gleichwohl möchte ich heute versuchen, Ihr Interesse und Verständnis für die Landwirtschaft und die sie betreffenden Fragen zu gewinnen. —

Will man die Landwirtschaft richtig beurteilen, so muß man sich mit dem Gedanken abfinden, daß sie in sachlicher und persönlicher Beziehung Eigentümlichkeiten bietet, die sie von anderen Hauptberufsarten scheiden.

Im Gegensatz zu Handel und Gewerbe ist erstens der Landwirtschaftsbetrieb abhängig von den klimatischen und Bodenverhältnissen seines Standorts. Diese Abhängigkeit zwingt zunächst zu einer strengen Anlehnung des ganzen Betriebs an die einzelnen Jahreszeiten, die bei den übrigen Berufen eine viel geringere Rolle spielen. Die Naturverhältnisse beeinflussen weiter jahraus jahrein in unabwendbarer Weise das Ergebnis aller Jahresarbeit, die Ernten. Nur der kleinste Teil dieser Gefahren, Hagel, Feuer, Viehsterben, kann durch Versicherung abgeschwächt werden.

Sie beeinflussen ferner die Wahl des ganzen Betriebssystems. Die größten Fortschritte der Agrikulturchemie, des Meliorations- und Bewässerungswesens können die Unterschiede von leichtem und schwerem Boden, die Wirkungen verschieden großer Niederschläge und Bodenfeuchtigkeit nicht ausgleichen. Die Frage, ob Viehzucht oder Milchwirtschaft, ob Körnerwirtschaft, ob Hackfrucht- oder Handelsgewächsbau das Hauptziel des Betriebs sein soll, hängt nicht bloß von der Kapitalkraft des Besitzers, von den Marktverhältnissen, sondern in erster Linie von Boden und Klima ab.

Aus alledem ergiebt sich der so oft verkannte Schluß, daß durchgreifendem Betriebswechsel in der Landwirtschaft viel engere Grenzen gezogen sind als dem Handel und vielen gewerblichen Berufen.

Die zweite Eigenart der Landwirtschaft ruht in den persönlichen Eigenschaften der Landwirte. Neben Zähigkeit, Arbeitsamkeit, Gottvertrauen wird man, ohne ihnen zu nahe zu treten, sagen dürfen, daß sie sich vor anderen Berufen durch ein Übermaß von konservativem Sinn, durch Mißtrauen gegen Neuerungen auszeichnen. Diese Eigenschaft erschwert noch mehr die innerhalb der elementaren Verhältnisse mögliche und erwünschte Beweglichkeit. Und sie mag manchem als Untugend erscheinen. Aber jedenfalls muß bei der Beurteilung aller landwirtschaftlichen Fragen mit ihr gerechnet werden.

Treten wir nun den heutigen Verhältnissen der deutschen Landwirtschaft näher, so ist weiter vorauszuschicken, daß dieselben in den einzelnen Teilen des Reichs sehr verschieden sind. Sie sind es zum Teil seit langer Zeit gewesen, zum kleineren Teil erst neuerdings geworden.

Ich denke dabei nicht daran, daß überhaupt kein Betrieb seiner Lage nach auch nur mit dem Nachbarn völlig gleich ist; das könnte uns hier nicht interessieren. Ebensowenig daran, daß auch die vorhin genannten verschiedenen Betriebsziele je für sich ungleichartige Bedingungen und Aussichten gegenüber anderen in sich schließen. Ich meine die großen territorialen Unterschiede mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rückwirkung, wie sie zwischen Nordostdeutschland, dem sogenannten Ostelbien, einerseits und dem übrigen Deutschland andererseits bestehen.

Und doch fällt hier etwas in die Augen. Wenn man Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien mit den in Bezug auf Boden und klimatische Verhältnisse ähnlichen Teilen Westrußlands vergleicht, welch unendlicher Abstand! Wieviel hat die Jahrhunderte alte Zähigkeit der deutschen Wirtschafter, zum Teil der heute so angefochtenen preußischen Junker, wieviel die Mithilfe des preußischen Staats geleistet!

Statt über den heutigen Abstand zwischen Nordostdeutschland und dem übrigen Reich sollte man sich vielmehr darüber wundern, daß dieser Abstand nicht noch viel größer ist.

Worauf beruhen die heute noch vorliegenden Verschiedenheiten innerhalb Deutschlands?

Vor allem auf der vorhin schon gestreiften Verschiedenheit der Produktionsbedingungen.

Gerade Ostelbien hat weite Strecken leichten, wenig fruchtbaren Bodens. Es ist doch nur eine Übertreibung, aber nicht falsch, daß Brandenburg ehedem als die Streusandbüchse des heiligen römischen Reichs bezeichnet wurde. Der Winter ist in Ost- und Westpreußen um 1—2 Monate länger als in Süddeutschland. Intensive Fruchtwechselwirtschaft verbietet sich dort schon aus diesem Grund. Getreide und Hackfrüchte bleiben die vorherrschenden Anbaupflanzen. Auch die Wiesenwirtschaft tritt außer in Ostpreußen und Pommern sehr zurück.

Während der durchschnittliche Grundsteuerreinertrag vom Hektar bei allen ländlichen Privatbesitzungen des preußischen Staats 1893 13,6 *M.* betrug, sinkt derselbe in den Provinzen Ost-, Westpreußen und Posen auf 8—8,8 *M.*, in Pommern auf 9,9, in Brandenburg auf 10,5 *M.*

Diese Ungunst der Natur kommt deutlich in der Erntestatistik zum Ausdruck. 1886/95 betrug z. B. vom Hektar der Ertrag an

Roggen:	
in ganz Deutschland	10,6 t
in den 6 östlichen preußischen Provinzen nur	8,0—9,1 „
in Württemberg	11,4 „
Weizen:	
in ganz Deutschland	14,1 „
in Ostpreußen und Posen nur	9,9—10,3 „
Wiesenheu:	
in ganz Deutschland	29,4 „
in den 6 östlichen preußischen Provinzen nur	14,8—22,0 „
in Württemberg	40,4 „

Weiter kommen in Betracht die verschiedenen **Absatzbedingungen.**

Je näher der Markt, je bequemer und billiger der Absatz, um so höher die Preise, die der Landwirt erzielt, und um so höher bei im übrigen gleichen Verhältnissen die Reinerträge.

Entscheidend sind die Bevölkerungsdichtigkeit im Verhältnis zur lokalen Produktion und die Transportmittel. Gerade in den nordostdeutschen Gegenden mit vorherrschender Getreideproduktion ist die Dichtigkeit der Bevölkerung am geringsten, weil hier der Großgrundbesitz hindernd im Weg steht und der industrielle Großbetrieb außer in Oberschlesien und der Umgebung der wenigen Großstädte völlig fehlt.

1895 hatte das Reich 97 Seelen auf den Quadratkilometer, die 6 östlichen preußischen Provinzen ohne Berlin nur 70 und ohne Schlesien nur 60, Mecklenburg-Schwerin 45, wogegen z. B. die Rheinlande 180, Sachsen 250, Württemberg 108, Baden 115 Einwohner auf die gleiche Fläche zählten.

Aber auch die Transportmittel waren gerade in den preußischen Gegenden mit dem größten Getreideüberschuß bis vor wenigen Jahren nur unvollkommen entwickelt, denn ihre Ausbildung hängt mehr von der Bevölkerungsdichtigkeit als von der Produktion ab.

1892/93 kamen in Deutschland auf 1000 qkm 79,4 km Haupt- und Nebenbahnen, dagegen auf Ost-, Westpreußen und Pommern nur 50, auf Westfalen und die Rheinprovinz 112 bis 126, auf Süddeutschland mindestens der Reichsdurchschnitt. Erst in den allerletzten Jahren sind durch die Förderung des Kleinbahnwesens die Verkehrsverhältnisse auch in Nordostdeutschland verbessert worden. Die schiffbaren Wasserstraßen, die fast 1/3 des Jahres unbrauchbar sind, machen in den vier nordöstlichen preußischen Provinzen nach Backhaus nur 15,9 km auf 1000 qkm aus, während ganz Deutschland auf die gleiche Fläche 27,6 km besitzt. Noch heute sind so die Absatzverhältnisse gerade in Ostelbien sehr schwierig. Das Getreide muß Hunderte von Kilometern zurücklegen, bis es Absatz findet. Das Vorhandensein weniger großer Städte (Berlin, Breslau) bietet nur ungenügenden Ersatz.

Hieraus erklärt sich auch, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte innerhalb Deutschlands so sehr verschieden und

gerade am Ort der Überproduktion viel geringer als anderwärts sind. Es kostete z. B. im Durchschnitt von 1897

	die Tonne Roggen	die Tonne Weizen
in Danzig . . .	119,3 ℳ	165,1 ℳ
„ Breslau . . .	124,3 „	162,5 „
„ Köln	138,3 „	184,2 „
„ Mannheim . .	141,3 „	194,8 „
„ München . .	153,7 „	187,3 „

Etwas geringer sind die lokalen Differenzen in anderen Getreidesorten. Selbstverständlich sind die genannten Preise unter sich nicht nur durch die Größe der Nachfrage im Verhältnis zur lokalen Produktion, sondern durch viele andere Faktoren, besonders die Zufuhr ausländischen Getreides, die Backfähigkeit der einzelnen Getreidesorten bedingt, aber grundlegend ist zunächst die Lage der Produktion zum Markt.

Drittens spielt bei der Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse eine wichtige Rolle die Verschiedenheit der Besitz- und Wirtschaftsgrößen.

Das preußische ostelbische Gebiet und Mecklenburg ist die Stätte des Großgrundbesitzes und Großbetriebs, Südwestdeutschland und das Rheingebiet die Stätte des Kleinbesitzes und -betriebs. Zwischen beiden erstreckt sich eine breite Zone, in der typisch Mittelbesitz und -betrieb ist.

Man kann darüber streiten, ob der landwirtschaftliche Großbetrieb in technischer Beziehung den anderen Betriebsformen überlegen ist oder gleichsteht. Das Urteil darüber wird immer von den konkreten Eindrücken im einzelnen beeinflußt sein. Sicher ist jedenfalls, daß es leichter ist, ein guter Bauer sein, als ein guter Rittergutsbewirtschafter.

Aber selbst die technische Höherwertigkeit des Großbetriebs zugegeben, so ist eine andere Frage dem Streit entrückt, die nämlich, daß die heutigen Großgrundbesitzer wirtschaftlich dem Bauern- und Kleinbesitzerstand nicht ebenbürtig sind.

Das erklärt sich so: der nordostdeutsche private Großgrundbesitz mit Ausnahme der Fideikommisse ist außerordentlich hoch verschuldet, viel höher als die Mittel- und Kleinbesitzer dieses Gebiets oder des übrigen Reichs.

Vergleicht man in Preußen bei den ländlichen Steuerpflichtigen mit mehr als 3000 *M.* Einkommen 1894/95 deren Einkommen aus Immobiliarvermögen mit den Schuldzinsen, so ergiebt sich, daß letztere betragen in den Regierungsbezirken der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien durchschnittlich zwischen 41 und 63 %; dagegen in Sachsen und Schleswig mit zurücktretendem Groß- und vorherrschendem Mittelbesitz nur 24—29 %, und ähnlich in den Bezirken Arnsberg, Kassel, Wiesbaden, Koblenz, Düsseldorf 24—28 %, während in Hannover, dem Rest von Westfalen und der Rheinlande die Quote sogar nur 13—22 % erreicht.

Und ein ganz ähnliches Ergebnis hatte die für 1896/97 aufgestellte Berechnung über das Verhältnis von Grundvermögen und Schulden bei den ländlichen vermögenssteuerpflichtigen Personen mit über 3000 *M.* Einkommen. Die durchschnittliche Verschuldung betrug hienach in Ost-, Westpreußen, Pommern und Posen 49—55 %, in Brandenburg 43, in Schlesien 39, in Schleswig-Holstein 28, in Sachsen 25 %. In 9 Regierungsbezirken der vier westlichen Provinzen sinkt die Quote unter 20 %, das Minimum hat Osnabrück mit 12 %.

Enthält auch in beiden Fällen die Statistik neben Landwirten viele Nichtlandwirte, so können auf dieser Fehlerquelle doch nicht die großen Verschiedenheiten in der Verschuldung beruhen.

Dagegen erreichten die Schulden z. B. in Baden 1893/94 gegenüber dem Grundbesitz- und Betriebskapitalwert höchstens

	bei den reinen Landwirten	bei Landwirten mit Gewerben	bei beiden zusammen
mit einem Einkommen von			
unter 3000 *M.* . .	18,2 %	29,0 %	22,7 %
über 3000 *M.* . .	13,0 „	29,8 „	23,5 „

Nun ist allerdings nach den Beobachtungen in Gebieten mit fehlendem Großgrundbesitz, aber vorherrschendem Mittel- und Kleinbesitz wie in Württemberg, Baden, Bayern sicher, daß hier bei im ganzen viel geringerem Schuldenstand die Verschuldung mit der Abnahme der Besitz- und Betriebsgröße wächst und an den Obergrenzen vereinzelt die preußischen Durchschnittszahlen für Gebiete mit Großgrundbesitz erreicht; aber auch wenn diese sporadische Erscheinung allgemein vorläge, bleibt der hochverschuldete Kleinbesitzer und Bauer aus zwei Gründen leistungsfähiger als der Großgrundbesitzer; er macht einmal geringere Lebensansprüche, kann sich leichter krumm legen und ferner ruht sein Betrieb, auch wenn er intensiv ist, weniger auf Kapitalverwendung als auf Arbeitsleistungen der Familie des Inhabers, kann also auch bei zu geringem Betriebskapital unter günstigeren Bedingungen fortgeführt werden, als dies dem Großgrundbesitzer möglich ist.

Diese örtlichen Verschiedenheiten der Wirtschaftsbedingungen für die Landwirtschaft sind bis vor 25 Jahren nicht hervorgetreten. Denn bis tief in die siebziger Jahre hat die ganze deutsche Landwirtschaft, von wenigen Perioden (z. B. 1844—1855) abgesehen, dauernden Aufschwung genommen.

Bis fast zum Ende dieser Periode genügte die deutsche Produktion für den deutschen Konsum. Die Konkurrenz nicht europäischer Staaten in Bezug auf Getreideversorgung fehlte, teils wegen der unentwickelten Verkehrsverhältnisse, teils wegen der geringen Überschußproduktion der dortigen Landwirtschaft. Die andauernde Volkszunahme brachte, von wenigen Perioden abgesehen, steigende Produktenpreise. Von 1831/40 bis 1871/80 stiegen in den alten preußischen Provinzen die Preise von

Roggen	um	69 %
Weizen	„	60 „
Gerste	„	90 „
Butter	„	104 „
Rindfleisch	„	148 „

Und z. B. in Württemberg von 1830/39 bis 1870/79:

Kernen	um	56 %
Gerste	„	69 „
Haber	„	73 „
Roggen	„	64 „

In der gleichen Zeit wuchs infolge dieser Hebung der Preise, der Vergrößerung der Roherträge und der vergrößerten Nachfrage nach Land der Verkaufswert des Bodens um 2—300 %, z. B. galt in Mecklenburg die Hufe ritterschaftlichen Grundbesitzes

1830/39	63635 ℳ
1860/69	180441 „

In Sachsen berechnete man von 1838/43 bis 1868 die Wertsteigerung auf durchschnittlich 160 %.

Dieselben preußischen Rittergüter in 6 Kreisen waren wert:

1837	6,9 Mill. Thaler		
1857	13,7 „	„	+ 100 %

In Posen stieg der Bodenpreis pro Hektar von 1831/40 bis 1871/75

beim kleineren Besitz	(— 50 ha)	um 230 %
„ Mittelbesitz	(— 300 ha)	„ 380 „
„ großen Besitz	(über 300 ha)	„ 257 „

Die preußischen Domänen der alten 8 Provinzen gaben einen Pachtzins

	im ganzen	pro ha	
1849	von 4,5 Mill. ℳ	von 13,9 ℳ	
1879	„ 10,2 „ „	„ 35,6 „	+ 156 %

Diese guten Zeiten sind nun freilich seit 20 Jahren wie für ganz Westeuropa so auch für Deutschland dahin und mit der Einkehr der mageren Jahre sind hier nun auch die lokalen Verschiedenheiten der Lage schärfer hervorgetreten.

Und damit komme ich zu meinem eigentlichen heutigen Thema, zur Besprechung der neuesten Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft.

Die heute zur Debatte stehenden Probleme entspringen alle der Krisis, in der die Landwirtschaft da mehr dort weniger steht.

Ehe ich diese Fragen positiv abgrenze und bespreche, muß ich zunächst eine negative Begrenzung vornehmen, um den Unterschied gegenüber den Verhältnissen in Industrie und Handel klar zu stellen.

Die Veränderungen bestehen nicht und beruhen nicht, wie in den letztgenannten großen Erwerbsgruppen auf einer Verschiebung der Besitz- und Betriebsgrößen.

Seit den großen statistischen Aufnahmen von 1882 und 1895 läßt sich im Gegensatz zur Vergangenheit die Entwicklung der Betriebsverhältnisse sehr genau übersehen. Nicht dasselbe gilt von den Besitzverschiebungen, für die bis jetzt nur in Preußen treffliche, auf den Großgrundbesitz beschränkte private und daneben allgemeine aber noch unvollkommene amtliche Untersuchungen vorliegen.

Was die Besitzveränderungen betrifft, so befindet sich der Großgrundbesitz wenigstens im östlichen Preußen in langsamer Zunahme der Zahl und der Fläche nach. Und dies bedeutet allerdings Ansammlung größerer wirtschaftlicher Macht in der Hand einzelner, besonders adeliger Personen und Einengung der Ankaufsmöglichkeit für kleinere Leute. Aber für die Konkurrenz der verschiedenen Besitzgrößen auf dem Markt, für die Rentabilität des Mittel- und Kleinbesitzes kommt diese Entwicklung nicht in Betracht; denn, wie schon vorhin hervorgehoben, weder der Großgrundbesitz noch der Großbetrieb ist den übrigen Besitz- und Betriebsgrößen überlegen.

Und was die Verschiebungen in den Betriebsgrößen betrifft, so ergiebt sich nach den Aufnahmen von 1882 und 1895 folgendes:

Die Gesamtzahl aller landwirtschaftlichen Betriebe (1882: 5,276, 1895: 5,558 Millionen) hat um 5,3 %, ihre landwirtschaftlich benützte Fläche (1882: 31,860, 1895: 32,518 Mill. Hektar) um 2 % zugenommen.

Am stärksten sind die Klein- und Mittelbetriebe (unter 20 ha) gewachsen, um 4—8 % an Zahl, etwas weniger an Fläche.

Die großbäuerlichen Betriebe und der eigentliche Großbetrieb haben nur um 0,1 % an Zahl und um 1/4 % an Fläche zu-

genommen. Damit ist die etwas größere Zunahme des preußischen Großgrundbesitzes wohl zu vereinigen, denn der letztere ist stets in eine Reihe von Wirtschaftseinheiten aufgelöst.

Lokal sind die Unterschiede in der Entwicklung sehr viel größer: Am meisten interessiert die erhebliche Zunahme wenigstens der Zahl der Klein- und Mittelbetriebe in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Brandenburg. Freilich ist das nur ein schwacher Anfang zu der dort so nötigen, später zu besprechenden Grundbesitzkorrektur; in Süddeutschland ist umgekehrt der Kleinbetrieb zurückgegangen, während der große Betrieb in Württemberg, Baden und Oberbayern relativ stark zunahm. Auch diese Bewegung verändert aber nichts an dem Charakter des dortigen Landwirtschaftsbetriebs. Der Mittelbetrieb, das typische der deutschen Landwirtschaft, ist überall in Bezug auf Zahl und Fläche erhalten. Die hier eingetretenen Verschiebungen sind ganz unbedeutend.

Somit ist die seit Jahrzehnten von den Sozialisten geweissagte Aufsaugung auch des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs durch den Mittel- und Großbetrieb in ihrer Irrtümlichkeit zahlenmäßig erwiesen. Für den Einsichtigen hatte es freilich überhaupt dieser Zahlen nicht bedurft.

Ebensowenig kann von einer fortschreitenden Pulverisierung des Besitzes gesprochen werden. Ohnedies hat die landwirtschaftliche Zwergwirtschaft, wo sie, wie in Südwestdeutschland meist, mit gutem Boden und Klima zusammenfällt, geringere Nachteile als irgend ein anderer Zwergbetrieb.

Nun aber zur positiven Seite: Die heutige Krisis der Landwirtschaft zeigt sich in dreifacher Richtung:

1. in der Niedrigkeit der Getreide- und einiger andern Produktenpreise;

2. überhaupt in einem starken Rückgang der Rentabilität, deren Hauptursache neben jener Preisentwicklung die wachsende und große Verschuldung ist;

3. in der dauernden Abwanderung der Arbeitskräfte.

Ich werde diese drei Punkte der Reihe nach besprechen und die an sie sich knüpfenden Probleme kurz erörtern.

I. Das Sinken der Preise der landwirtschaftlichen Produkte beschränkt sich im wesentlichen auf Getreide, auf Branntwein und Zucker.

Hier aber ist die sinkende Tendenz sehr stark. Ich sehe zunächst von letzteren beiden Produkten ab. Verglichen mit den Jahren 1876—80 gingen die Durchschnittspreise zurück in Preußen bis

	1881/85	1886/90	1891/95	1896	1897	1898
bei Weizen . um	10 %	20 %	21 %	36 %	22 %	14 %
„ Roggen . „	4 „	15 „	9 „	29 „	24 „	14 „
„ Gerste . . „	7 „	17 „	12 „	21 „	19 „	11 „

Ähnlich in Württemberg.

Am stärksten ist infolge der Hemmung der früher bestehenden Ausfuhr einheimischen Brotgetreides der Preisrückgang in Ostelbien gewesen, wenigstens bis 1894, wo jene Ausfuhr wieder durch die Aufhebung des Identitätsnachweises ermöglicht wurde.

Diese Zahlen gewinnen ihre Bedeutung aber erst, wenn man in Rechnung zieht, daß die sinkende Tendenz der Preise seit 1879 durch Getreidezölle bekämpft wurde, die 1879 beim Brotgetreide 10 ℳ auf die Tonne, seit 1885 30, seit 1887 50, seit den Handelsverträgen von 1892 und 1894 35 ℳ betrugen und seit der Mitte der 80er Jahre überall außer im deutschen Nordosten, in letzterem seit 1895 in vollem Maße auf den Inlandspreis gewirkt haben.

Ohne den Zoll würden, rein rechnerisch betrachtet, die Durchschnittspreise von Preußen seit 1876/80 bis 1897 gesunken sein bei Roggen um 45 %, bei Weizen um 40 %, Quoten, die ungefähr dem gleichzeitigen Preisrückgang auf dem englischen, durch Zölle ungeschützten Markt entsprechen.

Worauf beruht nun dieser Rückgang der Getreidepreise?

Die Hauptursache ist die seit der Mitte der siebziger Jahre auftauchende Getreidekonkurrenz der überseeischen und einiger europäischen Staaten.

Ungeheure Gebiete waren seit den 60er und 70er Jahren teils neu besiedelt, teils dem Verkehr erschlossen worden. Die geringen Bodenpreise, die Jungfräulichkeit des Bodens in den Vereinigten Staaten und Argentinien, die Eröffnung neuer Verkehrslinien, die Verbilligung der Land- und Seefracht hier und in Rußland, Ostindien, ganz vorübergehend auch das Sinken der Valuta in letzteren Ländern, alles dies half zusammen, die westeuropäischen Kulturstaaten mit dem fremden, billigen Getreideüberschuß zu überschwemmen.

Und unglücklicherweise begann gerade seit der gleichen Zeit die deutsche Landwirtschaft nicht mehr für die rasch steigende Bevölkerung zu genügen. In den letzten drei Jahren 1895/97 war trotz unserer steigenden eigenen Roherträge eine Zufuhr von $^1/_5$ der heimischen Ernte in Roggen und Weizen nötig, um die Bedürfnisse der Aussaat, der menschlichen und der tierischen Ernährung, sowie der gewerblichen Verarbeitung für andere Zwecke zu decken. Dabei ist freilich zu beachten, daß der Bedarf für die menschliche Ernährung allein auch heute noch durch unsere heimische Landwirtschaft bis auf einen viel geringeren Rest erzeugt wird.

Hier fragt sich nun zunächst, ist dieser internationale Getreidepreisdruck eine dauernde, oder nur relativ vorübergehende Erscheinung?

Die einzelnen Beobachtungen scheinen sich hier zu widersprechen.

Der Anbaufläche der Welt für Brotgetreide sind noch außerordentlich weite Grenzen gesteckt. Eben jetzt tritt Sibirien in den Kreis der Getreideexportstaaten. Noch größer ist der Spielraum in Bezug auf intensiveren Betrieb.

Andererseits ist dort, wo das Land schon länger unter dem Pflug steht und mit intensiverer Kultur auch die Verschuldung wächst, wie in der Union, eine immer vollkommenere Ausgleichung in der bisherigen Verschiedenheit der Produktionskosten zu erwarten.

Auch die Ermäßigung der Frachten dürfte ihre Grenze, was den Seeverkehr betrifft, erreicht haben.

In Ostindien und der Union steigt endlich der eigene Bedarf in rascherer Progression als die Produktion.

Will man auf Grund dieser Thatsachen eine Prognose stellen, so wird sie lauten: Eine Abnahme der Zufuhr, an die voreilige Pessimisten gedacht haben, wird so bald nicht zu erwarten, aber andererseits doch auch kein weiterer dauernder Rückgang der Preise zu befürchten sein.

Dies alles bezieht sich auf den Getreidemarkt.

Ungünstiger sind die Aussichten in Bezug auf Produkte, die schon einen Veredlungsprozeß durchgemacht haben, z. B. Mehl; und dasselbe gilt von der in den letzten Jahren ebenfalls stark vermehrten Einfuhr von Fett- und Fleischwaren, von denen erstere ebenfalls den Preis der Inlandsprodukte zu drücken beginnen. Denn alles verarbeitete Material ist hochwertiger, haltbarer, kann darum auch mehr Fracht, mehr Zoll und weitere Versendung vertragen. Durch die Verwandlung von Getreide in Mehl, von Vieh in Fleischkonserven in denkbar großen Betrieben tritt eine Ersparnis ein, die die in Aussicht stehende Erhöhung der Kosten für die Erzeugung von Getreide und Vieh wettmacht.

Auf welche Weise kann nun jenem Sinken der Getreidepreise Einhalt gethan und seine Wirkungen auf die Landwirtschaft abgeschwächt werden?

Daß unter diesen Umständen an keine Beseitigung, ja auch kaum an eine Ermäßigung der bestehenden landwirtschaftlichen Zölle gedacht werden kann, liegt auf der Hand. Ich werde darauf im letzten Vortrag zurückzukommen haben. Heute will ich einstweilen nur hervorheben, daß das Beispiel Englands, die Brotgetreideproduktion zu Gunsten billigerer Ernährung der Bevölkerung preiszugeben, für uns gar nicht in Frage kommen kann.

Hier will ich einige andere Fragen berühren, die zur Debatte stehen, weil von ihnen entweder eine direkte Hebung der Marktpreise oder wenigstens eine Erhöhung der Gewinne der Landwirtschaft erwartet wird.

Den Antrag Kanitz von 1894 und 1895, der darauf abzielte, die Einfuhr ausländischen Getreides zu Gunsten des Reichs zu monopolisieren und dasselbe zu sehr hohem Preis auszubieten, wodurch dann der Inlandspreis stark gestiegen wäre, können wir dabei ganz übergehen. Er hat zwar seine agitatorische Kraft bewährt, aber kein Staatsmann wird die Verantwortung für einen so tiefen, politisch gefährlichen und ganz ungerecht wirkenden Eingriff übernehmen, für den keinerlei Vorbild existiert.

Auch die Agitation gegen die Getreidebörsen kann ich nur flüchtig streifen, die ihren Höhepunkt in dem Verbot des Getreideterminhandels, in der Beschränkung der gemischten Transitlager erreicht hat.

Die Klagen über Benachteiligung der Landwirte durch die Getreidehändler waren zweifellos sehr übertrieben. Die Wirkungen des seit 1897 gültigen Verbots des Getreideterminhandels für die Landwirtschaft lassen sich noch nicht übersehen. Aber das ist sicher, daß die Auflösung der Getreidebörsen, die eine Folge jener Maßregel und der Aufdrängung von Landwirten bei den Preisfeststellungen war, eine Schwächung des deutschen Getreidehandels gegenüber dem ausländischen bedeutet, daß der Abschluß der Handelsgeschäfte jetzt vielfältig ins Ausland verlegt wurde und daß die etwaigen schädlichen Wirkungen des ausländischen Terminhandels in Getreide auf die deutschen Preise nicht nur nicht beseitigt, sondern überhaupt gar nicht zu beseitigen sind.

Die wirtschaftspolitischen Gegner der Landwirtschaft haben dieser immer wieder den wohlfeilen Rat gegeben, sich der Krisis zu entziehen durch möglichstes oder gänzliches Aufgeben des Getreidebaus und durch Übergang zu anderen Produktionszielen, besonders der Klein- und Großviehzucht. Diese Abkehr vom Körnerbau, die in größerem Umfang übrigens gar nicht wünschenswert wäre, ist aber, wie ich zu Anfang dieses Vortrags ausführte, schon wegen der elementaren Verhältnisse, dann auch wegen der Anforderungen, die jeder Betriebswechsel an die Intelligenz und Kapitalkraft des Wirtes stellt, nur in seltenen

Fällen gangbar. Doch kann zugegeben werden, daß die Fleischproduktion trotz unserer Vieh- und Fleischzölle und trotz der (bei dauernder Preissteigerung unhaltbaren) Vieheinfuhrbeschränkungen noch immer ein Stiefkind der deutschen Landwirtschaft bildet.

Damit berühre ich den Zentralpunkt, um den sich alles dreht. Der landwirtschaftliche Betrieb muß unter den durch das jetzige Schutzsystem gegebenen Verhältnissen so rationell und zeitgemäß gestaltet werden wie möglich. Die Bestrebungen einzelner hervorragender Landwirte, der Vereine, der Genossenschaften und der Staatsverwaltung in dieser Richtung berechtigen zu den besten Hoffnungen, so langsam sich dieselben auch verwirklichen werden.

Skeptischer muß einstweilen das Urteil lauten über die neuesten Bemühungen, durch genossenschaftlichen Absatz in Verbindung mit Lagerhäusern und durch direkte Verkehrsanknüpfungen mit der Militärökonomie und sonstigen Konsumenten diejenigen Unternehmer- und Spekulationsgewinne dem Landwirte zuzuführen, die bisher in die Tasche der Händler flossen.

Einstweilen beruhen die erzielten Erfolge im wesentlichen auf der weitgehenden Staatsunterstützung. Aber die große Frage der Zukunft ist die, ob die veränderte Absatzorganisation, die Emanzipation vom Händler auf die Dauer gelingen wird. Der Landwirt übernimmt nun, wenn schon durch Genossenschaften gedeckt, das Risiko und mancherlei neue Kosten des Absatzes seiner Produkte, die bisher zumeist der Händler getragen hat.

Jedenfalls gehen die agrarischen Hoffnungen, durch die eigene Absatzorganisation die Produktenpreise zu beeinflußen, wenigstens was das Getreide betrifft, viel zu weit. Der Preis von Weizen (und etwas weniger auch der von Roggen) beruht ja auf den internationalen Marktverhältnissen. Diese aber werden durch das Zurückhalten eines Bruchteils des deutschen Angebots auf dem inneren Markt kaum berührt. —

Ich habe bisher nicht von zwei anderen Produkten gesprochen, an deren Schicksal auch der Landwirt in hohem Grad beteiligt ist, von Zucker und Spiritus.

Auch hier sind die Preise in den letzten 20 Jahren außerordentlich zurückgegangen. Es kosteten

100 kg deutschen 88 % Rübenzuckers in London		10 000 l % unversteuerter Kartoffelspiritus in Hamburg	
1876/80	45,3 *M.*	(1879/80)	46,7 *M.*
1881/85*)	36,7 „		42,1 „
1886/90	26,9 „		23,8 „
1891/95	25,5 „		25,1 „
1896	21,3 „		17,4 „
1897	17,8 „		19,9 „

Die Inlandspreise werden hier besser nicht benützt, da sie durch die sehr wechselnde Verbrauchssteuergesetzgebung ungleichmäßig beeinflußt sind. Der Rückgang der Preise ist hier aber ähnlich groß.

Die Ursachen sind hier andere als bei dem Getreide: Steigende Überproduktion Deutschlands, die durch unsere Steuergesetzgebung bis vor wenigen Jahren künstlich genährt und deren Wirkung auf die Inlands- und Auslandspreise dadurch verschärft worden ist, daß fast alle anderen europäischen Rübenzucker- und Alkoholproduktionsgebiete eine gleichartige Politik eingeschlagen haben.

Die Landwirtschaft ist an den Zuckerpreisen übrigens in geringerem Maß interessiert als an den Spirituspreisen. Denn während die Zuckerfabriken wenigstens zum größeren Teil nicht von den Landwirten errichtet sind, ist der Brennereibetrieb fast ganz in den Händen der Landwirte; 5/6 alles heute erzeugten Alkohols fällt auf die landwirtschaftlichen Brennereien.

Wir in Süddeutschland sind geneigt, diese Zusammenhänge zu verkennen, die zwischen den genannten Gewerben und der Landwirtschaft bestehen, denn bei uns sind diese Gewerbe in der That von geringerer Bedeutung.

In Norddeutschland dagegen ist der Zuckerrübenanbau die wichtigste Stütze für intensive Bodenkultur, die Selbstverarbeitung

---

*) 1881/83 noch 41,4, 1884/85 noch 27,6 *M.*

von Kartoffeln und Getreide auf Alkohol ein geradezu unentbehrliches Hilfsmittel zur Verwertung von Rohprodukten, die erzeugt werden müssen, weil der Boden nicht anders verwertet werden kann, und die als Rohprodukte nur mit Verlusten absetzbar sind.

Man hat in Süddeutschland auch nur geringes Verständnis für die Aufgaben, die dem Staat aus diesen Zusammenhängen erwachsen. Die vielfach angefeindete sogen. Liebesgabe der Brenner, die Exportprämien für Zucker, die übrigens Süddeutschland im gleichen Maß, ja erstere sogar in höherem Maß zu gut kommen, die neueste Kontingentierung beider Gewerbe durch Mittel der Besteuerung beruhen auf der Erkenntnis des technischen und wirtschaftlichen Werts jener Gewerbe für die Landwirtschaft. Ihr diese Stützen zu entziehen, wie dies die radikalen Parteien fordern, hieße geradezu den Zusammenbruch vieler norddeutschen landwirtschaftlichen Betriebe herbeiführen.

II. Dieser Rückgang der wichtigsten landwirtschaftlichen Preise ist eine der Hauptursachen der geringen Rentabilität der Landwirtschaft. Eigentliche Rentabilitätsberechnungen dringen zwar nur vereinzelt in die Öffentlichkeit und, soweit sie vorliegen, beziehen sie sich immer nur auf einzelne Betriebe, aber man wird den Äußerungen der besten Kenner der Landwirtschaft Glauben schenken dürfen, daß heute das Grundkapital der Landwirte selbst in gutgeleiteten Betrieben kaum mehr wie 2—3 %, das Betriebskapital kaum mehr wie 5—6 % abwirft.

Wir haben aber andere Anhaltspunkte für den Rückgang der Renten in der Landwirtschaft.

Wie der frühere Aufschwung, so kann auch der Niedergang der Landwirtschaft gemessen werden an der Bewegung der Pacht- und Bodenpreise.

Die Verpachtung der preußischen Domänen, zumeist in den alten Provinzen gelegen, ergiebt wenigstens seit dem Beginn der 90er Jahre successive geringere Preise; das Vertrauen in die

Rentabilität des Pachtbetriebs ist selbst bei den über dem Durchschnitt stehenden Domänenpächtern erschüttert. In den letzten Jahren ist der Rückgang sogar sehr stark. Die Domänenneuverpachtungen brachten dem Staat Mindererträge auf den Hektar von

1896	5 ℳ	= 15 %
1897	7 ℳ	= 17 „
1898 über	8 ℳ	= 22 „

gegen die zumeist um 1880 beginnende frühere Pachtperiode.

Auch die württembergischen Pachtpreise sind in 126 genau beobachteten Gemeinden seit den 80er Jahren gesunken, von 1884—1894 um ca. 3 % bei Äckern, um 4 % bei Wiesen; in Baden verringerten sich die Durchschnittspachtpreise von 1881/85 bis 1891/95 um 4½ % bei Äckern, um 3½ % bei Wiesen.

Bei den Bodenpreisen ist die rückläufige Bewegung ebenfalls vorhanden, am stärksten beim Groß- und Mittelbesitz.

In Oldenburg z. B. erreichte das Hektar Bauerngrundstücke 1874/78 1090 ℳ, 1888/93 915 ℳ (— 16 %).

In Posen sanken die Verkaufspreise 1881/85—1891/95 beim Mittelbesitz (50—300 ha) um 7 %, beim Großbesitz (über 300 ha) um 17 %. Der Kleinbesitz (— 50 ha) hat hier noch nichts eingebüßt, sondern noch um 20 % gewonnen — ein Zeichen dafür, daß er selbst dort von der modernen Krisis weniger getroffen ist.

Das Gleiche gilt von Süddeutschland. Nach württembergischen Erhebungen in 126 als typisch betrachteten Gemeinden sind die Acker- und Wiesenpreise von 1880/84 bis 1890/94 um 4—7 % gestiegen, im Vergleich mit den Preisen von 1875/79 aber gleichgeblieben bezw. etwas gesunken.

In Baden gilt von den Wiesen dasselbe, bei den Äckern liegt sowohl seit 1876/80 wie seit 1881/85 bis 1890/95 eine Erhöhung um 15 % vor.

Auch in den Gegenden des Klein- und Mittelbesitzes bleibt aber die Werterhöhung, wo sie eintrat, eine bescheidene gegen die Vergangenheit.

Natürlich beruht nun der Rückgang der Reinerträge, der sich in der neuesten Boden- und Pachtpreisbewegung mehr oder weniger deutlich spiegelt, nicht bloß auf dem Rückgang wichtiger Produktenpreise, sondern auch auf der Steigerung der Wirtschaftskosten, die ja ein allgemeines Zeichen der Zeit ist.

Der intensivere Betrieb fordert größeren Aufwand für Betriebskapital, für Dünger rc. Die Löhne sind überall stark gewachsen. Ganz neu ist die Belastung mit der Arbeiterversicherung, die nach Berechnungen in Thüringen und Posen 4—5% des Reinertrags ausmachen soll.

Am wichtigsten aber ist, und darauf möchte ich nun speziell noch Ihre Aufmerksamkeit richten, die wachsende Verschuldung, die wachsende Belastung mit Schuldzinsen.

Ich habe schon früher einige Zahlen darüber angegeben. Hiezu will ich nur noch erwähnen, daß überhaupt die Verschuldung der Landwirte in starkem Wachstum begriffen ist. In 126 württembergischen ländlichen Gemeinden ist sie von 1874—1894 um 40% gewachsen. In Preußen haben in sämtlichen Gemeinden mit ländlichem Charakter die Mehreinträge an Hypotheken von 1886—1897 um 2100 Mill. Mark, d. h. jährlich um 190 Mill. Mark (1896/97 aber allein um 277 Mill. Mark) zugenommen. Für 1886 ist die vorhandene Schuldenlast schätzungsweise zu 8700 Millionen bestimmt worden. Das ergäbe ein Wachstum in den letzten 12 Jahren um 24%. Wenn diese Schuldenvermehrung auch durchaus nicht rein der Landwirtschaft zur Last zu legen ist, so ist sie doch sehr stark.

Die Ursachen dieser Verschuldung statistisch ausreichend zu erfassen, ist bis jetzt noch nicht gelungen, aber zweierlei steht fest,

1. daß 80—90% der Hypothekenschulden entstanden sind bei Gelegenheit des Besitzwechsels durch Kauf oder Erbschaft, indem der Übernehmer durch zu wenig Kapitalbesitz oder zu große Ansprüche der Miterben gezwungen wird, zu viele Schulden einzugehen.

Das Fatale dabei aber ist: Der Kredit, der hier genommen

wird, kommt nicht dem Betrieb zu gut, sondern behindert denselben geradezu. Weiter ist klar,

2. daß dieses Übel sehr verschärft wird durch eine ungesunde Bodenpreisbildung, durch Überschätzung des Bodenwerts. Die zu Anfang und eben von mir gegebenen Beispiele für die ältere und neueste Bodenpreisbewegung zeigen diese Thatsache deutlich. Es handelt sich dabei auch um Sünden der Gegenwart und diese Sünden werden in den Gebieten des Kleinbesitzes ebenso oft begangen, als in denen des Großbesitzes; aber vor allem handelt es sich um Sünden der Väter und Großväter der heute wirtschaftenden Generation.

Die Preise sind von 1830—1880 weit über das Maß der Produktenpreise und auch der Produktivität des Bodens gestiegen. Diese Sünden der Vergangenheit sind nicht zu Tag gekommen, solange die landwirtschaftlichen Verhältnisse in aufsteigender Linie sich bewegten; erst in den letzten 20 Jahren machen sie sich allgemein fühlbar.

Heute fragt sich, ob und wie diesen Ursachen und dem Maß der Verschuldung gesteuert werden kann?

Nun liegt es nahe zu sagen: Wenn ein Kaufmann ein Geschäft zu teuer kauft oder mit zu vielem fremdem Kapital betreibt, so trägt er die Folgen seines Optimismus und seines Leichtsinns allein. Dasselbe muß auch vom Landwirt gefordert werden. Und gewiß ist es richtig, daß wer Land erwerben will zur Bestellung, ebenso rechnen sollte wie jeder andere, der ein Geschäft übernehmen will.

Aber doch liegen die Verhältnisse hier nicht ganz gleichartig. Der Landwirt befindet sich infolge der relativ seltenen Gelegenheit zum Bodenerwerb mehr oder minder in einer Zwangslage gegenüber dem bisherigen Eigentümer.

Der Landwirt bleibt immer neben den allgemeinen Konjunkturen von den Elementen abhängig. Sein Betrieb ist besonders auf ungünstigem Boden stets gebundener als der des Kaufmanns. Er kann sich meist nicht durch die Wendung zu etwas anderem der drohenden Krisis entziehen.

Ja man wird noch darüber hinauszugehen haben. Wo nur einzelne Fälle der Überschuldung bestehen, da mag der Staat den Dingen seinen Lauf lassen, wie er den unvorsichtigen Kaufmann auf der schiefen Ebene abwärts gleiten lassen wird. Wo dagegen, wie jetzt in den alten östlichen Provinzen Preußens, die Überschuldung eine allgemeine Kalamität ist — darin stimmten alle Äußerungen hervorragender Sachkenner auf der preußischen Agrarkonferenz von 1894 überein —, da kann er sich nicht rein abwartend verhalten.

Soll der Staat hier ruhig zusehen, bis auf Hunderten von Quadratmeilen die alten Besitzer von den Eigentümern der letztstelligen Hypotheken abgelöst werden?

Meine Herren! Ich bin kein Freund des Junkerbluts, wenn es sich, wie häufig genug, der modernen Entwicklung in den Weg stellt; aber das muß ich doch betonen, daß die landläufigen Vorstellungen von mangelnder Tüchtigkeit, übermäßiger Genußsucht der Großgrundbesitzer im Osten unrichtig sind. Der Staat hat allen Grund, sie zu stützen; nicht weil ihre Ahnen Gut und Blut für den Staat gelassen haben, sondern weil sie zum ganz überwiegenden Teil tüchtige Wirte sind und weil der plötzliche Zusammenbruch einer ganzen Klasse weder im Interesse der Gesellschaft noch der des Staats liegt.

Wie freilich geholfen werden kann, ob der Staat mehr thun soll, als seine Behörden und billigen Kredit zur Verfügung zu stellen; ob allmählich eine feste Grenze für die hypothekarische Verschuldung gezogen werden und wie bei darüber hinaus verschuldetem Besitz der Übergang bewerkstelligt werden kann, das sind Fragen, die ich hier nicht erörtern kann. Über die Besprechung auf Konferenzen und über die litterarische Behandlung sind sie nicht hinausgediehen. Süddeutschland mit seiner viel geringeren landwirtschaftlichen Verschuldung bedarf ja überhaupt keiner so eingreifenden Maßregel.

Immerhin dürfen auch hier die Fragen, die mit dem landwirtschaftlichen Kredit zusammenhängen, nicht aus den Augen verloren werden.

Es handelt sich hiebei um ein Dreifaches: Zunächst um die Beschaffung desselben. Der Landwirt muß Kredit finden, in der ihm entsprechenden Form zu möglichst billigem Preis. Seit 10 Jahren ist man in ganz Deutschland eifrig bemüht, dem Landwirt den Personalkredit möglichst zu erleichtern, ja entgegenzutragen. Und gewiß ist die Ausbildung der richtigen Kreditorgane dafür, ihre finanzielle Ausstattung und ihre Geschäftsgrundsätze von großer Bedeutung.

Aber darüber ist die Fortbildung des leider viel gewichtigeren Hypothekarkredits gerade in Süddeutschland ganz vergessen worden. Und doch klafft hier eine außerordentliche Lücke. Denn derselbe wird hier bisher außer von Hypothekenbanken fast ausschließlich von Privatpersonen, Stiftungen und Sparkassen geboten, die alle mehr oder weniger die Bedürfnisse des Landwirts nicht kennen oder anerkennen wollen. Eigens für das ländliche Kreditbedürfnis geschaffene Organisationen sind teils etwas ganz neues (z. B. in Bayern seit 1897), teils, soweit sie schon weiter zurückreichen, wie in Baden und Württemberg, von verhältnismäßig geringer Bedeutung. In Preußen waren 1896 doch schon ca. 20% der Hypotheken, in Sachsen noch mehr allein in der Hand der genossenschaftlich organisierten Landschaften und Kreditvereine.

Zweitens gilt es mit der Gewohnheit zu langsamer Tilgung von Hypothekenschulden zu brechen; als zweifellos bestes Mittel kommt hier die besonders von Hecht empfohlene Schuldentilgungsversicherung in Betracht.

Drittens aber handelt es sich auch bei uns wie sonst in Deutschland um einen unermüdlichen Kampf gegen die Hauptursache der hohen Besitzverschuldung, die Überbezahlung des Bodens beim Kauf- und Erbgang. In letzterem Fall bieten zwar das neue bürgerliche Gesetzbuch und die vornehmlich in Norddeutschland neugeschaffenen Gesetze, die die Gewohnheit der Übernahme eines Guts durch einen Erben, den Anerben, stärken und dieses Institut mustergiltig ausbilden, einige Handhaben; aber die

Hauptsache bleibt doch, daß auch beim Verkehr unter Lebenden die Grundeigentümer gegenüber ihren Kindern sich selbst bewußt werden, wieviel für die Wirtschaft von dem bezahlten Kauf- und Übernahmepreis abhängt, wie unzuverlässig die Krücke eines übermäßigen Besitzkredites ist.

III. Das dritte heute für die Landwirtschaft in Betracht kommende Problem ist die Arbeiterfrage.

Ich kann auf sie nur noch ganz kurz eingehen und habe sie hier überhaupt nicht vom Standpunkt der Arbeiter, sondern von dem der Landwirtschaft aus zu betrachten.

Allgemein ist seit 25 Jahren zu beobachten, daß sich mit der großen Zunahme unserer Städte Bevölkerungsstagnation oder sogar Bevölkerungsrückgang auf dem Land und in Landstädtchen verbindet. Dieser Zug nach der Stadt beruht auf wirtschaftlichen und psychologischen Momenten; auf der oft durchaus nicht gerechtfertigten Hoffnung, in der Stadt leichter vorwärts zu kommen, die durch die größere Höhe der Löhne erweckt wird, auf der Abneigung gegen Art und Bedingungen der ländlichen Arbeit, auf einem oft ganz ziellosen Drang nach Selbständigkeit, auf einer unüberlegten Jagd nach den Freuden und Anregungen des städtischen Lebens.

Diese Bewegung findet ein Gegengewicht dort, wo wie in West- und Südwestdeutschland die Zersplittertheit des Grundbesitzes eine relativ große Zahl von Familien an die Scholle fesselt, oder das Eindringen der Industrie auf die Dörfer diese ihres ländlichen Charakters entkleidet und vielgestaltigere Erwerbsgelegenheiten schafft, endlich auch dort noch, wo bei mittlerem Grundbesitz die sozialen Unterschiede zwischen Herrn und Arbeiter noch keine großen sind.

Und aus diesen Umständen erklärt sich auch, daß in den Gegenden mit vorherrschendem Klein- und Mittelbesitz die Schwierigkeit, landwirtschaftliche Arbeiter zu bekommen, wenn schon gestiegen, so doch nicht zu einem auf dem Boden der derzeitigen Wirtschaftsweise unlösbaren Problem geworden ist.

Ganz anders liegen auch in dieser Beziehung die Verhältnisse im deutschen Nordosten. Hier herrscht der Großgrundbesitz vor. Der Übergang zu intensiverer Wirtschaft hat trotz systematischer Verwendung von Maschinen das Bedürfnis nach Arbeitern vermehrt. Aber der Betrieb hat dabei — mit unter dem Einfluß der verringerten Rentabilität — mehr und mehr die patriarchalischen Formen abgestreift. Die ständigen, am Gutsertrag unmittelbar durch Deputate oder Gutsland interessierten Arbeiter sind mehr und mehr herabgedrückt, ja vielfach durch unständige, nur mit Geld entlohnte Arbeiter ersetzt worden.

Es fehlt ein Bauernstand, dessen Kinder in den Herrendienst einträten. Und wenn er vorhanden wäre, so würde die soziale Kluft, das Gesinderecht, die Entziehung der Koalitionsfreiheit, die Arbeitsbedingungen, die der Gutsbesitzer bietet und bieten kann, die Bauernkinder nicht zum Hofdienst locken.

Man beobachtet seit Jahren, daß nirgends die Flucht vom Land in die Städte und überhaupt nach dem durch Himmel, Arbeitsverfassung und Kultur so viel mehr begünstigten Westen größere Dimensionen angenommen hat, als in Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern.

Der durchschnittliche jährliche Verlust durch Wanderung*) betrug auf 1000 Seelen der Durchschnittsbevölkerung

in	1885/90 jährlich	1890/95 jährlich	
Ostpreußen	13,45	8,84	Seelen
Westpreußen	13,85	9,24	"
Posen	13,76	10,08	"
Pommern	12,07	7,04	"
Mecklenburg-Schwerin	8,55	3,98	"
Mecklenburg-Strelitz	10,43	3,01	"

Es giebt erst einen Eindruck von der Größe dieser Kalamität, wenn man bedenkt, daß diese Gegenden zusammen 137 600 qkm

*) Im württembergischen Jagstkreis dagegen, dem einzigen Kreis unseres Landes mit positiven Verlusten, betrug die Abnahme 1890/95 nur 2,05 % auf die mittlere Bevölkerung.

= 1/4 Deutschlands = dem 7fachen der Fläche Württembergs umfassen. Von Preußen machen die genannten preußischen Provinzen mit starker Abnahme über 1/3 aus.

Und was das schlimmste ist, Hand in Hand mit dem Ersatz der ständigen Arbeiter des Großbetriebs durch unständige und mit dem Abströmen der einheimischen Bevölkerung geht eine zunehmende Einwanderung slavischer Arbeiter, die dem Großgrundbesitzer wegen ihrer geringen Ansprüche und der jederzeitigen Abschiebbarkeit über die Grenze ebenso bequem wie dem deutschen Wesen schädlich sind.

Und diese Einwanderung hat die Regierung trotz ihres sonstigen Kampfes gegen den Slavismus seit dem Anfang der 90er Jahre gestattet. Sie hat sie gestatten müssen, weil der Ausschluß nichtdeutscher Arbeiter der Ruin der Großgrundbesitzer gewesen wäre. Das ist leider zuzugeben.

Aber es ist ebenso klar, daß dieser Zustand nicht bleiben kann.

Alle Experimente nun, die in den letzten Jahrzehnten in Mecklenburg, Pommern und den übrigen östlichen preußischen Provinzen gemacht worden sind, um der Landwirtschaft einen Arbeiterstamm zu erziehen, haben ergeben, daß die Begründung bloßer Arbeiterkolonien, die Ansiedelung von Arbeitern auf dem Gut keine dauernden Erfolge versprechen. Eine allgemeine Wiedereinführung der Schollenpflichtigkeit in Gestalt von raffinierten Arbeitskontrakten, wie sie da und dort wieder üblich geworden, ist eine unmögliche Lösung des Problems; die neuerdings wieder so lebhaft geforderte Beschneidung der Freizügigkeit würde die Arbeiter geradezu rechtlos machen. Auch die Erschwerung des Zuzugs in die Städte würde eine Wiederbesiedelung der ostelbischen Gutsbezirke nicht bedeuten.

Als einzig gangbarer Weg hat sich die Neugründung von Landgemeinden erwiesen, bei denen sich an Bauernwirtschaften Arbeiterstellen anlehnen.

Aber dazu ist der Großgrundbesitz, besonders wo er überschuldet ist, aus eigener Kraft nicht im stande, und wenn er es

wäre, so würde sein Vorgehen kaum den Interessen der Allgemeinheit entsprechen.

Unter diesen Umständen war es eine That, daß die preußische Regierung selbst mit der ihr eigenen Energie diesen Aufgaben näher trat. Zunächst 1886 gaben nationalpolitische Gründe, das Anwachsen der Polen, Anlaß, in den gefährdetsten Gebieten, Westpreußen und Posen, mit Staatsmitteln eine Ansiedelungsthätigkeit zu beginnen, die in erster Linie die Erweiterung deutschen Besitzes auf Kosten der Polen bezweckte.

Weiter ist seit 1890 für den ganzen Staat die dabei erprobte Form der Eigentumsübertragung gegen längere Rentenzahlung unter gleichzeitigen Erleichterungen beim Abveräußern verschuldeter Gutsteile zugelassen und seit 1891 diesen Neubildungen die Erfahrung der Staatsbehörden und der Kredit der Rentenbanken zur Verfügung gestellt worden. Die Vorteile dieser aus rein volkswirtschaftlichen Gründen entstandenen Rentengutsgesetze kommen allen Grundbesitzern, auch solchen nicht deutscher Zunge zu gute, wenn die Begründung neuer kleinerer und mittlerer Besitzungen in Frage steht. So verschieden die Ausgangspunkte des Gesetzes von 1886 und derjenigen seit 1890 und so verschieden im einzelnen die Rechte der Kolonisationsbehörden gestaltet sind, gemeinsam ist ihnen in ihrer Anwendung auf das ostelbische Gebiet das Ziel, die dortige Grundbesitzverteilung allmählich von Grund aus umzubilden, an die Stelle und neben den Großbetrieb den Mittel- und Kleinbetrieb zu setzen, der keine oder nur wenige fremde Arbeitskräfte bedarf und in den neuen Kolonistengemeinden einen Stamm von Landwirten und Arbeitern zu erziehen, die unter günstigeren Bedingungen wirtschaften, als die Vorbesitzer.

Dem Umfang dieser Aufgaben lassen sich in neuerer Zeit bei den europäischen Kulturstaaten nur zwei andere Unternehmungen gleicher Größe an die Seite stellen, die Kolonisationsthätigkeit der preußischen Könige im 18. Jahrhundert und die irische Landbesitzreform seit 1881.

Bis Ende 1897 sind durch die preußische Ansiedelungskommission etwa 2340 Familien auf 41000 ha Land angesetzt und 77 Schulen, 42 Gemeindegebäude, 13 Pfarrgehöfte, 12 Kirchen und 10 Bethäuser neu errichtet worden.

Auf Grund der Rentengutsgesetze wurden bis zur selben Zeit 7100 Rentengüter begründet mit 77300 ha Fläche. Von ihnen dienen aber viele nur zur Vergrößerung schon bestehender kleiner Betriebe. Diese 9400 Wirtschaften waren ehedem durch höchstens 1000 Besitzer repräsentiert. Die neuverteilten Gebiete betragen das 1½fache der in ganz Hohenzollern zu den Landwirtschaftsbetrieben gehörigen Fläche.

Eine Rückwirkung auf die Arbeiterverhältnisse ist freilich erst allmählich zu erwarten, wenn die Nachfrage nach Arbeitern mit den Fortschritten der Parzellierung sich verringert und die neuen Bauerngemeinden selbst Arbeitskräfte erzeugen. Auch gedeihen die Kolonien nicht gleichmäßig, am besten diejenigen der Ansiedlungskommission, deren Organisation, Kompetenzen und Mittel den besten Erfolg versprechen. Bei der Rentengutsbildung, der gegenüber der Staat sich bisher in viel ungünstigerer Stellung befindet, wird eine Erweiterung der Vollmachten administrativer und finanzieller Art unumgänglich sein, damit der Staat der Entstehung lebensunfähiger Wirtschaften entgegentreten kann. Im ganzen aber sind die Erfolge unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen doch schon erhebliche zu nennen. Nur wird die eingeschlagene Politik Jahrzehnte lang fortgesetzt werden müssen, ehe das Ziel annähernd erreicht sein wird. —

Fassen wir den Eindruck, den wir heute gewonnen haben, kurz zusammen.

Es ist wahr, große Teile der deutschen Landwirtschaft befinden sich in einer Krisis. Und das Ende dieser Krisis ist noch nicht abzusehen. Dies müssen wir alle anerkennen, auch wenn die agrarische Agitation uns dadurch, daß sie den Mund zu voll nimmt, dieses Zugeständnis erschwert. Preisen Sie uns glücklich,

daß wir in Süddeutschland im ganzen weniger betroffen sind; aber nehmen Sie diese günstigeren Zustände um uns nicht als Maßstab der Gesamtbeurteilung.

Thatkräftige Ansätze zu einer Verbesserung lassen sich bei den Nächstbeteiligten und in der Politik der Bundesstaaten nicht verkennen. Aber jedenfalls wird es großer Zähigkeit und langer Arbeit bedürfen, um die deutsche Landwirtschaft vor den Schicksalen der englischen zu bewahren, die in den letzten zwei Jahrzehnten ihre Bedeutung für die Versorgung des Landes mit Brotgetreide fast ganz und mit Fleischproduktion mehr und mehr verloren hat.

Daß auch das Reich die Landwirtschaft in Zukunft nicht wird im Stich lassen dürfen, darauf werde ich im letzten Vortrag zurückzukommen haben.

Die Landwirtschaft als leistungsfähiges Glied der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten, das fordern allgemein staatliche und wirtschaftliche Gründe von größtem Gewicht. Das Ziel, das hier vorliegt, ist des Schweißes der Edeln wert.

III.

Industrie.

Meine Herren!

In der letzten Stunde sahen wir, daß die jetzige Lage der deutschen Landwirtschaft im wesentlichen bestimmt ist durch den Widerspruch, in dem sich der Optimismus der Bodenbesitzer und Bodenerwerber befindet gegenüber dem Sinken der Reinerträge, wozu sich dann noch gerade in den bedrängtesten Gegenden die Abneigung der Arbeiter gegen landwirtschaftliche Arbeit am stärksten geltend macht.

Ganz anders sind die Thatsachen, die die heutige Struktur und Lage der deutschen Industrie bestimmen.

Was bei der Landwirtschaft nicht in Betracht kommt und auch in Zukunft nicht in Betracht kommen wird, die Konkurrenz verschiedener Wirtschaftsgrößen und Wirtschaftssysteme, das ist der Zentralpunkt, der alle Veränderungen des gewerblichen Lebens beherrscht.

Die Industrie ist der eigentliche Boden für die Auseinandersetzung der bei der Stoffveredlung möglichen verschiedenen Betriebssysteme, vor allem des Groß- und Kleinbetriebs.

Es ist aber nicht richtig, zu glauben, daß diese Auseinandersetzung etwas den letzten Jahrzehnten Eigentümliches sei.

Denn das Bedürfnis nach Stoffveredlung, das die Geschichte der Menschheit von ihren Uranfängen an begleitet, hat seit Jahrtausenden zu verschiedenen Formen der Befriedigung dieses Bedürfnisses geführt. Neben die Selbstverarbeitung der Produkte im Einzelhaushalt tritt frühe die berufsmäßige Ausübung der

Stoffveredlung durch besondere Personen und Klassen. Dabei wird zunächst Jahrtausende hindurch lediglich die Arbeitskraft und Kunstfertigkeit in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Der Gewerbetreibende empfängt hier nichts als Arbeitslohn, weshalb man sich gewöhnt hat, diese Form gewerblicher Arbeit als Lohnwerk zu bezeichnen. Erst seit dem Ausgang des Mittelalters wird aus dem bloßen Arbeiter der eigentliche Handwerker, d. h. ein kleiner Unternehmer, der selbständig, mit eigenem Rohstoff (d. h. Kapital) für seine Kunden arbeitet und dementsprechend sich seine Thätigkeit in einem den bloßen Arbeitslohn übersteigenden Betrag bezahlen läßt.

Seit der gleichen Zeit, also schon seit 4—5 Jahrhunderten, beginnt eine Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Formen der berufsmäßigen gewerblichen Arbeit, dem Lohnwerk und Handwerk, die nicht einmal in der Mehrzahl der Fälle zu Gunsten des letzteren entschieden wird. Doch versteht das Handwerk, gestützt auf seine höhere soziale und wirtschaftliche Stellung, sich in seinem Auftreten und seinen Gerechtsamen den Anschein der ausschließlich legitimen Form des Gewerbebetriebs zu geben.

Und weiter tritt seit dem Ausgang des Mittelalters an die Seite dieser auf lokale Absatzgebiete und kleine Mengen beschränkten Produktion vereinzelt der Großbetrieb in Gestalt der sog. Hausindustrien (Verlagsunternehmungen) und der Fabriken, die beide den gewerblichen Arbeiter in den Dienst fremden Kapitals, der Massenproduktion stellen und ihm gleichzeitig mit der Sorge für den Absatz auch die Gewinnaussichten abnehmen. Auch diese Formen der gewerblichen Arbeit geraten nicht selten schon frühzeitig mit den früher genannten in Kollision, besonders das Verlagssystem mit dem Handwerk, während die eigentlichen Fabriken bis ins 18. Jahrhundert nur vereinzelt als Konkurrenten des Handwerks zu betrachten sind.

Die Auseinandersetzungen zwischen Lohnwerk und Handwerk sind inzwischen längst in den Hintergrund getreten. Im Vordergrund steht heute der Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb.

Was die Jetztzeit von der Vergangenheit unterscheidet ist also nicht die Thatsache dieses Kampfs, sondern nur der Grad und die heute so viel ungünstigeren Aussichten dieses Kampfs. Denn die Waffen, mit denen beide Industrieformen miteinander kämpfen, sind je mehr die modernen Verkehrsmittel die Wirkungen großindustrieller Arbeit in die Ferne trugen und je mehr Kapitalkraft und Fortschreiten mit der Technik Grundbedingung der Konkurrenzfähigkeit wurden, von Jahr zu Jahr ungleicher geworden. Auch die Heere, die einander in den Vertretern der verschiedenen Betriebssysteme gegenüber stehen, wurden immer ungleichartiger. Der Großbetrieb namentlich in der Form der Fabrik arbeitet mit einem Generalstab von technisch-kaufmännisch auserlesenen Kräften neben den gewöhnlichen Arbeitern. Beim Kleinbetrieb ruhen die Aussichten immer nur auf den Eigenschaften weniger, oft nur eines einzigen Menschen. Ferner entzieht das dem Menschen innewohnende Streben, sich emporzuarbeiten, immer aufs neue die Intelligentesten, Tüchtigsten, Erfolgreichsten denjenigen Betriebsformen, die an sich die geringeren Aussichten bieten, und drückt diese damit immer wieder herab.

Diese Erscheinung des intensiveren Kampfes zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb erfüllt heute alle Kulturstaaten und nur sein Alter und seine Erfolge zeigen Unterschiede.

In England, Belgien datiert die Überhandnahme des Großbetriebs um eine Generation früher, als in den übrigen Teilen West- und Mitteleuropas. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Handwerk, noch ehe es erstarkt war, durch die Großindustrie erstickt worden. In allen diesen Staaten kann der Kampf bereits als beendet gelten. Deutschland, Frankreich, die Schweiz stehen noch mitten drinnen. Aber man kann auch hier über den Ausgang nicht zweifelhaft sein.

In Österreich und Italien ist die Großindustrie künstlich zurückgehalten, durch fiskalische und politische Mittel. Aber dort herrschen gleichwohl Zustände, bei denen der Kleinbetrieb nichts gewinnt, die Volkswirtschaft viel verliert.

Daß in Deutschland der Großbetrieb so viel später seine Macht entfaltete, erklärt sich aus der Kapitalarmut nach den napoleonischen Kriegen, aus dem Fehlen eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets, dem langsamen Eindringen der Verkehrsverbesserungen.

Die ersten Stöße kamen hier von außen her, von England; erst seit den 50er und 60er Jahren datiert die allgemeine Umwälzung unserer gewerblichen Produktionsweise, die noch heute nicht beendigt ist.

Die Statistik, so sehr sie gerade in Deutschland vervollkommt worden ist, kann immer nur ein Teilbild dieser Veränderungen liefern, denn sie giebt die Struktur der Industrie fast ausschließlich auf Grund äußerlicher Eigenschaften wieder. Die innere Qualität kann sie nur ganz unvollkommen untersuchen, selbst auf die Prüfung, ob die Betriebe nach ihren äußeren Merkmalen richtig eingereiht sind, muß sie in der Regel verzichten.

Immerhin enthält die Statistik unserer neueren Gewerbezählungen von 1882—1895 (auf ältere kann ich nicht zurückgreifen) Andeutungen genug.

Lassen Sie mich auf sie zunächst etwas näher eingehen.

Vor allem fällt die große Verschiedenheit in der Entwicklung der Zahl der Betriebsleiter und der von ihnen Abhängigen auf. In den Hauptbetrieben von Industrie, Baugewerben und Bergbau war die Zahl der Selbständigen (Betriebsleiter)

			auf 1000 Seelen	
1882	2,209	Mill.	= 48,3	— 18 %.
1895	2,061	„	= 39,6	

Die Zahl der Arbeiter, Gehilfen und Lehrlinge dagegen betrug

			auf 1000 Seelen	
1882	3,606	Mill.	= 79,7	+ 35 %.
1895	5,671	„	= 107,4	

Und das technische und Bureauverwaltungspersonal umfaßte

		auf 1000 Seelen	
1882	118 000	= 2,61	= + 97 %.
1895	268 000	= 5,15	

Schon diese Entwicklung giebt einen Hinweis auf die Vergrößerung der gewerblichen Betriebe bei einer Abnahme an Zahl.

Noch deutlicher wird das, wenn wir die Bewegung innerhalb einzelner Betriebsgrößen verfolgen. Die eigentliche Sphäre des Handwerks läßt sich dabei nicht genau abgrenzen, weil sie nicht an einen bestimmten, äußeren Umfang des Betriebs gebunden ist. Man kann nur den Kleinbetrieb, den Mittelbetrieb und Großbetrieb einander gegenüberstellen.

Als **Kleinbetrieb** betrachte ich Betriebe mit bis zu 10 darin beschäftigten Personen.

Hier beobachten wir nun einmal eine starke Abnahme der Alleinbetriebe (ohne Gehilfen und Motoren), nämlich

		auf 1000 Seelen	
von 1882	1 430 000	= 31,3	– 24 %.
bis 1895	1 237 000	= 25,7	

Dieselbe beruht zum Teil auf einer schärferen Erfassung dieser Betriebe im Jahr 1895; weiter einen mäßigeren Rückgang der Gehilfenbetriebe mit bis 5 beschäftigten Personen, wenn die Bevölkerungszunahme in Rechnung gezogen wird,

		auf 1000 Seelen	
1882	745 000	= 16,3	– 11,6 %,
1895	752 000	= 14,4	

endlich eine recht erhebliche Zunahme der Betriebe mit 6—10 beschäftigten Personen

		auf 1000 Seelen	
1882	49 200	= 1,08	+ 39 %.
1895	77 900	= 1,50	

Beim **Mittelbetrieb** (mit 11—50 beschäftigten Personen) und beim **Großbetrieb** ist die Zunahme der Betriebe eine sehr beträchtliche:

Für den Mittelbetrieb sind die Zahlen:

1882	35 800	= 0,78	+ 51 %;
1895	61 600	= 1,18	

Großbetriebe (mit über 50 beschäftigten Personen) gab es

1882	9 500	= 0,205 ‰	+ 68 %.
1895	17 900	= 0,345 „	

Die größten Großbetriebe (+ 1000 beschäftigte Personen) sind in den 13 Jahren um 78% gewachsen; ihrer gab es

1882 123,
1895 248.

Die Statistik ergiebt also ein gewaltiges Anschwellen von Mittel- und Großbetrieb bei starkem Rückgang des kleinsten Kleinbetriebs.

Versuchen wir uns diese Bewegung noch nach einer anderen Richtung deutlich zu machen.

Die Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Personen (Leiter und Arbeiter) ist zwar annähernd gleich geblieben

1882 3 630 000,
1895 3 760 000,

aber im Verhältnis zu den überhaupt in der Industrie Nahrung findenden Personen gesunken von

1882 61% auf
1895 47%.

Im Mittelbetrieb fanden Beschäftigung

1882	750 000,		d. h. von allen 13%
1895	1 330 000	(+ 75%)	„ „ „ „ 17%

Im Großbetrieb aber

1882	1 554 000,		d. h. von allen 26%
1895	2 907 000	(+ 85%)	„ „ „ „ 36%

Auf die Entwicklung in den einzelnen Bundesstaaten und innerhalb der einzelnen Gewerbearten muß ich mir leider versagen näher einzugehen. —

Diese große Bewegung, die sich gegenwärtig in der Struktur unseres gewerblichen Lebens vollzieht, im einzelnen Ihnen zu beleuchten, ist im Rahmen eines einzigen Vortragsabends ganz unmöglich. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als die wichtigsten Fragen herauszugreifen und auch diese mit starker Selbstbeschränkung zu besprechen.

Ich fasse hiebei zunächst das Handwerk, in der zweiten Hälfte die Großindustrie ins Auge.

I. Der äußerliche Bestand des **Handwerks** ist schon nach den vorhin gegebenen Zahlen in hohem Grad erschüttert. Als wichtigste äußerliche Thatsache trat der starke Rückgang der Betriebe ohne Gehilfen und Motoren hervor. Diese Entwicklung ist wohl nicht zu beklagen, denn daß solche Miniaturbetriebe in 90 % der Fälle nicht leistungsfähig sind, weder technisch noch wirtschaftlich, liegt auf der Hand. Im übrigen hat sich, wie wir sahen, die Zahl der Betriebe mit bis zu 5 beschäftigten Personen erhalten, aber nicht die Bevölkerungszunahme mitgemacht; dies ist bedauerlich. Erfreulich ist dagegen, daß die Betriebe mit 6—10 Personen, die noch überwiegend zum Handwerk gezählt werden können, sich in starkem Zuwachs befinden.

Weit mehr als diese Projektion der Zustände nach außen ist von Interesse, daß und wie sich die innere Struktur des Kleinbetriebs in fast allen Gewerbearten geändert hat.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß der Großbetrieb unmittelbar allgemein das Handwerk durch Erzeugung der bisherigen Handwerksware im Großen aufsaugt, unmöglich macht. Dem widerspricht schon die große noch übrige Zahl der Kleinbetriebe.

Dies ist nur der Fall bei verhältnismäßig wenigen Gewerben, darunter allerdings einigen sehr wichtigen, vor allem bei der großen Gruppe der Textilgewerbe. In ihnen hat von 1882—1895 die Zahl der Alleinbetriebe und der Betriebe mit bis zu 5 beschäftigten Personen um 44 % abgenommen. Auch die kleinen Färbereien, die Nagelschmiede und Nadler, die Müller, Seiler, Brauer, Schuhmacher, Uhrmacher und Ziegler leiden unter dieser direkten Konkurrenz. Sie sind zum Teil bereits verschwunden, zum Teil können sie ihre Geschäfte nur mit Mühe und nur in ganz anderer Form als bisher weiterführen.

Die Regel ist vielmehr, daß der Großbetrieb nur das Arbeitsgebiet des Handwerks verengert. Bald übernimmt er die Herstellung einzelner gebrauchsfertiger Waren (Bonbons, Herde), bald reißt er die Herstellung von Halbfabrikaten an sich (z. B.

von Schlössern, Einbanddecken, Rahmen), deren Vertrieb oder Weiterverarbeitung dann in der Regel dem Kleinbetrieb verbleibt.

Bald tritt die Arbeitseinengung ein dadurch, daß der Großbetrieb Arbeitsmethoden und Rohstoffe anwendet, die dem Kleinbetrieb unzugänglich sind (z. B. Buchbinden mit Draht, Verarbeitung von Guttapercha, Papiermaché, Celluloid), bald beruht sie auch darauf, daß der Großbetrieb den Bedarf umgestaltet und Surrogate schafft (Emailgeschirre statt Holz-, Zinn-, Thonwaren, Drahtstifte statt Nägel).

Aber auch abgesehen von der Waarenkonkurrenz hat die Macht des Großbetriebs auf den Charakter des Handwerks gewirkt. Viele Handwerker sind als sog. Fabrikhandwerker einem Großbetrieb eingegliedert worden, während die übrigbleibenden die Kundschaft unter der Großindustrie zumeist verloren; andere sind äußerlich frei geblieben, aber in vollkommene Abhängigkeit als Heimarbeiter gekommen.

So waren nach der Zählung von 1895 z. B. 3/4 aller Weber ohne Gehilfen, 2/3 aller Betriebe in der Handschuhmacherei, 1/10 aller Schuhmacher ohne Hilfskraft, 1/6 aller alleinarbeitenden Schneider, 1/7 aller Gehilfenbetriebe im gleichen Gewerbe, 1/10 aller Drechsler in der eigenen Wohnung für fremde Rechnung thätig.

Viele Handwerker, auch solche, die nicht zu Heimarbeitern herabgesunken sind, besonders unter den Schmieden, Schreinern und Schlossern sind zu Spezialisten geworden. Fast alle, soweit sie nur etwas Kapital haben, haben die Beschneidung der Produktionsthätigkeit durch den Handel mit Fabrikwaren auszugleichen gesucht.

Man hat Mühe, unter den Handwerken solche zu finden, in deren Gewerbebetrieb der Sturm der letzten Jahrzehnte keine Spuren hinterlassen hat. Mit am unberührtesten sind die Bäcker und Metzger geblieben, obwohl auch hier die Konkurrenz von Brot- und Konservenfabriken einzubringen beginnt.

Mit allen Freunden des Handwerks beklage ich diese Entwicklung. Es ist in der That schmerzlich zu sehen, wie viel

Boden das Handwerk in den letzten Jahren verloren hat, wie viele Meister sich abmühen müssen, bis sie einen Ausweg aus der Verengerung ihres Arbeitsgebiets gefunden haben, wie viele sich auf bloße Reparaturarbeit beschränkt finden.

Aber bei nüchterner Betrachtung der Verhältnisse ist in der Beurteilung dieser neuesten Veränderungen ein Dreifaches zu beachten:

1. Die Leistungen des Kleinbetriebs sind teils mit teils ohne Schuld der Meister in Bezug auf Qualität, Promptheit und Preis zweifellos in vielen Fällen hinter den durch die Großindustrie umgestalteten Bedürfnissen zurückgeblieben.

2. Die Veränderung in der Struktur des Handwerks ist nicht durchweg eine Verschlechterung: als eine solche erscheint allerdings trotz der vorübergehenden Verbesserung der Lage Einzelner aus volkswirtschaftlichen Gründen, die ich im nächsten Vortrag vorzubringen haben werde, der Übergang der Handwerker zum Handel.

Aber daß der Großbetrieb dem Handwerk heute eine Reihe von Hilfsartikeln liefert, hat doch in vielen Fällen die Leistungsfähigkeit und damit auch die Widerstandskraft des Handwerkers erhöht. Dies gilt besonders von den Metallhandwerkern, den Flaschnern, Schlossern 2c., in geringerem Grad von den Tischlern.

Auch daß manche Handwerker sich auf Spezialitäten geworfen haben, wird man nicht ohne weiteres als Unglück ansehen können. In beiden Fällen wird es darauf ankommen, was unter den neuen Verhältnissen geleistet wird und ob die spezialistische Arbeit sich einen Markt und befriedigende Bezahlung zu schaffen vermag. Aber freilich hier wie dort besteht auch die Gefahr einer unzureichenden Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses.

Selbst dem Eintritt der Handwerker in die Fabriken lassen sich Lichtseiten abgewinnen, wenigstens soweit der Fabrikmeister in Betracht kommt. Ist auch die Selbständigkeit verloren, so bietet die Fabrik dafür in vielen Fällen feste Stellungen mit sicheren Einnahmen, ja die Möglichkeit allmählichen Emporsteigens.

3. Der Einfluß der neuen Verhältnisse ist auch lokal kein gleichmäßiger gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein. Der Niedergang des Handwerks hängt nämlich einerseits von der örtlich verschiedenen Stärke der Konkurrenz des Großbetriebs und der ebenfalls örtlich und nach den Branchen wechselnden Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit des Kleinbetriebs ab, andererseits aber vor allem auch von der Zusammensetzung und dem Wohlstand der Bevölkerung und der dementsprechend entwickelten Geschmacksrichtung des Publikums.

Je mehr die Bevölkerung in Großstädten zusammengeballt lebt, um so leichter ist ihr die Fabrikware zugänglich; je mehr in ihr die Arbeiterbevölkerung vorherrscht, um so mehr verflacht sich der Geschmack, um so weniger individuell sind die Bedürfnisse, eine um so wichtigere Rolle spielt die Billigkeit, worin die Handwerkserzeugnisse ja fast nie mit den Fabrikwaren konkurrieren können.

Allerdings weiß der Großbetrieb von Jahr zu Jahr mehr einzudringen mit seinen Waren in die Kleinstadt und das Dorf, und auch die Gewohnheit, seine Bedürfnisse beim Handwerker zu befriedigen, läßt immer allgemeiner nach. Aber noch jetzt wird man drei Zonen der Entwicklung scheiden dürfen.

Erstens die Großstadt und die Arbeiterzentren mit ihrer nächsten Umgebung. Hier hat die im Großbetrieb erzeugte Ware die meiste Absatzfähigkeit. Hier wird der Handwerker nur in Notfällen zu Hilfe genommen. Die Unterwerfung der Kleinbetriebe unter kapitalistische Verleger bei scheinbarer Selbständigkeit ist gerade hier in den letzten zwei Jahrzehnten außerordentlich gewachsen. Stichprobenerhebungen im Jahr 1895 ergaben hier eine relativ viel geringere Besetzung mit eigentlichen Handwerkern als in den Mittelstädten. Soweit sich die Meister nicht den neuen Verhältnissen in Technik und Kapital anzupassen vermochten, sind hier ihre Lage und Aussichten ganz schlecht.

Zweitens die Mittelstädte und Kleinstädte ohne überwiegende Arbeiterbevölkerung, wo der gleichmäßigere Wohlstand noch das

Festhalten der alten Beziehungen zum Handwerker befördert. Auch hier ist freilich der Abbröckelungsprozeß weit gediehen.

Drittens das Land. Hier ist die Entwicklung jedenfalls am wenigsten weit vorgeschritten, wenn schon die Verdichtung des Eisenbahnnetzes auch hier der Fabrikware den Einzug erleichtert. Übrigens begegnen auch hier große Unterschiede in der Lage des Handwerks je nach der Wohlhabenheit der Bevölkerung, Unterschiede, die seit Alters bestanden und durch die neueste Entwicklung nur vereinzelt beeinflußt sind. In den Gebieten mit Kleinbesitz findet der Handwerker sehr häufig und neuerdings teilweise zunehmend einen Rückhalt am Landwirtschaftsbetrieb, der ihn den Rückgang der gewerblichen Arbeit weniger empfinden läßt.

Darf man es wagen, aus den Entwicklungstendenzen des Kleinbetriebs und aus Beobachtungen in der eben skizzierten Richtung für ein einzelnes Land, wie Württemberg, ein allgemeines Urteil abzugeben, so würde es dahin gehen, daß in der Zähigkeit der Lebensgewohnheiten und dem durchschnittlich großen Wohlstand seiner Bevölkerung, in der verhältnismäßig geringeren Verbreitung der großindustriellen Arbeiterschaft, in der Summe von staatlichen und privaten Maßregeln, die seit Jahrzehnten der gewerblichen Erziehung des Handwerkers dienen, endlich in dem großen Umfang des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs Thatsachen liegen, die für eine im ganzen günstigere Lage des Handwerks sprechen. Auch der Reinigungsprozeß im Handwerk, den die Gewerbezählung von 1895 im Vergleich mit derjenigen von 1882 erweist, prägt sich hier schärfer aus, als im Durchschnitt des Reichs und Preußens.

Die Zahl der hoffnungslosen Alleinbetriebe, die in Württemberg 1882 noch besonders stark vertreten waren, hat hier stärker, um 28 %*) abgenommen. Die Betriebe mit 2—5 Personen sind ungefähr in gleichem Verhältnis mit der Bevölkerung gewachsen

*) Hier und nachher ist ähnlich wie vorher für das Reich die Bevölkerungszunahme mit in Rechnung gezogen.

und vor allem haben die Betriebe mit 6—10 Personen weit stärker zugenommen als anderwärts (um 74 %, in Preußen z. B. nur um 34 %).

Aber freilich, wie auch diese Dinge augenblicklich liegen, auch hier wird wie überhaupt mit einem weiteren Rückgang der kleineren Kleinbetriebe gerechnet werden müssen.

Andererseits kann freilich ebensowenig davon die Rede sein, daß in Zukunft der kleine selbständige Gewerbebetrieb bis auf geringe Reste verschwinden wird. Schon die Verbindung mit dem Detailhandel wird ihn erhalten, wie auch immer die Schicksale des letzteren sein werden. Man hat sich aber auch bemüht, theoretisch förmlich ein Gebiet gewerblicher Arbeit abzugrenzen, das selbst bei einer starken weiteren Verdichtung des Groß- und Mittelbetriebs eine ausschließliche Domäne des Handwerks bleiben werde. Und man kann ja sagen, daß, abgesehen von der bloßen Reparaturarbeit, die zwar dem Strebsamen keine innere Befriedigung, wohl aber gute Bezahlung gewährt, der Kleinbetrieb auf manchen Gebieten trotz überlegener Technik, größerer Promptheit und Geschultheit des großkapitalistischen Betriebs einen natürlichen Vorsprung behauptet, z. B. bei der Befriedigung von ganz individueller Nachfrage, bei der Erzeugung von Waren, in denen große Vorräte nicht gehalten werden können (Lebensmittel), überhaupt bei Bedürfnissen, die nicht in Massen auftreten und dabei in erster Linie Arbeitsleistungen fordern.

Aber freilich, man muß sich auch hier mit dem Gedanken abfinden: es giebt keinen absoluten Nahrungsboden für den selbständigen gewerblichen Kleinbetrieb. In keiner der eben genannten Richtungen ist das Handwerk bisher unangefochten geblieben. Die Aussichten sind, auch gute Leistungen vorausgesetzt, ganz verschieden je nach der Größe des Orts, nach der Zusammensetzung der Bevölkerung und der thatsächlichen Anpassungsfähigkeit des Großbetriebs. Es gilt für die Zukunftsaussichten dasselbe, was für die Entwicklung bis heute gilt.

Es fragt sich nun, ob **wir in diese Entwicklung eingreifen können und sollen und mit welchen Mitteln.**

Will man sich hier nicht in Träumen wiegen, so wird man das anzuerkennen haben:

Alle im Ernst in Betracht kommenden Mittel zum Schutz des Kleinbetriebs sind erfolglos in drei Fällen, erstens da, wo die Überlegenheit des Großbetriebs über das Handwerk auf einem großen Unterschied in den technischen Leistungen beruht, zweitens da, wo ein großer Unterschied in den Preisen besteht, zu denen die Waren ausgeboten werden können, und ferner drittens dort, wo das Angebot von Erzeugnissen oder Leistungen des Großbetriebs unterstützt ist durch eine Geschmacksveränderung des Publikums.

Wir können doch im Ernst nicht daran denken, z. B. alle Schuhfabriken, die hausindustrielle Schuhmacherei und die Einfuhr von mit Maschinen erzeugten Schuhen zu sperren, damit die handwerksmäßigen Schuhmacher allein das Bedürfnis nach Schuhen befriedigen.

Bei allem Wohlwollen gegen das Handwerk ist zu betonen, daß das Handwerk ein Recht auf einseitige Bevorzugung als Betriebssystem weder aus der Geschichte noch aus seiner heutigen Lage ableiten kann. In einer Zeit, wo sich alles in Umwälzung befindet, kann nicht an die Konservierung eines einzelnen noch so ehrenwerten Stands, soweit er nicht aus sich selbst heraus der Fortbildung fähig ist, gedacht werden. Die Konsequenzen wären unabsehbare.

Es ist überhaupt irrig, zu meinen, daß durch eine Umbiegung unseres Gewerberechts dem Kleinbetrieb Boden gewonnen werden könne. Alle Erfahrungen der Vergangenheit und, wie das österreichische Beispiel zeigt, auch der Jetztzeit beweisen, daß Gesetze, die der wirtschaftlichen Entwickelung widersprechen, erfolglos sind.

Dort besteht seit jetzt 15 Jahren der obligatorische Befähigungsnachweis und eine allgemeine Zusammenfassung des Handwerks in sogenannten Genossenschaften. Aber alle unparteiischen Forschungen über die Wirkungen dieser Gesetzgebung, zuletzt die-

jenigen von Waentig, stimmen darin überein, daß die Konkurrenzfähigkeit des Handwerks nicht nur nicht erhöht, sondern durch die beim Befähigungsnachweis unentbehrliche Abgrenzung der Gewerbegerechtsame sogar geschwächt worden ist und daß die Organisation des Handwerks keinen Einfluß auf die Lage des Handwerks hat gewinnen können.

Gewiß sind in letzterer Beziehung dort Fehler begangen worden. Aber vor allem ist der ganze Standpunkt, von dem aus die österreichische Regierung durch das Parlament gezwungen wurde, an die Handwerkerfrage heranzutreten, ein schiefer gewesen.

Auch bei uns ist man ja seit dem Ende der siebziger Jahre bemüht, durch Ergänzungen der Gewerbeordnung eine neue Rechtsgrundlage zu gewinnen, freilich verständigerweise nicht für Erhaltung des Handwerks in früherer Gestalt — auf diese Utopie ist die Reichsregierung gottlob nicht eingegangen, wiewohl die Gefahr der Nachgiebigkeit nahe genug lag —, sondern für zeitgemäßes Fortschreiten!

Ich verkenne den Wert einer Zusammenfassung des Handwerks in besondere Berufsverbände nicht; aber die Hauptsache bleibt immer, daß diese Korporationen lebensfähig sind und in der der Richtung der Zeit entsprechenden Weise wirken. Alle Organisationen sind an sich wie leere Schalen, die Wert erst bekommen, wenn sich in ihnen ein gesunder Kern bildet. Das neue Gesetz vom Juli 1897, das den Handwerkern sogar unter gewissen Kautelen Zwangsinnungen gestattet, das überhaupt die Innungen mit einer Liebe behandelt, die die bisher bestehenden nur zum allergeringsten Teil verdienten, das die Bildung von Handwerkerkammern vorschreibt, denen in Bezug auf die Pflege der Handwerkerinteressen sogar so erprobte Einrichtungen wie unsere süddeutschen Zentralstellen für Gewerbe und Handel werden weichen müssen, — dieses Gesetz bildet jedenfalls das Maximum an Zugeständnissen, das in Beziehung auf die Organisationsfrage und die Selbstverwaltung des Handwerks noch zu rechtfertigen ist.

Ob das Vertrauen der Reichsregierung nicht getäuscht wird,

muß die Zukunft lehren. Vieles wird davon abhängen, welche Haltung die einzelnen Bundesstaaten den Kammern gegenüber einnehmen, ob sie auf dieselben im Sinn positiver Thätigkeit Einfluß zu gewinnen verstehen. Schon jetzt kann aber kein Zweifel sein, daß die Organisationsfrage den Zentralpunkt, um den es sich handelt, gar nicht berührt.

Die Hauptaufgabe ist und bleibt die Anpassung des Handwerks, soweit sie überhaupt möglich ist, an die durch die Konkurrenz mit dem Großbetrieb gestellten Aufgaben, die Abschwächung des innerhalb des Handwerks selbst bestehenden Brotneids und der daraus entstehenden Folgen.

Die gewerbliche und kaufmännische Erziehung steht im Mittelpunkt. Die scharfe Betonung eines geordneten Lehrlingswesens und seine eingehende Normierung im neuen Handwerkergesetz ist als wesentlicher Fortschritt anzuerkennen. Noch wichtiger und erfreulicher sind aber die in neuerer Zeit immer vielgestaltigeren Versuche, auch ohne das schwere und auf diesem Gebiet so wenig brauchbare Geschütz gesetzlichen Zwangs eine Verbesserung der Handwerkslehre zu erzielen. Hierher gehören vor allem die fakultativen Lehrlingsprüfungen, ferner die trotz mancher Schwierigkeiten mit Erfolg fortgesetzten Bestrebungen, bei einzelnen Meistern für die Lehre Musterwerkstätten zu begründen und weiter die in den letzten Jahren sehr in Aufnahme gekommenen kürzeren Lehrkurse, die ähnlich wie Fachschulen die Aufgabe haben, die Technik und den Geschmack der Meister sowie ihres Nachwuchses zu beeinflussen. Es ist allgemein anerkannt, daß in allen diesen Beziehungen Württemberg, Baden und Hessen teilweise schon seit Jahren dem übrigen Reich weit voraus sind, und man kann es mit gutem Gewissen aussprechen, daß für diese Staaten das neue Handwerkergesetz überflüssig war.

Auch vom Genossenschaftswesen hat man seit den Tagen seiner Begründung durch Schulze-Delitzsch viel für das Handwerk erwartet. In diesem Punkt sind die Hoffnungen des großen Praktikers nicht in Erfüllung gegangen und ich fürchte auch, sie

werden in Zukunft nicht in Erfüllung gehen. Die Voraussetzungen psychischer, technischer, wirtschaftlicher Natur für das Gedeihen von Handwerkergenossenschaften sind an sich schwierig zu erfüllen, doppelt schwierig aber in einer Zeit, wo der Einzelne sein Heil darin sucht und vielfach suchen muß, nicht mit, sondern trotz den übrigen voranzukommen.

Größere Aussichten hat vielleicht auch für das Handwerk das Kartellwesen, das gemeinsame Auftreten bei Submissionen, da es den Einzelnen in geringerem Maße bindet.

Man hat allen diesen Bestrebungen, der gewerblichen Erziehung wie dem Genossenschaftswesen, den Vorwurf gemacht, daß sie besten Falls einzelnen und zwar den Tüchtigsten unter den Handwerkern ein Emporsteigen ermöglichen und daß die so Emporgestiegenen damit gerade dem Handwerk verlorengehen.

Auch dieser Vorwurf krankt an der alten, zünftlerischen Vorstellung, daß noch heute als Ideal anzustreben sei ein gleiches Niveau aller Handwerker. Nichts ist irriger als diese Anschauung. Das ganze wirtschaftliche Leben besteht auch heute, obwohl die Nieten in der Lotterie des Lebens zahlreicher geworden sind, in einem fortwährend sich erneuernden Ausleseprozeß, in einem ewigen Auf- und Absteigen der Individuen auf der Leiter des Glücks. Soll es unser Ziel sein, das Handwerk von diesem Prozeß auszuschließen? Aufgabe aller Wirtschaftspolitik ist es, die Ungleichheiten der Aussichten des Einzelnen zu mildern, aber es würde uns einer sozialistischen und den innersten Trieben des Menschen widersprechenden Wirtschaftsordnung in die Arme treiben, wollten wir daran denken, dem Tüchtigen diese Mittel zum Emporsteigen zu verweigern oder ihn sonstwie am Emporsteigen zu verhindern.

Ich denke also: wir müssen uns freuen und es als höchstes erreichbares Ziel betrachten, wenn alle Thätigkeit im und für das Handwerk den Erfolg hat, immer aufs Neue eine Reihe von Personen über den Durchschnitt und sogar in andere soziale Schichten zu erheben.

II. Ich komme zur **Großindustrie** und den neuesten Veränderungen, die sich in ihr abspielen. Es kann mir nicht beifallen, Ihnen die äußere Entwicklung unserer Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten im einzelnen darzulegen. So lockend diese Aufgabe wäre, so müßte ich doch befürchten, hier offene Thüren einzustoßen. Immerhin darf ich an einige der wichtigsten Thatsachen erinnern.

Über das Maß unserer industriellen Produktion überhaupt sind wir bisher nur für einzelne Gewerbe unterrichtet. Hierüber wird vielleicht ein allgemeinerer Aufschluß von der Produktionsstatistik zu erwarten sein, die eben für handelspolitische Zwecke unternommen wird. Aber was wir jetzt wissen deutet auf einen enormen Aufschwung.

In der Baumwollspinnerei hat nach Schätzungen der Bremer Baumwollbörse, die allerdings wesentlich zu hoch sein dürften, sich vermehrt

		die Zahl der Spindeln		
von	1887 . . .	5,05	Mill.	
bis Anfang	1898 auf . .	6,845	„	+ 45 %,

dagegen wuchs nach der Reichsstatistik der deutsche Verbrauch an

	Rohbaumwolle (abzüglich der Ausfuhr)		
von 1887 . . .	198 000	Tonnen	
bis 1897 auf . .	283 000	„	+ 43 %.

Die Produkte der Tabakindustrie sollen dem Wert nach in 5 Jahren (1892—97) um 13 %, die hergestellten Cigarren allein um 15 %, die Cigaretten um 50—60 % gestiegen sind.

In unserem Bergwerks- und Hüttenbetrieb ist die Zunahme der Produktion weit über die der Personen hinausgegangen und dasselbe gilt von der Rübenzuckerproduktion, von der Bierbrauerei und von der Alkoholerzeugung.

Unsere Ausfuhr an Industriewaren ist der Menge nach außerordentlich gewachsen; sie betrug in den zwei Jahren

1889/90	durchschnittlich	1,55	Mill. t.
1896/97	„	2,28	„ „ + 45 %.

Unsere Bezüge an Rohstoffen für Industriezwecke umfaßten

1889/90	15,7	Mill. t.
1896/97	22,3	„ „ + 41 %.

Der Wert unserer Einfuhr an fremden Fabrikaten betrug im Verhältnis zum Wert unserer Ausfuhr in Fabrikaten

1889/90 noch 47 %
1896/97 nur 41 „

Der französische Nationalökonom Yves Guyot hat Anfangs 1898 berechnet, daß bei einem Vergleich der Perioden 1887/91 und 1892/96 die Entwicklung der deutschen Ausfuhr, gemessen an ihrem Wert, obwohl derselbe etwas (um 1,7 %) gesunken ist, nur von der der Vereinigten Staaten (+ 18 %) und der wenig in die Wagschale fallenden Italiens (+ 8,1 %) übertroffen ist, daß sie dagegen diejenige der wichtigsten europäischen Industriestaaten, z. B. von England (— 7 %), Frankreich (— 5,5 %), Belgien (— 3,5 %) hinter sich gelassen habe.

Der neueste Pariser Schriftsteller Blondel, ein für einen Franzosen gewiegter Kenner deutscher Verhältnisse, knüpft an diesen Aufschwung für seine Landsleute dringende Mahnungen, uns nachzueifern. Der Neid der Engländer, wie er sich in der Agitationsschrift von Williams verkörpert, zeigt doch, so übertrieben er sein mag, wie anders Deutschland heute auf dem Weltmarkt in Frage kommt, als noch vor 10 und 15 Jahren.

Unsere Aktiengesellschaften, von denen freilich etwa 1/4 der statistischen Erfassung noch immer entgeht, verteilen von Jahr zu Jahr steigende Dividenden. Von den der Untersuchung zugänglichen Gesellschaften gaben

	keine Dividenden	höchstens 5 %
1886/87	33 %	27 %
1891/92	35 „	25 „
1896	24 „	24 „

Dagegen verteilten

	5—10 %	über 10 %
1886/87	27 %	13 %
1891/92	29 „	11 „
1896	36 „	16 „

Bei den beobachteten Gesellschaften mit Ausnahme der Versicherungsgesellschaften und Kreditinstitute sind die durchschnittlichen Dividenden von 1891/92 bis 1896 gewachsen von 5,6 auf 7,3 %.

In der chemischen Industrie allein betragen 1896 die durchschnittlichen Dividenden 11,57 %.

Und diese Durchschnitte sind noch viel zu niedrig, weil diejenigen Gesellschaften nicht ausgeschaltet sind, die ohne Dividenden arbeiten.

Was Preußen im besonderen betrifft, so läßt sich nach den Ergebnissen der Einkommensteuerveranlagung berechnen, daß die gesammten Überschüsse der steuerpflichtigen, d. h. nicht mit Unterbilanz arbeitenden oder weniger als 3½ % des Kapitals erzielenden Aktiengesellschaften gegenüber dem eingezahlten Aktienkapital betragen haben

1892/93	11,6 %
1893/97	10,4 „

dagegen

1897/98	12,4 % und
1898/99	13,6 „

wovon etwas mehr wie die Hälfte in Form von Dividenden ausgezahlt worden sein mag.

Und doch, meine Herren, trotz aller dieser äußeren Zeichen des Aufschwungs unserer Industrie liegt etwas in der Luft, was auf die Stimmung drückt. Es ist die Überproduktion, die an allen Ecken und Enden bemerkbar wird, und das dauernde Sinken aller Preise.

Unsere offizielle Handelsstatistik bewertete die Ausfuhr an Industriewaren im Durchschnitt von

1889/90 . .	zu 2123 Mill. ℳ
1896/97 . .	zu 2303 „ „

Die Steigerung beträgt nur 9 %, während die Mengen um 45 % gestiegen sind.

Jeder Blick in die Statistik der Preise, die Erfahrungen aller Geschäftsleute beweisen es, daß auch wenn man den Durchschnittswertschätzungen der offiziellen Sachverständigen der Handelsstatistik nicht vollen Glauben schenken wollte, doch an der sinkenden Tendenz fast aller Warenpreise nicht zu zweifeln ist.

In manchen Fällen ist die Preisverminderung technischen Fortschritten, der Verbilligung von Hilfs- und Rohstoffen, dem Sinken der Frachten zu danken, in den meisten Fällen aber ist sie hervorgerufen durch die planlose Vermehrung der Produktion und durch das Drängen des jährlich zurückgelegten Kapitals nach Verwendung. Man rechnet, daß gegenwärtig in Deutschland jährlich 2—2½ Milliarden Mark erspart werden, die nach neuer Verwertung schreien.

Die Gründung neuer Aktiengesellschaften, bei der es sich etwa in der Hälfte aller Fälle, aber dem Kapital nach in geringerem Umfang um Umwandlung bestehender Unternehmen handelt, hat 1895 251, 1896 269, 1897 schon 380 und 1898 gar 464 Millionen Mark beansprucht.

Die Fälle der Überproduktion sind unzählige; von Zucker und Alkohol habe ich schon neulich gesprochen. Daß die Baumwollindustrie an Überproduktion leidet, steht seit Jahren fest. Mit welcher Wucht haben sich alte und neue Maschinenfabriken auf Fahrräder geworfen, so daß auch ohne die Konkurrenz des Auslands die Preise sich in Deroute befänden. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich diese Beispiele häufen.

Ehe ich an diese Thatsachen weiter anknüpfe, lassen Sie mich einige Bemerkungen dazwischen schieben über die Entwicklungstendenzen unserer Großindustrie.

Auf die allgemeine Zunahme der Großbetriebe und die besonders starke der ganz großen habe ich schon in der Einleitung heute hingewiesen. In ihr verbirgt sich gleichzeitig eine mannigfaltige Veränderung der Struktur.

Vor allem tritt die Entwicklung des Gesellschaftswesens scharf hervor, als eine Folge der fortdauernden Vergrößerung der einzelnen Betriebe. Man würde dies nicht bedauern müssen, wenn nicht die vorzugsweise gewählte Form, die der Aktiengesellschaft, schädlichen Spekulationen Thür und Thor öffnete und vor allem zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit beitrüge.

In Bergbau, Industrie und Buchverlag gab es

1886	etwa 1337	Aktiengesellschaften		
1896	„ 2307	„		+ 73 %

ihr Kapital betrug

1886	1904	Millionen Mark	
1896	3521	„	+ 85 %

Das zweite ist, daß Hand in Hand mit solchen Gesellschaftsgründungen und unabhängig davon eine fortwährende Verschmelzung von Großbetrieben geht. Die amerikanischen Trusts mit ihrer ungeheuren Machtverkörperung sind das typische Beispiel für solche Verschmelzungen von Aktiengesellschaften. Aber auch bei uns wachsen die Fusionen. Unsere großen Bergbauunternehmungen sind fast alle durch allmähliche Verschmelzung kleinerer Werke entstanden. Sehr lebhaft ist zurzeit die Fusionierung z. B. bei den Elektrizitätsgesellschaften. Und daß auch bei Privatbesitzern die Tendenz zur Fusionierung in größtem Stil besteht, dafür ist ein Beispiel der Ankauf des Grusonwerks in Magdeburg durch Krupp, wodurch dieser die letzte Firma beseitigte, die mit ihm in Deutschland wirklich konkurrieren konnte.

Die dritte und bedauerlichste Erscheinung ist die Rückkehr der schon abgestorben geglaubten ältesten Form des Großbetriebs, der sog. Hausindustrie in den Großstädten und deren nächster Umgebung. Diese dezentralisierte Form des Großbetriebs hat sich besonders in der Bekleidungsindustrie breit gemacht. Ihr Nährboden ist der Überschuß an unbeschäftigten, namentlich weiblichen Arbeitskräften. In Berlin giebt es einen Unternehmer, der nicht weniger als 8—9000 Personen teils in kleineren Werkstätten, teils in ihren Wohnungen beschäftigt.

So viel schon geschehen ist für die Arbeiter in unseren zentralisierten Großbetrieben, den Fabriken, so ratlos steht einstweilen noch die Sozialpolitik vor den Problemen, die das Auftauchen dieses fünften Standes geschaffen hat.

Bei allen diesen Seiten der neuesten Entwicklung unserer Großindustrie muß ich mir leider versagen zu verweilen. Ich

muß mich begnügen, noch auf eine vierte Fortbildung der Großindustrie Ihr Augenmerk zu lenken, die man den eben angedeuteten Tendenzen zur Verschmelzung großindustrieller Betriebe an die Seite stellen kann, auf die Kartelle.

Sie sind keine Erfindungen der allerneuesten Zeit. Vereinzelt hat man sie schon im 18. Jahrhundert beobachtet. Aber in den letzten 15 Jahren haben sie eine Ausdehnung gewonnen, die die allgemeine Aufmerksamkeit auf sie zog.

Eben diese rasche Entfaltung aber ist ein Zeugnis für die vorhin skizzierte Thatsache, daß neben dem äußeren Glanz unserer Industrie in Überproduktion und übermäßiger Konkurrenz weitgehende Gefahren schlummern.

Was sind Kartelle? Es sind vertragsmäßige Abmachungen selbständiger gewerblicher Unternehmer zum Zweck einer Erhöhung der Rentabilität ihrer Betriebe.

Sie sind regelmäßig Kinder der Not. Sie verdanken ihr Dasein den Exzessen der Konkurrenz, der Überspannung der Produktion. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die massenhafte Festlegung von Kapitalien in den modernen Bergbau- und Industrieunternehmungen die Gefahren dieser Exzesse für die Kapitalisten sehr gesteigert und die Kartellbildung vermehrt habe. Aber es ist unrichtig, in diesem Schwergewicht fixierten Kapitals die wesentliche und einzige Ursache zu sehen. Auch unter fast kapitallosen Handwerkern sind Kartelle möglich und vorgekommen.

Nach Form und Inhalt haben diese Abmachungen etwas Proteusartiges und in der Regel scheuen sie, was von vornherein und mehr, als es nötig wäre, gegen sie einnimmt, das Tageslicht. Bald erfolgen sie ganz formlos, sogar ohne Niederschrift, bald bestehen sie in formellen Verträgen, in besonderen Statuten; das bloße Einverständnis, die Abmachung auf Treu und Glauben, kommt neben einer festen Bindung mit Konventionalstrafandrohungen, Hinterlegen von Solawechseln vor.

Und ebenso vielgestaltig ist ihr Inhalt. Bald beziehen sie sich bloß auf volkswirtschaftlich relativ unbedeutende Dinge, wie

Verpackung, Maße, Rabatt, Kreditfristen, bald betreffen sie die Preise der abzusetzenden Produkte oder der nötigen Hilfs- und Rohstoffe, bald endlich betreffen sie das Maß der Produktion und die Art des Absatzes und sein Gebiet.

Man kann Kartelle niederer und höherer Ordnung unterscheiden.

Die ersteren beschränken den einzelnen Teilnehmer in gewissen Richtungen, ohne doch zu einer selbständigen Organbildung zu gelangen.

Die Kartelle höherer Ordnung bedienen sich komplizierter Organe, die namens der Gesamtheit die Produktion, den Absatz, ja den Gewinn verteilen auf die einzelnen Teilnehmer. Es ist klar, daß diese letzteren die vollkommeneren sind.

Über die Zahl der Kartelle in Deutschland sind wir nur ganz ungenügend unterrichtet, aus den vorhin erwähnten Gründen. Liefmann, dem neuesten Schriftsteller über Kartelle, sind 345 bekannt geworden, wovon 1897 noch 230—250 existierten. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die Großindustrie und bleiben sicher weit hinter der Wirklichkeit zurück. Einzelne dieser Kartelle sind von enormer Größe.

Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat z. B. umfaßte im Jahr 1897 Werke mit einer Gesamtförderung von 42,2 Millionen Tonnen Kohle, während im ganzen Oberbergamtsbezirk Dortmund im gleichen Jahr 48,4 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert worden sind.

Das Kalikartell und das Kartell deutscher Salinen umfaßt die ganze Produktion, die Hochöfen des Roheisensyndikats produzieren jährlich 1,2—1,3 Millionen Tonnen.

Am meisten fortgeschritten in den Kartellierungsbestrebungen sind die größten unserer Großindustrien, neben dem Bergbau die Hüttenwerke, Metallindustrie und die chemischen Fabriken (mit etwa 60erlei Produkten), schon weniger die Textilindustrie.

Es fragt sich nun, wo die Grenzen der Kartellbewegung der Gegenwart liegen.

Sie liegen zunächst auf psychischem Gebiet. Das Selbständigkeitsgefühl des einzelnen Unternehmers, die Abneigung gegen bisherige Konkurrenten, die Sorge, von Kartellgenossen betrogen zu werden, wird stets schwierig zu überwinden sein. Die moderne Form der reinen Kapitalgesellschaft mit Beamten an der Spitze ist zweifellos diejenige Unternehmungsform, bei der am meisten dieses Unabhängigkeitsgefühl geschwunden ist, weil hier auch der persönliche Charakter des Unternehmens fehlt.

Die Grenzen liegen weiter in den sachlichen Voraussetzungen des Erfolgs. Offenbar können Unternehmungen mit ganz verschiedenem Stand der Technik, mit ganz verschiedenen Produktionskosten sich nicht kartellieren, während verschiedener Umfang der Betriebe geringere Hindernisse bereitet. Kartelle setzen ferner voraus, daß die zu kartellierenden Betriebe in ihrer Gesamtheit den Markt beherrschen. Die überwiegende Mehrheit aller Produzenten muß also zum Beitritt bereit, die Konkurrenz von Neugründungen oder ausländischen Betrieben entweder nicht in erheblichem Maß vorhanden oder nicht zu befürchten sein.

Hieraus ergiebt sich, daß Industrien, die sich in wenigen Händen befinden oder die schon bisher eine Art Monopol besaßen, einen Vorsprung vor allen übrigen haben.

Auch in Bezug auf die einzelnen Waren ergeben sich Grenzen. Massenartikel, die gleichzeitig in sich nur relativ geringe oder leicht greifbare Unterschiede zeigen, sind am leichtesten kartellierbar. Daher ist zu beobachten, daß die wichtigsten und größten Kartelle sich auf Rohstoffe, Hilfsstoffe und Halbfabrikate beziehen, z. B. auf Kohlen, Roheisen, Stabeisen, Eisenbleche, Schienen, Chemikalien, Papiere ꝛc.

Ich brauche kaum darauf zu verweisen, daß die persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten, mit denen Kartelle zu kämpfen haben, ganz verschieden groß sind, je nach den Mitteln, die im Einzelfalle angewendet werden sollen, und nach dem Maß der Beschränkung des Einzelnen.

Neben alledem kommt aber noch eine Grenze in Betracht.

Die Kartelle stellen, indem sie trotz aller Beschränkungen aus einer Reihe selbständiger Unternehmer bestehen, keineswegs die Form der höchstmöglichen wirtschaftlichen Kraftäußerung dar. Und darum erscheinen sie doch als eine bloße Durchgangsform; die völlige Verschmelzung kartellierter Betriebe, die Ausbildung von sog. Trusts, bei denen der Einzelbetrieb völlig aufgeht in dem einheitlichen Gesamtbetrieb, sind vom Standpunkt höchster Rentabilität und monopolistischer Beherrschung des Marktes aus offenbar die vollkommenste Form der Privatindustrie. Die Kartelle ruhen, wenn ich ein politisches Bild gebrauchen darf, auf demokratischen Grundlagen, die Trusts und sonstige eigentliche Fusionen haben eine monarchische Verfassung. An Schlagfertigkeit, Anpassungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit sind die letzteren den Kartellen wesentlich überlegen.

Indessen, mögen die Kartelle auch nur unter bestimmten Voraussetzungen ins Leben treten und gedeihen, mögen sie auch nicht den letzten Schlußstein des privatkapitalistischen Betriebs bilden, so ist ihre Bedeutung doch eine außerordentliche.

Die freie Konkurrenz ist weder das natürliche, ursprüngliche, noch, wie das immer wieder von der Manchesterschule behauptet worden ist, ein hervorragend zweckmäßiges Mittel der Regulierung des Wirtschaftslebens. Daß sie in gewissem Umfang unentbehrlich ist und der wirtschaftliche Fortschritt der letzten 100 Jahre ohne sie unmöglich gewesen wäre, spricht nicht gegen ihre Einschränkung unter den heutigen Produktionsverhältnissen. Viele Zeichen deuten dahin, daß die Zukunft sich überhaupt durch eine fortschreitende Verbandsbildung, durch den viel häufigeren Eintritt des Einzelnen in wirtschaftliche Gesamtorganisationen für die verschiedenen Bedürfnisse des Lebens charakterisieren wird, in Organisationen, deren Zwecke unter anderem auch in der Einengung der Konkurrenz bestehen.

Die moderne Kartellbewegung ist ein solcher Ansatz. Sie sucht in die anarchische Art der großindustriellen Produktion und der Verwertung ihrer Erzeugnisse Ordnung zu bringen, sie erhält damit den Bestand der Großindustrie, wo seine Grundlagen durch die maßlose Konkurrenz untergraben oder gefährdet sind.

Dies ist ein Segen vom Standpunkt nationaler Kraftentfaltung aus; denn Kartelle stärken nicht nur gegen Wettbewerb des Inlands, sondern auch soweit das konkurrierende Ausland in Betracht kommt.

Die Vorteile für die einzelnen Unternehmer liegen auf der Hand. Die Kartelle beseitigen das drohende Gespenst der Krisen, soweit diese auf Überproduktion und Preisdruck beruhen. Daß die Rentabilität der Betriebe sich vergrößert, ist vielen ein Dorn im Auge. Diese Neider vergessen, daß selbst wenn es möglich wäre, die Kartellbewegung zu ersticken, das Kapital andere Wege suchen und schließlich finden würde, um sein Ziel zu erreichen.

Selbst im Interesse der Arbeiter, wenn auch nicht in ihrer Stellung als Konsumenten, liegt die Kartellbewegung, und zwar diese in höherem Grade als die völlige Verschmelzung. Denn während bei letzterer keine Garantie für den Weiterbetrieb jeder einzelnen Unternehmung besteht, sichern die Kartelle, die in der Regel vor der Schließung der minder rentablen Geschäfte zurückschrecken, in viel höherem Grade vor Schwankungen in der Arbeitsgelegenheit und im Verdienst.

Aus allen diesen Gründen, glaube ich, wird man eine Zunahme der Kartelle nicht nur erwarten, sondern in vielen Fällen sogar wünschen müssen.

Aber das ist klar: bei aller Einschränkung der Konkurrenz in großem Stil, bei jeder Stärkung der an sich schon vorhandenen Machtstellung der Großindustrie drohen gleichzeitig gewisse Gefahren für die Allgemeinheit.

Schon früher diktierten die Großbetriebe, soweit es der Wettbewerb zuläßt, die Preise. Wie wenn sie nun nach der Kartellierung nicht nur gegen bisherige Preisunterbietungen der einzelnen Betriebe Front machen, sondern dauernd eine starke Erhöhung der Preise durchzusetzen wagen? Wie, wenn sie ihren Arbeitern zwar dauernde Beschäftigung garantieren, aber zu ungünstigeren Bedingungen, mit Unterdrückung auch ihrer berechtigten Ansprüche?

Man darf von den Kartellen nichts anderes als egoistische Verfolgung der Ziele erwarten. Mögen auch Zweckmäßigkeitsgründe ihren Egoismus in vielen Fällen verhüllt erscheinen lassen, wir werden auf der Hut sein müssen.

Zunächst kann bei der Bekämpfung der Gefahren, die aus den Kartellen und den eigentlichen Verschmelzungen großer Betriebe drohen, auf die Selbsthilfe der Parteien gerechnet werden. Diese wird in verschiedenen Richtungen wirksam.

Vor allem zeitigen alle Kartelle und Kartellierungsbestrebungen Versuche zu neuer Konkurrenz, besonders wo sofort Preise erhöht werden. An der erfolgreichen Konkurrenz der outsiders sind unzählige Kartellgründungen gescheitert. Aber dieses Mittel wirkt kräftigen und vorsichtigen Kartellen gegenüber, oder wo ein natürliches Monopol vorliegt, nicht.

Der einzelne kleinere und kleinste Konsument ist in der Regel machtlos. Er kann nur versuchen, durch Verwendung nicht kartellierter Waren den Wirkungen des Kartells zu entgehen. In vielen Fällen wird dies freilich unmöglich sein.

Dagegen ist häufig beobachtet, daß der Zusammenschluß von Lieferanten einer Ware auch zu einem Zusammenschluß der großen Abnehmer, die dieselbe weiterverwerten, geführt hat. Eines der neuesten und erfolgreichsten Beispiele dafür war der Krieg der landwirtschaftlichen Organisationen gegen das Kartell der Thomasphosphatmehlfabriken.

Auf ein anderes Gebiet der Selbsthilfe führen die Gefahren der Kartelle für die Arbeiter.

Hier ist in erster Linie Organisation der Arbeiter in Berufsvereine nötig.

Die Notwendigkeit und Berechtigtheit der Arbeiterkoalitionen ergiebt sich an sich schon für jeden Unparteiischen aus der natürlichen Übermacht jedes größeren Unternehmers und dem stillschweigenden Einverständnis, das in der Regel in Arbeiterfragen zwischen den verschiedenen Unternehmern besteht. Doppelt berechtigt ist aber die Forderung eines freien Koalitionsrechts für

die Arbeiter in einer Zeit, wo — zunächst allerdings in der Regel nicht aus Feindseligkeit gegen die Arbeiter, sondern zur Stärkung der Produktionskraft — unter den verschiedensten Formen (Fusionen, Trusts, Kartelle) der kapitalistische Großbetrieb nach immer engerer Verbindung untereinander strebt. Denn diese Macht kann sich ebenso leicht gegen die Arbeiter wie gegen die Konsumenten kehren.

Sie werden einwenden, daß diese Koalitionsfreiheit bestehe. Ja gewiß, aber sie ist durch die Uneinheitlichkeit des Vereins- und Versammlungsrechtes und durch dessen engherzige Handhabung seitens der Verwaltungsbehörden mancher Staaten (Preußen, Sachsen) so verklausuliert, daß es den Arbeitern trotz aller Findigkeit unmöglich ist, sie wirklich auszunützen. Man hat dies oft etwas übertreibend so formuliert: Die Koalitionsfreiheit ist gegeben, aber wenn der Arbeiter davon Gebrauch macht, so wird er bestraft.

Ich kann hier nicht näher auf die Frage der Koalitionsfreiheit eingehen, die durch die Rede unseres Kaisers in Oeynhausen aufs neue in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt ist. Nur das darf ich sagen: die dort in Aussicht gestellte Verschärfung der Strafen gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit ist an sich diskutabel, wenn schon Zuchthausstrafe zu hart erscheint. Daß die geltenden Bestimmungen gewisse Lücken enthalten, die auch durch die strengere Handhabung des vorhandenen Rechtes nicht ausgefüllt werden können, ist unbestreitbar, und daß die Arbeiter selbst, nicht nur die Unternehmer, unter dem Terrorismus der Streikführer leiden, haben in den letzten Jahren die großen Streiks zweifellos erwiesen. Das englische Recht, das der Arbeiterbewegung nun schon seit Jahrzehnten freie Bahn läßt, enthält z. B. mehr und schärfere Strafandrohungen als das deutsche.

Aber die Hauptsache ist doch die, den Arbeitern den Gebrauch der Koalitionsfreiheit mit legalen Mitteln überhaupt zu ermöglichen, sie zu schützen gegen Vereins- und Versammlungsauflösungen, die jetzt erfolgen können, wo ein Wort gesprochen wird, das nicht mit ganz konkreten Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen

zusammenhängt; die Hauptsache ist, daß das mit den Lebensbedingungen von Arbeiterverbänden unvereinbare Verbot der Verbindung der Vereine untereinander beseitigt, erwerbsthätigen Frauen und Minderjährigen die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen gestattet wird. Nur als Annex zu diesen Zugeständnissen hat eine Verschärfung der Strafbestimmungen, glaube ich, ein Recht auf Anerkennung.

Doch, meine Herren, lassen Sie mich zu den Kartellen zurückkehren, von denen ich ausgegangen bin.

Ich meine also, gerade die Ausbildung mächtiger Unternehmerverbände und ihre Gefahr für die arbeitenden Klassen zwingen uns, durch Gewährung eines nicht verklausulierten Koalitionsrechts dafür zu sorgen, daß die Arbeiter den Kartellen nicht mit gebundenen Händen überantwortet werden.

Aber alle Äußerungen der Selbsthilfe werden gegen die modernen Produktionsvereinigungen in ihren verschiedenen Formen nicht genügen, wenn sich in schroffer Form bei unentbehrlichen Gegenständen monopolistische Tendenzen geltend machen.

Bei den Kartellen ist dies im Gegensatz zu den Trusts nur selten und bei deutschen Kartellen überhaupt noch nicht in einem die Allgemeinheit berührenden Maß hervorgetreten. Aber ich weise hier nur auf die berüchtigte Standard Oil Compagnie, die größte Industriefusion der Welt, hin, von deren Belieben schon seit Jahren die Petroleumpreise der halben Welt abhängen, während in den letzten Monaten auch die Kartellierung mit der russischen Naphthaindustrie (trotz aller offiziellen Ableugnungen) gelungen zu sein scheint.

Im Anschluß an Preissteigerungen des amerikanischen Petroleums, die bisher allerdings nur vorübergehende waren, hat sich die Öffentlichkeit und der deutsche Reichstag für die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe erklärt.

Aber ganz dasselbe gilt von anderen und einheimischen Gebilden der modernen Großindustrie, wenn sie der Allgemeinheit schädliche monopolistische Ziele verfolgen.

Einstweilen mag ja kein unmittelbares Bedürfnis zu einem Einschreiten des Staates vorliegen. Und auf keinen Fall kann es sich darum handeln, die Kartellbewegung an sich ersticken zu wollen. Denn ihr liegt, wie ich vorhin sagte, ein gesundes Ziel zu Grunde, das in neuester Zeit auch der Staat selbst mit Recht angestrebt hat, z. B. als Besitzer von Kalibergwerken, Salinen durch Unterstützung der Kartellbewegung, ferner gegenüber der Alkohol- und Zuckerproduktion durch Steuermaßregeln. Das plumpe Dreinfahren mit Strafen, die Klagloserklärung der Kartellabmachungen sind nach den amerikanischen Erfahrungen völlig wirkungslos. Aber der Staat wird diese modernsten Veränderungen in der Struktur und Tendenz der Großindustrie nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Manche Erscheinungen, wie die eigentlichen Verschmelzungen, entziehen sich ja nicht der Öffentlichkeit; andere, wie die Kartellbildung und vor allem das Verhalten fusionierter oder kartellierter Unternehmungen gegenüber Konkurrenten, Arbeitern und Publikum, entgehen fast ganz dem Blick des Staatsmanns.

Das erste muß sein, daß in diesen Fällen den Unternehmern die Pflicht auferlegt wird, alle Abmachungen den höheren Verwaltungsbehörden mitzuteilen, damit der Staat in fortlaufender Kenntnis erhalten werde.

Es wird ferner notwendig sein, mit der Kontrolle der Thätigkeit der Kartelle und der Tendenz der Fusionen eine besondere Behörde zu betrauen, die zunächst eine bloß beobachtende Stellung einnimmt, sich auf Sachverständige stützt, weiter das ihr zugekommene Material in gewissem Umfang den Interessenten mitteilt, aber gleichzeitig so ausgestattet ist, daß sie selbst monopolistischen Auswüchsen von allgemeiner Bedeutung entgegentreten kann.

Welche Mittel in letzterem Fall zu Gebot stehen und angewendet werden sollen, diese wichtige, aber noch wenig geklärte Frage, kann ich hier nicht mehr erörtern.

Daß das nicht bloß doktrinäre Phantasien sind, mag Ihnen das Beispiel Österreichs beweisen, wo seit 1897 dem Abgeordneten-

haus ein Kartellgesetzentwurf vorliegt; derselbe beschränkt sich zunächst allerdings in einer für Österreich charakteristischen Weise auf solche Industrien, an deren Preisgestaltung der Staat wegen indirekter Steuern interessiert ist, fordert aber in diesem Rahmen weitgehende Vollmachten in der eben bezeichneten Richtung.

Ich will nicht behaupten, daß der österreichische Entwurf als Muster gelten kann. Schon das enge Geltungsgebiet, das z. B. gar nicht gestattet, den neuesten Ausschreitungen des dortigen Eisenkartells zu begegnen, spricht gegen den Entwurf. Aber auch in den Grenzen, für die er vorliegt, wird er undurchführbar sein, selbst wenn er Gesetz werden sollte. Sobald man an die konkrete Formulierung eines derartigen Entwurfs herantritt, ergiebt sich eine Summe von juristischen, politischen und organisatorischen Schwierigkeiten, die nur allmählich überwunden werden können.

Trotz dieser Hindernisse wird man versuchen müssen, auch diese modernen Gebilde der Kartelle vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen.

Wir werden uns dabei auf den schroffsten Widerstand der Beteiligten gefaßt machen müssen; aber ich glaube, er wird allmählich gebrochen werden müssen und wird gebrochen werden; denn die Überwachung der Kartelle beruht wie die sonstigen staatlichen Eingriffe in die Geschäftsführung der Großindustrie auf einem Gedankengang, der seit zwei Jahrzehnten immer weiteren Kreisen in Fleisch und Blut übergegangen ist und unsere Anschauungen über die Begrenzung der wirtschaftlichen Macht Einzelner von Grund aus gewandelt hat. Dieser Gedanke läßt sich mit einem unserer ersten Nationalökonomen, Schmoller, dahin zusammenfassen, daß die Machtfülle, die die modernen Großbetriebe in sich vereinigen, diese emporhebt aus der Klasse der reinen Privatunternehmungen, daß die Allgemeinheit, vertreten durch den Staat, auf die Führung dieser Betriebe in einem auch der Allgemeinheit dienenden Geiste immer mehr Einfluß gewinnen muß.

IV.

Handel.

Meine Herren!

Wenn man versuchen will, mit einigen kurzen Worten das Wesentliche in den neuesten Veränderungen beim Handel zu bezeichnen, über die ich heute zu sprechen habe, so wird man sagen können; diese Veränderungen zeigen sich in der enormen Zunahme und Entwicklung, sowie in dem entsprechend gewachsenen Einfluß des Handels und diese Veränderungen bewirken eine steigende Reaktion der Bevölkerung gegen den Handel.

Die große Zunahme und Entwicklung des Handels im modernen Wirtschaftsleben ist nicht schwer zu erklären. Sie beruht, wenn ich absehe von der Bedeutung der modernen Transportmittel, die für den Handel ganz unerläßlich sind, in erster Linie auf dem Zusammenwirken der Umwälzungen in Produktion und Konsumtion, die ich im ersten und dritten Vortrag umschrieben habe; aber daneben spielen auch persönliche Anschauungen und Empfindungen eine große, oft nicht genug gewürdigte Rolle.

Lassen Sie mich diese Ursachenkomplexe etwas eingehender schildern. Wir werden dabei den Warenhandel vom Geld- und Kredithandel getrennt betrachten müssen.

Für die heutige Ausdehnung des Warenhandels ist entscheidend die gesteigerte Produktion und Konsumtion an Waren. Neben dem Schwinden der Naturalwirtschaft und der Eigenproduktion ist vor allem epochemachend das Aufkommen des Großbetriebs im Gewerbe. Dieser macht bei seiner Verarbeitung

nicht mehr Halt vor den lokal und im Augenblick der Verarbei-
tung vorhandenen Rohstoffen und kann doch nur in seltenen Fällen selbst mit Vorteil für die Beischaffung dieser Stoffe sorgen. Zumeist werden diese billiger und bequemer durch einen beson-
deren Stand von Händlern besorgt. Aber auch der Mittel- und Kleinbetrieb ist längst, schon um konkurrenzfähig zu bleiben, bei seinen Bezügen auf den Händler angewiesen.

Der Großbetrieb bedarf aber (im Gegensatz zum Klein- und meistens auch zum Mittelbetrieb) auch beim Absatz, um das Wort eines berühmten Nationalökonomen anzuwenden, der Bundes-
genossenschaft des Krämers. Er tritt nur ungern in direkte Be-
ziehungen zum Konsumenten. In erster Linie legt er Wert auf Kunden, die ihm seine Massenproduktion auch in Massen ab-
nehmen.

Auch die neueren Veränderungen im menschlichen Verbrauch fallen schwer ins Gewicht. Sie fordern ebenso eine Ausbildung des Handels, wie sie umgekehrt eine Folge dieser letzteren sind. In manchen Fällen hat nur die Thatsache, daß die Bedürf-
nisse entsprechend der rasch wachsenden Bevölkerung an Menge größer wurden, als der lokale und zeitliche Vorrat war, zur Entwicklung des Handels beigetragen; z. B. bei der Versorgung mit Getreide. In anderen und häufigeren Fällen ist es die größere Vielseitigkeit der Bedürfnisse, die die Handelsthätigkeit ermuntert hat. Auf den großen Ansprüchen in Bezug auf Zeit, Ort und Art der Bedürfnisbefriedigung beruht mit die heutige Überfülle der Detailhandelsgeschäfte.

Unter dem Einfluß aller dieser Verhältnisse hat aber der Warenhandel nicht nur außerordentlich zugenommen, sondern sich auch innerlich zum Teil umgebildet. Dies gilt vor allem vom Großhandel, weiter aber auch von einzelnen Seiten des Detail-
handels. Auf den letzteren werde ich nachher ausführlich ein-
gehen. Was ersteren betrifft, so hebe ich nur ein doppeltes hervor: einmal die wachsende Arbeitsteilung, die beim Detailhandel nur in den großen Städten und auch da nur eine beschränkte

Rolle spielt. Sie ermöglicht größte Warenkenntnis, Übersicht über den Markt, vollkommenste Ausnützung von Kapital und Kredit für eine bestimmte Aufgabe.

Zweitens sind hier besondere Geschäftsformen zur möglichst glatten und raschen Abwicklung der Geschäfte ausgebildet worden. Abgesehen von den allgemeinen Handelsusancen kommen hier diejenigen Einrichtungen in Betracht, die es gestatten, vom Vorliegen der Waren abzusehen, über dieselben trotz der größten Entfernungen zu verfügen, die sämtlichen wechselseitigen Verpflichtungen mit geringstem Zeit- und Geldaufwand auszugleichen. Unter diesen Einrichtungen ist am bedeutsamsten das Entstehen eigentlicher Produktenbörsen neben den Märkten und das moderne Terminhandelsgeschäft für Massenerzeugnisse, die nach Typen gehandelt werden können.

Der Geld- und Kredithandel schöpft seine Kraft aus der Bedeutung, die der bewegliche Besitz und der Kredit in der heutigen Wirtschaft gewonnen haben.

Die moderne Kreditwirtschaft des Staats- und Privatbetriebs hat in ganz anderem Maß als früher die Ausbildung besonderer Kredithändler und großer Kreditorganisationen gefordert, die zwischen Nachfrage und Angebot vermitteln.

Die alten Formen des Kredits, der Wechsel, Lombard, Hypothekarkredit sind weiter entwickelt worden. Vor allem aber hat die Zunahme der wechselseitigen Verkettung der Einzelwirtschaften durch den Kredit und die Zunahme des Kapitals überhaupt die erleichterte Übertragbarkeit der Forderungsrechte gefordert. Ihr dient die Verbriefung in der Form der Wertpapiere, besonders der Inhaberpapiere, deren Ausgabe ja neben öffentlichen Korporationen und Handelsgesellschaften neuerdings auch einzelnen Privatpersonen gestattet ist.

Damit und mit der Abrundung und Fungibilisierung der Forderungen war freilich die leichte Übertragbarkeit allein noch nicht verbürgt; unentbehrlich war die gleichzeitige weitere Ausbildung regelmäßiger Kapital- und Kreditmärkte, wie sie in dem

heutigen vielgestaltigen Getriebe der Effekten- und Wechselbörsen hervortreten.

Neben den sachlichen Bedürfnissen, die die großartige Organisation unseres heutigen Handels geschaffen haben, ist aber zur Erklärung der Zunahme des Handels noch ein anderer Ursachenkomplex heranzuziehen. Er liegt in den Anforderungen des Handels in Bezug auf die Person und in der individuellen Wertschätzung der Handelsthätigkeit.

Dies ist der letzte Grund dafür, daß sich weit hinaus über das an sich gewachsene Bedürfnis nach Zwischenpersonen zwischen Produktion und Konsumtion große Teile der Bevölkerung ihm zugewendet haben. Ich möchte diese Liebhaber des Handels in zwei Klassen teilen:

1. in solche Personen, die von Natur mit der für den Handel nötigen Begabung, der Gewandtheit, Findigkeit, Menschenkenntnis ausgestattet sind. Für sie hat es etwas Verlockendes, die Vermittlerthätigkeit und das Risiko zu übernehmen, die dem Handel eigentümlich sind. Hieraus erklärt es sich, daß 1895 unter denjenigen Personen, die hauptberuflich im Geld-, Kredit- und Warenhandel mit stehendem Geschäftsbetrieb beschäftigt waren, im Reich 11 %, in Württemberg fast 9 % Israeliten sind, während die Juden von der ganzen Bevölkerung nur 1,15 bezw. 0,6 % ausmachen;

2. in solche Personen, die den Handel aufsuchen, weil in ihm keine schwere körperliche Arbeit, wie in der Industrie und Landwirtschaft, zu leisten ist; die in ihm einen Beruf sehen, in dem mit verhältnismäßig geringem Kapital eine bescheidene Selbständigkeit bewahrt werden kann, die im Handwerk oder beim Eintritt in die Fabrik verloren zu gehen droht oder schon verlorengegangen ist.

Diese Klassen sind es, die heute den Detailhandel überfüllen, besonders den Handel mit den täglichen Bedürfnissen jedes Haushalts, und sie sind es, aus denen sich die große Mehrzahl der kleineren Wirte rekrutiert. Der Stand der Detailhändler setzt

sich so neben den ehrenwertesten, gebildetsten, auf ihre eigene Kraft vertrauenden Persönlichkeiten auch aus Personen zusammen, die sonst im Leben moralischen oder wirtschaftlichen Schiffbruch gelitten, den Handel nie gelernt haben, die aber trotzdem glauben, in besonders hohem Grad vom Staat Berücksichtigung zu verdienen.

Ich halte diese Vorliebe für den Handel, wie ich hier schon sagen darf, für ein Unglück. Auf dem Fehlen der Einheitlichkeit, auf der Überfüllung des Detailhandels weit über das Bedürfnis hinaus beruht die Schwäche seiner heutigen Position. —

Lassen Sie mich nun zunächst die große Zunahme des Handels, deren Ursachen wir eben kennen lernten, mit einigen Zahlen belegen und schildern:

1861, als Deutschland kaum so recht in das Stadium der neuzeitlichen Verwandlungen eingetreten war, zählte man im Zollverein an Personen, die im Warenhandel, Geld-, Kredithandel und den Hilfsgewerben, wie Makelei, Agenturen, Spedition ꝛc. ꝛc. beschäftigt waren, auf 1000 Seelen 11,2. Dagegen waren in den gleichen Zweigen*) hauptberuflich thätig nach der Berufsstatistik von

1882	. . .	18,2 Personen
1895	. . .	22,7 „

Diese Steigerung auf das Doppelte erschöpft aber die Wirklichkeit noch keineswegs. Denn es fehlt dabei die große Zahl der nur nebenberuflich Thätigen, die 1895 5,6 auf 1000 Seelen beträgt, während sie 1861 sicher geringer war; und es fehlen 1895 viele Handwerker, die nur dem Namen nach noch solche sind, in Wirklichkeit ihrem Hauptberuf nach unter den Handel hätten eingereiht werden müssen; eine Fehlerquelle, die 1861 noch nicht vorhanden war.

In Württemberg, wo von 1861—1895 die Zunahme den Reichsdurchschnitt etwas übersteigt (1861 7,7, 1895 16,46) ist

*) Buch- und Zeitungsverlag mußte der genauen Vergleichbarkeit wegen ausgeschieden werden.

der Handel, wenn wir die Zahlen der haupt- und nebenberuflich Thätigen (letztere 1895 6,8 auf 1000) als richtig annehmen, erheblich weniger stark besetzt, als sonst im Reich.

Betrachten wir noch etwas näher die Bewegung von 1882 bis 1895 nach den großen Gewerbezählungen dieser Jahre, so ergiebt sich folgendes:

Das Handelsgewerbe im engeren Sinn, also ohne Versicherungswesen, Verkehrsgewerbe, Gasthof- und Wirtschaftsgewerbe umfaßte

1882: 452 700 Hauptbetriebe, 164 000 Nebenbetriebe;
1895: 635 200 " 142 300 "

d. h. auf 1000 Seelen fielen

	Hauptbetriebe		Nebenbetriebe		Zusammen	
1882:	10,0		3,6		13,6	
1895:	12,3	+ 23 %	2,7	— 24 %	15,0	+ 10 %.

Dabei gilt dasselbe, was ich eben schon sagte: die Erhebung von 1895 scheint die nebenberuflich im Handel thätigen Betriebe nur unvollkommen erfaßt zu haben, jedenfalls ungenauer als die Erhebung von 1882. Man darf auf die scheinbare Abnahme der Nebenberufsthätigkeit kein Gewicht legen.

Wir fassen weiterhin nur die Hauptbetriebe ins Auge.

Die Alleinbetriebe sollen sich, die Bevölkerungszunahme mit eingerechnet,*) nur um 4,5 % vermehrt haben. Auch das wird nicht ganz richtig sein. Der Begriff des Alleinbetriebs, bei dem gerade hier die Verwendung von Familienangehörigen so schwer zu kontrollieren ist, scheint 1895 schärfer gefaßt worden zu sein, so daß manche Betriebe unter die Gehilfenbetriebe eingereiht worden sind, die 1882 den Alleinbetrieben zugezählt sind.

Die Zunahme der Gehilfenbetriebe im Handel (66 %) ist demgemäß etwas zu hoch und dasselbe gilt von den um 60 % vermehrten Betrieben mit 2—5 beschäftigten Personen. Die Betriebe mit 6—10 Personen sind um 50 %, die mit 11—50 Personen um 74 %, die noch größeren um 96 % gewachsen.

---

*) Dies gilt auch für die folgenden Zahlen.

Abgesehen von den kleineren Gehilfenbetrieben zeigt sich also im Handel die gleiche Tendenz wie in der Industrie: bei den größeren Betrieben ist die Zunahme stärker wie bei den Mittelbetrieben.

Württemberg hat zwar, wie schon die vorhin gegebenen Zahlen zeigen, noch heute eine geringere Handelsbevölkerung als das übrige Reich. Es gab hier 1895 10,3 Hauptbetriebe, im Reich dagegen 12,2. Aber die Vermehrung des Handels ist dort seit 1882 viel stärker gewesen. Die Zahl der Hauptbetriebe nahm um 50 % zu, die Alleinbetriebe um 23 %.

Wenn hier ebenfalls eine schärfere Fassung des Begriffs Alleinbetrieb mit zu berücksichtigen wäre, so würde die wirkliche Zunahme noch größer sein. Und gar die kleinen Gehilfenbetriebe sollen um 134 % gewachsen sein. Damit hat sich die relative Besetzung dieser Größengruppe dem Reichsdurchschnitt stark angenähert.

Auch in Bezug auf die Zahl der größeren Betriebe schreitet Württemberg rascher fort. Die Betriebe mit über 50 Personen sind hier um 115 %, die mit 11—50 Personen um 91 % gewachsen. Aber trotz alledem kommen Betriebe mit über fünf Personen 1895 nur halb so selten vor wie sonst im Reich.

Gerade der Entwicklung des Handels gegenüber versagt nun das Mittel der Gewerbe- oder Berufsstatistik fast ganz. Die Leistungen der Industrie können wenigstens bis zu einem gewissen Grad an den äußerlich faßbaren Merkmalen der Arbeiterzahl, der Motorenbenützung gemessen werden. Aber für den Handel und zwar vor allem für den Groß-, Geld- und Kredithandel, für das Versicherungswesen fallen diese Dinge ja kaum ins Gewicht. Ein Produktenhändler oder Bankier kann Millionen im Jahr umsetzen, ohne mehr als einige Angestellte zu besitzen.

Man muß deshalb andere Maßstäbe zu gewinnen suchen, wenn man die heutige Bedeutung des Handels würdigen will. Ich habe schon im letzten Vortrag einige Zahlen angegeben über

den Umfang unseres Ausfuhrhandels und gezeigt, daß es sich hier allein bei Industrieprodukten um Milliarden handelt.

Unser Generalhandel (Ein- und Ausfuhr im freien Verkehr, Niederlage- und Veredlungsverkehr, sowie unmittelbare Durchfuhr umfassend) ist bei der Einfuhr

von 1889 . . . 30 Mill. Tonnen
bis 1897 auf . . 43,6 „ „ + 45 %,

bei der Ausfuhr

von 1889 . . . 21,5 Mill. Tonnen
bis 1897 auf . . 31,4 „ „ + 46 %

gewachsen.

Der Gütertransport auf den Bahnen stieg von 1875 bis 1896/97

von 410 000 Tonnen auf einen Kilometer
bis 580 000 „ „ „ „

Derjenige auf den Binnenwasserstraßen betrug

1875 290 000 Tonnen auf einen Kilometer
1891 550 000 „ „ „ „

und weiterhin jedenfalls noch mehr.

Der Seeverkehr in den deutschen Häfen wuchs von 1885 bis 1896

von 121 300 Schiffen mit 20,4 Mill. Registertonnen netto auf
147 500 „ „ 31,0 „ „

Unsere Kauffahrteischiffe umfaßten

1876: 1,1 Mill. Registertonnen netto
1897: 1,5 „ „ „

Für die Entwicklung unserer Handelsmarine ist es charakteristisch, daß die größten Dampfschiffahrtsgesellschaften der Welt schon seit einer Reihe von Jahren deutsche sind, die Hamburg-Amerikanische Paketfahrtgesellschaft mit Schiffen von einem Bruttogehalt von 425 000 und der Norddeutsche Lloyd mit einem solchen von 383 000 Tonnen (1898), während gleichzeitig die größte englische Gesellschaft (Brit. India Steam Navigation Co.) in ihren Schiffen einen Bruttoraum von 281 000, die größte französische (Messageries maritimes) einen solchen von 234 000 Tonnen besaß.

Am meisten zeigt sich der Einfluß des Handels in seinen modernsten Instituten, den Banken und Börsen.

Die Gewerbestatistik weist 1882 4426 Hauptbetriebe für Geld- und Kredithandel nach, für 1895 6829. Die wachsende Konzentration deuten folgende Zahlen an. Es gab Hauptbetriebe mit 6—10 Personen 1882 302, 1895 900, mit 11—50 Personen 395 und 534, mit über 50 Personen 28 und 66.

Der Aktiengesellschaftsbetrieb hat hier besonders an Umfang gewonnen. Es gab nach van der Borght

	Aktieninstitute	mit einem eingezahltem Kapital von
1883 . . .	209	1360 Mill. Mark
1886/87 . .	248	1598 „ „
1891/92 . .	390	1636 „ „
1896 . . .	400	2137 „ „

Gerade in den letzten Jahren hat hier, wie schon die vorstehenden Zahlen lehren, die Konzentration weitere große Fortschritte gemacht. Die größten (96 bezw. 102) Kreditbanken hatten am 1. Januar

1895 ein Kapital von 1067 Millionen
1898 „ „ „ 1418 „

Bei den 29 ältesten und größten Hypothekenaktienbanken betrug

1894 das Kapital 382,2 Mill., der Hypothekenbestand 4520 Mill. Mark
1897 „ „ 443,2 „ „ „ 5529 „ „

Der Umsatz im Abrechnungsverkehr der Reichsbank und ihrer Filialen stieg von 1892—1898 von 16,7 Milliarden auf 28 Milliarden, die Eingänge im Giroverkehr der Reichsbank in der gleichen Zeit von 39 Milliarden auf 57,6 Milliarden.

Und was sodann die Börsen betrifft, so lassen Sie mich nur noch mit ein paar Zahlen ihre heutige Bedeutung zeigen: Ihr wachsender Einfluß auf den Staatskredit und die ganze Privatwirtschaft ergiebt sich bis zu einem gewissen Grad aus der gerade in den letzten 15 Jahren rasch steigenden Zahl der an ihnen

gehandelten Papiere. Es waren an Effekten (also unter Ausschluß von Wechseln, Papier- und Münzsorten, wo die Entwicklung geringfügig ist) an der Berliner Börse notiert 1850 erst 63, 1870 nur 309, 1880 613, dagegen 1889 1137, 1892 über 1400 und am 2. Januar 1899 sogar mehr als 1650.

Für 1892/93 konnte man schätzen, daß vom ganzen preußischen Privatvermögen zu etwa 74 Milliarden Mark ein Viertel = 18 Milliarden die börsenmäßige Form von Wertpapieren angenommen hatte. Heute ist die Quote zweifellos schon weit größer.

Der Gesamtwert der im Jahr in Umlauf gesetzten Wechsel beträgt nach der Wechselstempelsteuer

1894/95	. . . . .	16,3 Milliarden Mark
1897/98 fast	. . . .	20 " "

Die schlußscheinpflichtigen Kauf- und Anschaffungsgeschäfte in Wertpapieren und börsenmäßig gehandelten Waren haben seit der letzten Erhöhung der Umsatzsteuer 1894 den Durchschnittswert von 66—82 Milliarden Mark im Jahr erreicht*).

Alle diese Zahlen geben gleichzeitig wenigstens Andeutungen auch über den Einfluß, den der Handel als Vermittler des Rohstoffbezugs, des Warenabsatzes, des Kredits, der Anlage von Kapital und der Verwertung von Forderungen ausübt.

Eben diese Zwischenstellung zwischen Angebot und Nachfrage und die Möglichkeit, ganz auf eigenes Risiko einzugreifen, gestatten dem Handel eine tiefgehende Beeinflussung der Preise von Produkten und Kapital. Der Handel läßt sich diese Vermittlung nicht nur bezahlen, wie ein einfacher Makler, sondern er fordert über eine bloße Gebühr hinaus einen Gewinnanteil. In der Bemessung dieses Gewinns läßt er sich nur bestimmen durch die Rücksicht darauf, ob das Geschäft unter den angebotenen Bedingungen zu stand kommt.

Niemand kann dem Handel bestreiten, daß seine Vermittlungsthätigkeit in vielen Fällen ein Gewinn auch für die übrigen Klassen

*) Je nachdem man als Durchschnittssteuersatz 25 oder 20 Pf. auf 1000 Mark annimmt.

der Bevölkerung, ja in manchen geradezu unentbehrlich ist. Und man kann ihn in einem weiteren Sinn sogar produktiv nennen, sofern er die Bedürfnisse seiner Kunden in ihrer örtlichen, zeitlichen, quantitativen und qualitativen Mannigfaltigkeit befriedigt.

Aber man wird darüber nicht hinauskommen, daß er in dieser Thätigkeit Gelegenheit findet, seine Kunden in hohem Grad tributpflichtig zu machen.

Und daher erklärt es sich, daß der Handel nicht mit Unrecht so oft als notwendiges Übel, als Parasit betrachtet wird.

Aus diesem Kreis von Anschauungen ist die neuerliche Reaktion gegen den Handel erwachsen, von der ich anfangs sprach.

Diese Reaktion zeigt sich in den verschiedensten Richtungen. Der Kampf gegen die Börse ist ein Beispiel; ein zweites sind die Wirren im Detailhandel.

Mit Rücksicht darauf, daß Ihre Interessen dem letzteren näher stehen, als der Börse, wähle ich den Detailhandel, um Ihnen an ihm die neuesten Strukturveränderungen im Handel und jene Reaktion deutlich zu machen.

I. Welchen Umfang eigentlich der Detailhandel gegenwärtig hat, läßt sich nicht genau bestimmen, da einerseits Betriebe mit ganz wenigen Gehilfen oft dem Großhandel angehören, andrerseits der Detailhandel heute nicht mehr auf Betriebe ohne oder mit wenigen Hilfspersonen beschränkt ist.

Im ganzen umfaßte der Warenhandel (einschließlich Hausierhandel) 1895

563 300 Hauptbetriebe,
122 900 Nebenbetriebe.

In jenen Hauptbetrieben waren beschäftigt 1 142 000 Personen, davon 520 000 als Betriebsleiter. Mindestens 9/10 aller dieser Betriebe wird man zum Detailhandel rechnen können.

Im Detailhandel begegnet nun ähnlich wie im Handwerk ein starker Auflösungs- und Verwitterungsprozeß. Dieselben Kräfte wie dort spielen auch hier die entscheidende Rolle.

Einerseits die Macht des großen Besitzes und Kredits auch in der bloßen Form des Handelskapitals; andrerseits die veränderten Bedürfnisse und Ansprüche des kaufenden Publikums. Doch handelt es sich hier weit häufiger als beim Handwerk um einen Kampf zwischen größerem und kleinerem Kapital, nicht zwischen Kapital und Arbeit. Die Wirkungen sind darum auch viel geringere.

Äußerlich prägt sich dieser Verwitterungsprozeß in der starken Zunahme der Betriebe mit viel Personal aus, von denen nur einzelne dem Engroshandel zuzurechnen sind. Es gab im Waren- und Produktenhandel mit stehendem Betrieb ohne Trödelhandel:

	1882		1895	
	Betriebe	mit beschäftigten Personen	Betriebe	mit beschäftigten Personen
mit 11—50 Personen	3858	64 587	7813	136 569
„ 51—200 „	134	10 187	264	21 274
„ über 201 „	2	510	19	6 690

Der Detailhandel weist übrigens auch vor den neueren Umgestaltungen sowenig wie das Handwerk eine einheitliche Form auf.

Neben dem ansässigen Krämer und Kaufmann findet sich schon in frühester Zeit der umherziehende Krämer ohne feste Niederlassung, der Hausierer. Der ansässige Krämer weiß sich zwar mit Hilfe der Stadtwirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die eigenen Bürger vor den fremden zu bevorzugen, schon frühzeitig den Titel der einzig legitimen Form des Händlers zu verschaffen, aber unzweifelhaft ist die älteste Form des Handelns das Umherziehen von Ort zu Ort. In den Städten blieb der Hausierer unterdrückt, er wurde hier nur zu den Jahrmärkten zugelassen. Auf dem Land aber war er, solange es dort gelang, das Ansässigmachen eigener Krämer zu Gunsten der Städter zu verhindern, ein in der Regel zwar mit Mißtrauen behandelter, aber doch nicht ungern gesehener Gast.

Zu diesen beiden ältesten Formen des Detailhandels sind nun in den letzten 20—30 Jahren diejenigen Neubildungen

gekommen, mit deren zweien der Detailhandel heute im lebhaftesten Kampf steht.

1. Zunächst machten — ein Beispiel für eine Rückbildung dem Übermaß heutiger Arbeitsteilung gegenüber — bisher ausschließlich als Handwerker oder sonstwie beschäftigte Personen den Handel immer mehr zum Neben- oder Hauptberuf. Die große Zahl dieser kaufmännisch nicht ausgebildeten Leute hält der Händler alten Schlags allerdings in der Regel nur für seine Bundesgenossen. Und thatsächlich streiten beide, die Halbhandwerker und der der Stoffverarbeitung überhaupt fern stehende Krämer und Kaufmann, Seite an Seite. Aber ganz offenbar hat gerade dieser Übergang der Handwerker und anderer Personen zum Handel die Konkurrenz im Kleinhandel sehr verschärft und dessen Gewinne geschmälert.

2. Ihre gemeinsamen Feinde sind die großkapitalistischen Formen des modernen Detailhandels. Hier sind nun trotz mancher verwandter Eigenschaften (großer Umfang bei vorzüglicher Leitung, Forderung und Gewährung von Barzahlung, Reklame), und obwohl Übergänge nicht fehlen, zwei Arten zu scheiden, wenn schon der Verschiedenheit des Wesens keine spezifische Benennung entspricht.

Die einen, die älteren Unternehmungen, wie sie von Frankreich (Bonmarché, Louvre, Printemps ꝛc.) eingeführt, bei uns z. B. in den Kaufhäusern von Rudolf Hertzog in Berlin, Steckner in Leipzig ihre typische Form zeigen, sind den kleineren Detailhandelsgeschäften in Bezug auf ihre Kalkulationsgrundsätze nahe verwandt und deshalb auch im Preis kaum überlegen; ihr Kundenkreis ist der bessere Mittelstand und die Wohlhabenden; ihr Vorsprung beruht im wesentlichen auf der enormen Auswahl, auf dem Entgegenkommen gegenüber auswärtigen Bestellern.

Ihnen stehen gegenüber diejenigen großkapitalistischen Geschäfte, die in erster Linie auf die Kauflust der unteren Schichten der Bevölkerung berechnet sind, mit einer dementsprechend viel aufdringlicheren Reklame arbeiten und sich auch in den sonstigen Geschäftsgrundsätzen, wie nachher zu zeigen sein wird, viel mehr

von den bisher üblichen entfernen. Sie sind erst seit wenigen Jahren in den Vordergrund getreten — als ihre zeitlichen Vorläufer kann man die Wanderlager betrachten — und befinden sich, wie es scheint, fast ausschließlich in der Hand von Israeliten, woraus sich einerseits ihr Charakter, andererseits der Haß, mit dem sie verfolgt worden, erklärt. Als ihr Typus mag Wertheim in Berlin, Tietz in den süddeutschen Großstädten genannt sein. Wenn heute von der Gefahr der Warenhäuser, Bazare &c. gesprochen wird, meint man in der Regel diese zweite Art von Geschäften. Sie werden daher auch uns ausschließlich beschäftigen, wobei ich jene Worte stets in diesem beschränkteren Sinn gebrauchen werde.

3. Die dritte Reihe von Neubildungen richtet sich gegen die alten wie gegen die neuen Detailhandelsformen. Sie besteht in der Einschnürung beider durch die neuerlichen Versuche in großem Stil, den Detailhandel und den Zwischenhandel überhaupt zu umgehen. Einerseits versuchen die größeren Produzenten, mehr in direkte Beziehungen zu den Konsumenten zu treten. Das moderne Anzeigenwesen, die Sitte der Versendung gedruckter Offerten unterstützt diese Versuche wirksam; daneben besteht hier die Gewohnheit, durch Detailreisende die Konsumenten zum Einkauf zu bestimmen. Andrerseits zielt eine mächtige Bewegung unter den Konsumenten selbst darauf ab, den selbständigen Detailhandel zu ersetzen durch Organisationen, die in höherem Grad im Dienst der Konsumenten stehen.

Auf diese zuletzt erwähnte Ausschaltung des Detail- und Zwischenhandels werde ich später zurückkommen.

Sehen wir von ihr vorerst ab, so kämpfen also die Detailhändler alten Stils*) (z. B. ein kleinerer Schnittwarenhändler oder ein zum Händler gewordener Handwerker, z. B. ein Schuhmacher) mit zwei Fronten, nämlich einerseits gegen ihren alten

*) Als solche bezeichne ich die Geschäfte mit langsamem Umsatz und hohen Gewinnzuschlägen.

Feind, den Hausierhandel, andrerseits gegen ihre neuen Feinde, die Wanderlager und Warenhäuser.

Was die Hausierer betrifft, so handelt es sich hier gegenwärtig um keine sehr ernsthafte Konkurrenz mehr.

Der Hausierhandel hat sehr stark abgenommen, teils infolge der Zunahme des ansässigen Handelsbetriebs (selbst in den Dörfern findet sich ja allgemein der Krämer), teils infolge der modernen Verkehrserleichterungen, die der Landbevölkerung einen regelmäßigen Besuch der Stadt trotz des Rückgangs der Märkte nahelegen.

1861 kamen auf 1000 Seelen 2,5 umherziehende Händler; das waren fast 1/4 aller im Warenhandel damals beschäftigten Personen; etwa 1/3 der Warenhandelsbetriebe waren Hausierbetriebe.

1895 kommt nach der hier allein brauchbaren Berufsstatistik zwar annähernd die gleiche Zahl (2,2 ‰) auf die Bevölkerung, aber die selbständigen Hausierer (ohne die Artisten und wandernden Handwerker) machen von den Selbständigen im Warenhandel knapp ein Sechstel, während die Gesamtheit der im Hausierhandel genannter Art erwerbsthätigen Personen nicht einmal 1/11 der im Warenhandel überhaupt beschäftigten Personen bildet. Und dabei handelt es sich heute in diesem Erwerbszweig im Gegensatz zur Vergangenheit ganz überwiegend um armselige Existenzen.

Auch die einzelstaatliche Steuerstatistik, deren Zahlen übrigens nicht mit der Reichsstatistik vergleichbar sind, ergiebt einen Rückgang, z. B. in Württemberg von 1881 21891 bis 1893 auf 18298; in Bayern von 1889/91 19067 bis 1897 auf 17983.

Damit berühre ich eine weitere Ursache, auf der das Schwinden der Bedeutung des Hausierhandels beruht. Das ist die allgemeine Mißhandlung desselben, die strafenartige Besteuerung, durch die er gedrückt wird.

Zugegeben, daß der Hausierhandel bei seiner Freizügigkeit es dem Publikum erschwert, ihn für minderwertige Waren zur Verantwortung zu ziehen, daß er einzelnen anstößigen Personen ein Unterkommen bietet, daß er in den Städten mit ihrer Fülle

von Einkaufgelegenheit seine volkswirtschaftliche Berechtigung verloren hat, so kann ihm doch nicht im ganzen Schädlichkeit oder Unberechtigtheit vorgeworfen werden. Es giebt Zweige im Handel, die mit Vorteil nur durch Wanderhandel betrieben werden können oder bei denen das Publikum örtlich geradezu an diese Form der Befriedigung gewöhnt ist, z. B. der Handel mit Vieh, mit Sämereien, mit Geschirr oder Blechwaren. Es giebt Gegenden dürftigen Bodens, wie z. B. der Westerwald, wo der Hausierhandel das Entstehen von Hausindustrie verhindert und eine Bevölkerung ernährt, die sonst zur Auswanderung gezwungen wäre.

Das Gesetz von 1896 ist bis an die Grenze dessen gegangen, was mit der Billigkeit noch vereinigt werden kann. Namentlich die Beschränkung der Hausiererlaubnis auf Personen von mindestens 25 Jahren erscheint als eine Härte. Andrerseits ist es nur zu billigen, daß Beschränkungen in Bezug auf die mitzuführenden Waren und auf die moralische Qualität der Personen getroffen sind. —

Begegnet schon in diesem Kampf gegen den Hausierer eine übertriebene Schätzung des Werts der alten Form des seßhaften Detailhandels, so gilt dies noch viel mehr bei dem Kampf gegen seine neuen Feinde.

Ehe ich auf diesen näher eingehe, muß ich die doppelte Frage aufwerfen: Leistet denn diese alte Form des Detailhandels wirklich der Bevölkerung Genüge und ist er nicht selbst an seiner Lage zum Teil schuld?

Die Wertschätzung der einzelnen Formen des modernen Erwerbs hängt von dem Urteil darüber ab, inwieweit sie mit den Bedürfnissen der Bevölkerung in Einklang stehen. Ich glaube, daß die Antwort auf diese Frage für einen großen Teil des Detailhandels nicht günstig lauten kann.

Der Detailhandel in seiner alten Form ist in vielen Fällen zu teuer. Sein Umsatz ist zu langsam im Verhältnis zum Kapital, seine Geschäftsunkosten zu groß im Verhältnis zum Umsatz. Die Geschäftsunkosten betragen bei sehr großem und raschem Umschlag

5—10 %, bei kleinem oder langsamem 25 % und mehr vom Jahresumsatz. Die Verlängerung der Umsatzdauer vermehrt dazu die Gefahr der Warenverschlechterung und nachträglicher Preisverschiebungen. Alle diese Umstände fordern hohe Zuschläge zu den Einkaufspreisen.

Eine genaue Untersuchung von Aachener Kolonialwarenhandlungen ergab vor zehn Jahren, daß die Hälfte aller Nahrungsmittel mit einem Zuschlag von über 25 % belastet war; amtliche Erhebungen über die Wirkung des Detailhandels für den Tabakkonsum zeigten 1893, daß die gangbarsten Sorten Zigarren mit 66—41 %, die Zigaretten mit 25—50 % gegenüber dem Fabrikengrospreis belastet sind. Ich brauche die Beispiele nicht zu häufen, denn diese Dinge sind Ihnen ja genauer bekannt als mir.

Nun ist durchaus zuzugestehen, daß solche Preiszuschläge dem Detailhandel aufgezwungen sind durch die Verhältnisse, unter denen er heute arbeitet.

Und auch das ist sicher, daß das Publikum mitschuldig ist an diesen Verhältnissen. Es fordert stete Bereitschaft zur Bedienung, gute Ausstattung der Läden, große Auswahl, es will wenn möglich geborgt bekommen. Besonders in den kleineren Städten ist die Borgwirtschaft mit ihren Nachteilen für den Geschäftsmann und die Käufer weitverbreitet.

Aber alles das trifft doch nicht den Kern der Sache.

Die Hauptursache liegt in der Überfüllung des Detailhandels.

Wenn die Hauptbetriebe im Warenhandel von 1882—1895 von 386000 auf 563000 gewachsen sind, die Haupt- und Nebenbetriebe zusammen von 531000 auf 686000, also von 11,6 auf 13,2 per 1000 Seelen, so trifft diese der Wirklichkeit noch gar nicht entsprechende Zunahme fast ganz den Detailhandel alten Stils.

Erst jüngst hat die Handelskammer von Villingen in Baden nachgewiesen, daß z. B. in den 14 Städtchen ihres Bezirks ein Detailgeschäft kam 1866 auf je 180, 1872 auf je 188,

dagegen 1890 auf je 103, 1897 auf je 92 Einwohner und daß für die 16 dazugehörigen Landorte dieselben Zahlen waren 1866 357, 1897 182, wobei die Genossenschaften noch nicht gezählt waren.

Was bedeutet nun diese Überfüllung? Herabsetzung des ohnehin zu langsamen Kapital- und Warenumsatzes bei den Geschäften gleicher Art infolge der großen Konkurrenz; aber diese Konkurrenz führt nicht etwa regelmäßig zu einer Herabsetzung der Preise, wie man es erwarten sollte. Das ist nur die Ausnahme. Die Regel ist vielmehr, daß der neue Konkurrent die Preise der übrigen Geschäfte ebenfalls annimmt, weil er nur bei diesen Aussicht hat, sich halten zu können.

Überblicken wir diese Entwicklung, so ergiebt sich also: Der Detailhandel alten Stils sorgt zwar für die lokale Verteilung des Warenbedarfs, aber zu Bedingungen, die weder unter privatwirtschaftlichen, noch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als entsprechend zu betrachten sind. Er verteuert dem Konsumenten außerordentlich den Warenverbrauch.

Man klagt stets den Handel im ganzen an, daß er durch sein Zwischentreten die Preise ungebührlich erhöhe. Das ist sehr übertrieben in Bezug auf den Großhändel, aber berechtigt an derjenigen Stelle, an der es von den wenigsten Menschen anerkannt wird, beim Detailhandel.

Die neuen Feinde des alten Detailhandels, die Wanderlager, Warenhäuser, Bazare haben sich nun eben diese Schwäche der Position des alten Detailhandels zu nutze gemacht.

Sie knüpfen aber auf der andern Seite an eine tiefgreifende Veränderung in den Bedürfnissen bei den Massen der kaufenden Bevölkerung an.

Schon im ersten Vortrag habe ich betont, daß ganz allgemein die Bedürfnisse des Familienhaushalts umfangreicher, vielgestaltiger geworden sind. Das gilt besonders von den unteren Schichten der städtischen, etwas weniger von der ländlichen Bevölkerung. Diese Entwicklung ist durch die Steigerung der Löhne

gefördert worden, mehr noch aber durch das Bestreben auch der arbeitenden Klassen, an den Annehmlichkeiten des modernen Lebens teilzunehmen.

Nun ist klar, daß dieser Zunahme der Bedürfnisse doch durch die Enge des Nahrungsspielraumes eine frühe Grenze gezogen ist. Die Zunahme der Bedürfnisse hat so das Bestreben ausgelöst, die Bedürfnisse möglichst billig zu befriedigen.

All das gilt nicht nur vom eigentlichen Arbeiter, es gilt auch vom kleinen Handwerker, von den unteren Angestellten in den Privatgeschäften und der öffentlichen Verwaltung.

Wie passen sich nun die neuen Formen des Detailhandels diesen Verhältnissen an?

Durch möglichste Verringerung der Geschäftsunkosten, der Gewinnraten, durch möglichst geringe Preise.

Dies ist aber nur bei einer gewissen Begrenzung möglich; bei einer Beschränkung auf den eigentlichen Bedarf der Massen. Nur solche Warengattungen und solche Qualitäten werden geführt, die Gegenstand der Massennachfrage bilden. In der Regel sind Lebensmittel ausgeschlossen, Schnitt-, Kurz- und Galanteriewaren, häufig auch Kleidungsstücke werden aber geführt, soweit auf Massenabsatz gerechnet werden kann.

Schon diese Beschränkung ist von größter Tragweite, sie verringert das Risiko und befördert den Umsatz ungemein. Und dieser gestattet wieder, für die Lokalmiete erstaunliche Summen auszugeben, ohne daß dadurch die Generalunkosten auch nur annähernd die Rolle spielen, wie bei einem Geschäft mit langsamem Umschlag. Dazu kommen aber noch weitere Vorteile. Die Bazare halten ein möglichst geringes Lager; sie kaufen möglichst direkt beim Produzenten, regelmäßig gegen bar, und erhalten dabei dann viel günstigere Preise als die Detailhändler alten Stils, die meist wegen des geringeren Umfangs ihres Bedarfs gar nicht mit dem Produzenten selbst, sondern nur mit dem Engrossortimenter verkehren und dabei meist noch Kredit beanspruchen.

Nun ist doch nicht zu verkennen, daß diese neuen Geschäftsprinzipien sowohl den Interessen des Publikums wie denen der Produzenten nach gewissen Richtungen in höherem Maß entsprechen, als der alte Detailhandel.

Der Produzent hat sichere barzahlende Kunden in den Bazaren; daß einzelne Inhaber der letzteren dabei manchmal die Preise ungebührlich drücken, ja zu unsauberen Mitteln greifen, um dieses Ziel zu erreichen, ist richtig, kann aber doch nicht gegen die Bazare als solche ins Feld geführt werden. Die Bazare wissen auch Waren zu verwerten, die Mängel haben. Sie werden manchmal gerade dadurch groß. Daß dieser „Fabrikschund", diese „Ramschware" aber verwertet wird, ist ein natürliches Interesse des Produzenten oder der früheren Eigentümer. Die einzige Voraussetzung, die man hier wird machen müssen, ist die, daß keine betrügerischen Manipulationen Platz greifen.

Daß aber auch das Publikum bei dem Geschäftsbetrieb der Bazare seine Rechnung findet, beweist schon der große Zulauf. Der Verkauf einzelner Lockartikel unter dem Selbstkostenpreis mag diesen Zulauf steigern; unmöglich kann aber darauf allein oder auf der Reklame das Geheimnis des Erfolgs beruhen. Es ist unglaubhaft, daß diese Lockwaren im Umsatz überhaupt eine größere Rolle spielen. Man wird doch annehmen müssen, daß es die sonstige Gewandtheit der Geschäftsführer, die Größe der Auswahl, die Billigkeit ist, was dauernd die Käufer anzieht. Für die unzählige Male aufgestellte Behauptung, daß das Publikum in den Bazaren auch im Verhältnis zur Qualität teurer kaufe, als bei den Geschäften alten Stils, ist bisher nie ein Beweis erbracht worden. Fascinierend wirkt ferner auf den Kauflustigen, daß der Verkaufspreis offen angeschrieben und vielfach in ungeraden Pfennigen kalkuliert ist. Diese Praxis erweckt nicht nur den Anschein, sondern ist in der Regel auch wirklich ein Zeichen, daß die Gewinnzuschläge des Bazars geringer sind. Und die große Masse der Käufer rechnet eben nach Pfennigen.

Der Käufer weiß aber auch, daß die verkauften Qualitäten,

Farben, Façons der Waren im Einklang mit den niedrigeren Preisen stehen, daß sie an Solidität in manchen Fällen zu wünschen übrig lassen. Aber darüber setzt sich das Publikum gegenüber der Billigkeit beim Einkauf leichten Herzens hinweg. Man mag diese Veränderung der Kaufgewohnheiten bedauern, jedenfalls ist sie aber eine elementare Thatsache, von der aus die Thätigkeit der Bazare beurteilt werden muß.

Die ganze Frage nach der Berechtigung der Bazare, des möglichst raschen Warenumsatzes bei möglichst geringen Preiszuschlägen kann nicht betrachtet werden vom Standpunkt der ausschließlichen Daseinsberechtigung des älteren Detailhandels; sondern nur von dem Gesichtspunkt aus: entsprechen die neueren Formen des Detailhandels den Bedürfnissen der Produzenten und Konsumenten? Wollten wir jenen ersteren Standpunkt als gerechtfertigt anerkennen, so müßten wir logischerweise auch anerkennen, daß die hohen Gewinnzuschläge, die der Detailhandel jetzt vom Konsumenten erhebt, ein Kräutlein „Rühr mich nicht an" sind, und daß die Ausbeutung der Käufer, die darin liegt, von diesen ruhig hingenommen werden muß. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen, wenn er sich als Konsumenten betrachtet, geneigt wäre, diese Konsequenz zu ziehen.

Es wird für unsere Einsicht in das, worum es sich hier handelt, förderlich sein, wenn wir diese Spezialfrage betrachten im Rahmen einer universaleren Entwicklung, von der sie nur ein Teilausschnitt ist.

II. Der Kampf, den der Detailhandel alter Form mit langsamem Umsatz und hohen Gewinnzuschlägen gegenwärtig führt gegen die Warenhäuser und Bazare, ist nur eine Episode in der großen Schlacht, die seit verhältnismäßig kurzer Zeit überhaupt begonnen hat gegen den Zwischenhandel.

Wir stehen in einem Emanzipationskampf größten Umfangs, durch den sich Produzenten und Konsumenten vom Handel im ganzen oder von einzelnen Gliedern desselben zu befreien streben.

Angegriffen ist durchaus nicht bloß der Warenhandel oder gar bloß der Detailhandel, sondern auch andere Zweige des Handels, z. B. der Kredithandel, und ebenso der Großhandel.

Wenn ich sage, daß diese Auseinandersetzung erst in ihrem Beginn stehe, so ist damit wohl vereinbar, daß einzelne Aktionen zurückreichen in eine Zeit, wo der Handel noch nicht so viel leistete, wie heute.

In dreifachen Formen bewegt sich dieser Angriff auf den Handel. Ihre Besprechung giebt mir Gelegenheit, Ihnen zu zeigen, wie irrig es ist, zu meinen, daß nur der alte Detailwarenhandel sich über Angriffe zu beklagen habe.

1. Zunächst kommt die Emanzipation von lokalen Händlern in Frage. Ein Hauptbeispiel ist hier: Das Publikum überspringt den Detailhändler am Ort und bezieht seine Bedürfnisse von anderswoher, wo es sich einbildet, besser bedient zu werden. Sie werden hier unwillkürlich an die Entfaltung der Versandhäuser denken, jener älteren Art großkapitalistischer Detailhandelsformen, die von den Großstädten aus die Provinz bedienen. Ganz ebenso macht es der Produzent, wenn er glaubt, auswärts billiger zu kaufen.

Aber bei dieser Emanzipation braucht es sich nicht notwendig um Waren zu handeln. Wenn ich Wertpapiere kaufen, eine Schuld aufnehmen, mein Vermögen verwalten lassen will, wende ich mich heute zweckmäßig von dem kleinen Provinzgeschäft ab, das diese Bedürfnisse oft nur unvollkommen oder teuer befriedigt. Oder ich benutze die Dienste eines auswärtigen Spediteurs oder Agenten, nicht nur, weil diese wirklich mehr leisten, sondern auch, weil ich mir einbilde, daß sie tüchtiger sind.

Jedermann würde es als eine unerträgliche Knechtung seiner Freiheit empfinden, wenn er im Zeitalter des Verkehrs an die Geschäfte eines bestimmten Orts gebunden werden sollte. Als ein schwach wirkendes Korrektiv zu Gunsten der örtlichen Warenhändler könnte höchstens die Erhöhung des Paketportos in Betracht kommen.

2. Die zweite Form des Angriffs auf den Handel besteht darin, daß er ausgeschaltet wird, ohne daß eine besondere neue wirtschaftliche Organisation seine Aufgabe übernähme.

Der Hauptfall ist der, daß der Produzent in unmittelbare Fühlung mit dem Konsumenten tritt. Eine Zigarrenfabrik sucht direkten Absatz bei den Rauchern. Der Konsument benützt diese Bezugsquelle, weil er mit Recht oder Unrecht hofft, seine Bedürfnisse so besser zu befriedigen. Aber auch der Produzent selber überspringt bei seinen Bezügen an Roh- oder Hilfsstoffen wenn irgend möglich den Händler, z. B. der Schlosser, wenn er Baubeschläge, der Schreiner, wenn er Fourniere gebraucht. Niemand wird ihnen zumuten wollen, in einer größeren Spezialhandlung zu kaufen, wenn der Produzent selbst für sie erreichbar ist.

3. Die intensivste Form des Angriffs auf die vorhandenen selbständigen Handelsorgane besteht darin, daß im Dienst von bestimmten Interessentenkreisen Ersatzorganisationen entstehen, die die bisherige Funktion der selbständigen Händler übernehmen.

Diese Entwicklung knüpft an die Zeiten fehlenden oder unvollkommenen selbständigen Handels an; aber ihre eigentliche Zunahme datiert doch aus den letzten Jahrzehnten.

Eines der ältesten Beispiele solcher Ausschaltung des selbständigen Handels begegnet im Gebiet der Kreditorganisation. Die Beleihung des ländlichen Großgrundbesitzes in Altpreußen mit erststelligen Hypotheken ruht ganz in den Händen der sogenannten Landschaften, d. h. von provinziellen Kreditverbänden der Großgrundbesitzer selbst, die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts gebildet worden sind. Ähnliche Einrichtungen bestehen in Sachsen.

Ich erinnere Sie weiter an die großartigen Verbände zum Zweck einer wechselseitigen Versicherung gegen Feuerschaden, gegen die wirtschaftlichen Folgen eines zu frühen Todes, an Sparkassenverbände. In der hiesigen großen Lebensversicherungs-

und Ersparnisbank haben Sie ein Beispiel und Muster einer derartigen Einrichtung.

Was aber bezwecken diese Veranstaltungen anderes, als ihren Mitgliedern in vollkommenerer Form zu verschaffen, was selbständige Erwerbsinstitute bieten?

Welche Dienste haben die modernen Kreditgenossenschaften aller Art nicht nur den Produzenten, nein gerade auch den kleineren und größeren Kaufleuten geleistet? Wir wissen ja alle, wie der Staat selbst diese Verdienste anerkennt; er hat ja im letzten Jahrzehnt gleichartige Bestrebungen für die Landwirtschaft mit allen Mitteln gefördert. Und doch zielen sie alle darauf ab, den kleineren und größeren Geldverleiher, der sich nur von seinen Interessen leiten läßt, überflüssig zu machen.

In diese ganze Bewegung nun gehören auch die modernsten Bildungen zum Ersatz des eigentlichen selbständigen Warenhandels. Auch hier zeigen sich die verschiedensten Formen: Zunächst fallen hierunter die Verkaufsstellen, die die Großindustrie und der Großhandel selbst errichtet, um sich den Gewinn des Detaillisten zu sichern, z. B. die Läden einer Großbäckerei, die Ausschankstellen einer Großbrauerei, die Zigarrenläden im Dienst einer einzelnen Fabrik. Darunter fallen weiter die Rohstoffgenossenschaften der Handwerker, die Bezugsvereinigungen der landwirtschaftlichen Darlehenskassenverbände oder der Landwirte eines Dorfs, die Absatzgenossenschaften der Landwirte mit ihren Kornhäusern, von denen ich früher wenigstens kurz gesprochen habe; und vor allem gehören hieher die Konsumvereine, die Vereinigungen des gewöhnlichen Publikums, das in seiner Stellung als bloßer Konsument sich zu emanzipieren sucht vom selbständigen Handel. Sie allein bestehen zurzeit in Deutschland in einer Zahl von 1500 mit etwa einer Million Mitglieder. 75 % derselben gehören dem Stand der Arbeiter, kleinen Handwerker, Subalternbeamten an.

Das Gemeinsame in dieser ganzen Bewegung gegen den Handel ist zunächst etwas Negatives: Die Produzenten und Konsumenten in ihren vielseitigen Bedürfnissen wollen sich un-

abhängig machen von einem Stand, der sich zwischen sie beide hineingeschoben hat, dessen Vorhandensein trotz vielfacher Vorteile eine Abhängigkeit erzeugt hat, die bald mehr bald weniger fühlbar wird, und der in vielen Fällen eine Belastung der Volkswirtschaft bedeutet.

Aber damit verknüpft sich ein gemeinsames, positives Ziel: Der Produzent und Konsument wollen diejenigen Summen ersparen, die ihnen bei einer Benützung der bisherigen Handelsorganisation verlorengingen; sie wollen sich selbst denjenigen Weg bahnen, der ihnen als der vorteilhafteste erscheint.

Ich glaube, daß diese Bewegung volle Berechtigung hat. Sie bedeutet ja allerdings eine Machtsteigerung derer, die sich emanzipieren; aber diese Machtsteigerung erfolgt in den wichtigsten Fällen bei den Konsumvereinen, den Kreditverbänden, den Absatzgenossenschaften nicht zu Gunsten einzelner, sondern zu Gunsten vieler.

Ihr volkswirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Gewinn ist für jeden objektiven Betrachter zweifellos. Das bestätigt ja auch die Schärfe des Auftretens der Detailhändler gegen sie.

Am schlagendsten tritt er hervor bei den Konsumvereinen, denen heute in Großbritannien 1/7, in der Schweiz 1/10, in Frankreich 1/19, in Deutschland 1/17 der ganzen Bevölkerung angehört. In England beträgt der jährliche Gewinn auf jedes Mitglied 60—70 M., in Deutschland wird er auf 24 M. berechnet. Der Umsatz beträgt im Durchschnitt auf ein Mitglied in England 780 M., in Deutschland 230. Der Vergleich zeigt, welcher Entwicklung in Deutschland das Konsumvereinswesen noch fähig ist. Aber schon heute bedeutet jener Durchschnittsgewinn von 24 M. für eine Arbeiterfamilie eine nicht zu verachtende Summe.

Und nun, meine Herren, wenn wir jetzt von diesem erweiterten Gesichtskreis aus den Kampf des Detailhandels alten Stils um seine Erhaltung betrachten, so bleibt doch kein anderes Urteil als das übrig, daß er Ansprüche erhebt, die ihm nicht zukommen.

Sollen wir dem Konsumenten von Waren einen Vorteil versagen, den wir demselben Menschen zugestehen, wenn es sich um Befriedigung von Kredit- und Versicherungsbedürfnissen handelt? Sollen wir dem Produzenten gestatten, die vorhandene Handelsorganisation zu umgehen, während der Konsument an sie trotz ihrer Unvollkommenheit gebunden bleibt?

Wir haben uns, obwohl es früher ganz anders war, daran gewöhnt, es für normal zu halten, daß der Konsument einfach diejenigen Preise hinnehme, die von ihm gefordert werden. Die meisten Kaufleute lehnen durch die Aufschrift „Feste Preise" jede Einwirkung des Publikums auf die Preise ab. Man betrachtet diesen Ausschluß des Feilschens immer nur als einen großen Fortschritt der Kultur und der Geschäftsgewohnheiten. Aber wenn man auch zweifeln kann, ob es ein allgemeiner Vorteil wäre, wieder zu den primitiveren älteren Formen des Marktens zurückzukehren, so muß doch ausgesprochen werden, daß das jetzige Verfahren den Käufer nicht sichert vor hohen Forderungen.

Heute regt sich in weiten Kreisen der Konsumenten die Empfindung, daß auch der Einkauf von Waren ein Geschäft ist, bei dem der Käufer ebenso sein Selbstinteresse zu wahren berechtigt ist, wie der Verkäufer.

Ich halte das für durchaus erfreulich. Ohnedies bleibt ja der Konsument noch immer in ungünstigerer Lage gegenüber den zu förmlichen Ständen und Verbänden zusammengeschlossenen Produzenten und Händlern. Auch auf die staatliche Wirtschaftspolitik hat ja der Konsument als solcher keinen Einfluß, sondern nur soweit, als seine Interessen zusammenfallen mit denen der Produzenten und Händler und von diesen mitvertreten werden. Dies trifft aber nur in Einzelfällen zu.

Man braucht dem selbständigen Handel nicht feindselig zu sein, um zu erkennen, daß er sich nur soweit in die Dienste der Allgemeinheit stellt, als ihm Aussichten auf möglichst hohen Gewinn erwachsen. Das Recht auf eine dahin abzielende Kalkulation ist ihm an sich nicht zu bestreiten. Aber ein Recht auf

einseitigen Schutz in dieser seiner Vermittlerstellung kann ich ihm, sei er Klein- oder Großhandel, sei er Warenhandel oder Geld- und Kredithandel, nicht zuerkennen, sowenig wie der Fabrik auf ungestörten Absatz ihrer Produkte oder dem Handwerker auf Konkurrenzlosigkeit.

Mit alledem ist nun auch meine Stellung gegeben gegenüber den Ansprüchen des alten Detailhandels, die man neuerdings mit dem verführerischen Schlagwort „Mittelstandspolitik" bezeichnet hat, während Antisemitismus, Konkurrenzneid und Selbstüberschätzung die treibenden Kräfte sind. Er hat kein Recht, sich als die einzig legitime Form der Versorgung des Publikums zu betrachten und die neueren Formen als Mißgeburten zu brandmarken. Selbstverständlich schließt das nicht aus, daß er Recht hat, wenn er auf manche einzelne Mißbräuche verweist. Daß er diese bekämpft, muß als im Interesse der Allgemeinheit liegend anerkannt werden.

Wenn die Verbände der alten Detailhändler heute manchmal fordern, daß die Zulassung von Warenbazaren und Konsumvereinen von der Feststellung eines thatsächlichen Bedürfnisses abhängig gemacht werde, so spielen sie mit Waffen, die, auf sie selbst angewendet, nur zu häufig totbringend wären. Denn man wird die Frage nach dem Bedürfnis nie nur nach der Zahl der bestehenden Geschäfte, sondern vor allem nach deren Leistungen und Preisen beantworten dürfen. Aber auch bloße Berücksichtigung der Zahl müßte dazu führen, überhaupt eine Vermehrung der Detailgeschäfte auf Jahre hinaus zu verbieten.

Ich kann auch die Politik, die jetzt seit einigen Jahren gegen die Warenbazare, Detailreisenden und Konsumvereine, um nur einige Ziele zu nennen, eingeschlagen ist, nur in Einzelnem als richtig anerkennen, nicht aber dem Geist, der sie beherrscht, Geschmack abgewinnen.

Denn diese Politik geht ganz offenbar dahin, die besonders greifbaren neuen Handelsformen einzuengen oder zu vernichten.

Ich halte dieses Ziel für verfehlt. Aber auch seine Berechtigung zugestanden, mit den bisher angewandten Mitteln ist es unerreichbar.

Um nur die wichtigsten Beispiele dieser Politik zu kennzeichnen: Seit 1896 sind die Konsumvereine in ihrem Absatz auf die Mitglieder beschränkt, die Detailreisenden außer in einigen Branchen verhindert worden, Bestellungen bei Privaten aufzusuchen. Die Wanderlager sind schon vorher zu tot besteuert worden.

Wie haben diese Maßregeln gewirkt? Selbst der wärmste Freund von Fortschritten in der Handelsorganisation kann sie acceptieren, weil sie alle die Bewegung zur Befreiung vom Detailhandel alten Stils nur gefördert haben.

Das Publikum tritt jetzt nur um so mehr in die Konsumvereine ein; der Produzent sucht seinen direkten Absatz an die Konsumenten durch gedruckte Anzeigen und Angebote statt durch Detailreisende und findet sich dabei wohl. Aus den vorüberziehenden Wanderlagern sind kleinere und größere dauernde sog. Fabrikniederlagen geworden, die nun das ganze Jahr über Bedürfnisse befriedigen, wo das vorher nur ein paar Wochen lang geschah.

Und dasselbe gilt von den neueren Ansätzen zur Besteuerung der Konsumvereine und Warenhäuser. Die Konsumvereine sind schon seit einigen Jahren allgemein der Gewerbesteuer und ebenso meistens, wenn schon mit gewissen Abstufungen der Einkommensteuer unterworfen. Meiner Ansicht nach mit vollem Recht. Denn die Form ihres Geschäftsbetriebs und ihre Tendenzen stellen sie den eigentlichen Gewerbebetrieben an die Seite und ihre Einkaufsdividenden sind als Einkommen zu betrachten, das den Mitgliedern neu zufällt.

Aber die Entwicklung ist dadurch nicht aufgehalten worden.

Und dieselbe negative Wirkung werden die hohen strafartigen Extrasteuern haben, die teils nur gegen die Warenhäuser, teils auch gegen die Konsumvereine jetzt seit 1895/96 in Bayern, Preußen, Sachsen geplant sind, neuestens auch in Baden und

vom württembergischen Schutzverband für Gewerbe und Handel gefordert werden und vereinzelt in Sachsen und Preußen bereits in Kraft sind.

Selbst wenn sie bis zu der unmäßigen Höhe von 2% des Umsatzes bemessen werden, wie jetzt in sächsischen Gemeinden, also z. B. bei Konsumvereinen mit 10% Warendividende auf 20%, bei solchen mit 5% Dividende auf 40% der letzteren, wird dieser Druck höchstens die schwächeren Institute zerdrücken, die anderen werden von der werbenden Kraft, die in ihnen liegt, nur vorübergehend etwas verlieren. Die Warenhäuser werden sich, wofür schon jetzt Anzeichen vorhanden sind, durch noch ökonomischere Einrichtung und durch Geschäftserweiterung schadlos zu halten oder durch Zergliederung des Geschäfts unter Strohmännern der Belastung zu entgehen suchen.

Daß diese Prognose richtig ist, zeigt besonders das Beispiel der großen Magazine in Frankreich, die seit 1889 mit immer höheren Extrasteuern verfolgt werden, die sich nach der Zahl der Branchen und des Personals sowie nach dem Mietwert der Geschäftsräume bemessen. Die von den fünf größten Pariser Bazaren bezahlte Staatsgewerbesteuer ist von 1889—1897 von 756000 Franken auf 2,16 Millionen Franken gesteigert worden, ohne daß sich ihr Umsatz oder Gewinn vermindert hätte; der Umsatz von Bonmarché z. B. ist in denselben Jahren von 134 auf 162 Millionen Franken gewachsen.

Das Endziel dieser ganzen Politik wäre nur erreichbar auf eine doppelte Weise: entweder durch radikales Verbot der neuen Handelsformen, das freilich, selbst wenn es politisch durchsetzbar wäre, gerade den Warenhäusern gegenüber nicht in unbedingt wirksamer Weise formuliert werden könnte, oder durch ihre Besteuerung in so hohen Sätzen, daß sie thatsächlich unmöglich würden. Beides käme einer Aufhebung der Gewerbefreiheit für bestimmte Formen von Gewerbebetrieben gleich. Beides setzte eine genaue Begrenzung des Begriffs der Warenhäuser voraus, da die bisherige Mittelstandspolitik es noch nicht wagt, die früher von uns

geschiedenen zwei Arten des großkapitalistischen Detailhandels gleichmäßig zu mißhandeln.

Aber diese Feststellung ist nach dem Urteil aller Besonnenen äußerst schwierig, wenn man sich nicht, wie in Bayern, ganz offen auf die öffentliche Meinung (gleichviel wie sie gemacht wird) stützen, oder vereinzelte Geschäftsmißbräuche oder anderwärts geduldete Gebräuche als Kriterium für dauernde Ansetzung hoher Strafsteuern benützen will. Bayern ist gleichzeitig dasjenige Land, in dessen Landtag zur Zeit der Vernichtungskrieg gegen die Warenhäuser am dringendsten gepredigt wird. Der Steuerausschuß der Abgeordnetenkammer ist jüngst soweit gegangen, für diese eine Staatssteuer von bis zu 3 % des Umsatzes vorzuschlagen, so daß mit Einschluß der Gemeinde- und Kreisumlagen solche Geschäfte z. B. in München mit ca. 7½ % des Umsatzes belastet würden.

Die bayrische Regierung scheint einem derartigen Mißbrauch der Steuergewalt beizustimmen; aber sie steht glücklicherweise darin allein. In Sachsen, wo die Wogen ebenfalls hoch gehen, war es die Regierung, die den Gemeinden, obwohl hier keine Staatssteuer hinzutritt, verboten hat, mehr als 2 % Umsatzsteuer zu erheben. Die preußische Regierung hat bisher gegenüber der Agitation bemerkenswerte Zurückhaltung gezeigt, die württembergische sogar jedes Entgegenkommen abgelehnt. In der That: es wäre ein Widerspruch zu unserer ganzen Sozialpolitik, wenn man eine so bedeutungsvolle Entwicklung wie die der Konsumvereine und der die jetzigen Detailhandelspreise unterbietenden Warenhäuser hemmen wollte, die gerade den unteren Schichten des Volks Vorteile bringt. Von hier bis zum Versuch der Totbesteuerung auch der Großindustrie wäre nur ein Schritt. Und diesen Schritt haben neuestens die Verbände der Kleinmüller schon angeregt. Die Moral des Geschäftslebens, deren angebliche Verbesserungsbedürftigkeit jetzt als Deckmantel dienen muß, wird sicher nicht durch solche Mittel der Strafbesteuerung gehoben. Eher wird das Gegenteil zu befürchten sein. Und wenn schließlich die Detaillisten alten Stils sich von der Be-

seitigung ihrer Widersacher dauernden Gewinn erhoffen, so werden sie sich auch darin getäuscht finden. Die wachsende Konkurrenz aus ihren eigenen Reihen wird dafür sorgen, daß ihre Lage sich nicht auf die Dauer verbessert.

Dabei will ich keineswegs an sich eine höhere und progressive Besteuerung der größeren Geschäfte, zu der die bestehenden Gewerbesteuern in der Mehrzahl keine Handhabe bieten, verdammen. Nur darf sie nicht regiert sein von der Absicht, den Detailhandel alten Stils zu schützen, sondern sie muß von dem Gedanken ausgehen, das bisher fehlende Gleichmaß in der Gewerbebesteuerung zu erzielen, die Macht, die in der Kapitalkonzentration der großen Unternehmungen, ob sie nun auf der Selbsthilfe der Interessenten oder der Erwerbslust von Kapitalisten ruht, dem Staatssäckel dienstbar zu machen.

Wo der Staat auf Gewerbesteuern verzichtet hat, mögen die Gemeinden an seine Stelle treten. Wo Staat und Gemeinde gleichzeitig ein Recht geltend machen und die Besteuerung der letzteren auf dem bloßen Zuschlagssystem beruht, sind bei progressiver Ausgestaltung der Staatssteuer je nach deren Höhe Obergrenzen für die Gemeindezuschläge unentbehrlich, um eine so exorbitante Belastung, wie sie z. B. in München droht, zu verhindern.

Die Steuer müßte ausgedehnt werden auf alle größeren Handelsgeschäfte und Genossenschaften. Zu erwägen wäre ihre Anwendung auch auf die industriellen Großbetriebe. Der Ertrag ohne Abzug der Zinsen für geliehenes Kapital müßte die Steuergrundlage bilden. Bei den großen Geschäften der Gegenwart bildet die Verwendung fremden Kapitals keineswegs einen Grund zu milderer Besteuerung. Ob sich außerdem auch eine Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Kapital und Ertrag bei der Steuerbemessung empfehlen würde, will ich dahingestellt sein lassen. Eine Steuer nach Maßgabe des Umsatzes ist ganz ungerecht, einmal schon deshalb, weil sie Geschäfte mit langsamem Umsatz prämiiert, während die Raschheit des Umsatzes im Interesse der Konsumenten liegt, sodann, weil der Umsatz

keinerlei sicheren Rückschluß auf den Ertrag gestattet. Steuern nach anderen äußerlichen Merkmalen, wie Zahl der Geschäftszweige, des Personals ꝛc. sind ebensowenig zu rechtfertigen. Sie wären ein Rückfall in Irrtümer, die als solche von der Wissenschaft und umsichtigen Praktikern längst erkannt sind. Gerade diese Erkenntnis hat ja dazu beigetragen, daß im letzten Jahrzehnt eine Reihe von Staaten von der Verwendung solcher Äußerlichkeiten bei der Gewerbesteuerveranlagung abgegangen sind.

Sie sehen, in welchen anderen, weiteren Zusammenhang hier die Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine zu treten hätte.

Trotz dieses Entgegenkommens in Einzelheiten werden Sie mir den Vorwurf machen, daß ich also den Detailhandel alten Stils fallen lasse und damit die $^3/_4$ Millionen in ihm thätiger Personen.

Dem gegenüber darf ich wohl zum Schluß noch ein Doppeltes betonen: Ich glaube zunächst nicht, daß ein Verzicht auf Bekämpfung der Konsumvereine und Warenhäuser den vollständigen Ruin der Detailhändler alter Art herbeiführen wird. Ich will hier nicht reden von der Summe von Fällen, in denen die letzteren auch bei stärkster weiterer Ausbildung der Warenhäuser und Konsumvereine lebensfähig bleiben, weil diese auch dann noch große Lücken in der Bedürfnisbefriedigung offen lassen.

Vor allem ist Verbreitung und Gedeihen der Warenhäuser und ebenso der Konsumvereine an Voraussetzungen gebunden, die nicht immer zutreffen. Die Konsumvereine fehlen in den kleinsten und vielen der größten Orte, weil sie ein Solidaritätsgefühl unter den Konsumenten fordern, dessen Auslösung viele Hindernisse im Weg stehen. Selbst in Großbritannien haben sie nur $1^1/_4$ Millionen Mitglieder. Auch die Bazare werden ganz vorwiegend eine Erscheinung des großstädtischen Lebens bleiben. Höchstens in Fabrikstädten können sie noch gedeihen. Was sich in kleineren Städten als Bazar ꝛc. bezeichnet, hat von den Geschäftsgrundsätzen der großen Warenhäuser kaum mehr als die Reklame angenommen.

Alles das zeigt, daß der Detailhandel alten Stils neben seinen Konkurrenten einen breiten Boden behalten wird.

Aber eine Summe von Betrieben kann, wenn sie wirklich unmöglich werden sollte, mit gutem Gewissen preisgegeben werden; alle diejenigen, die sich ganz überflüssig aufdrängen, die nur eröffnet worden sind, weil sie einen Unterschlupf für unfähige und zu keiner andern Arbeit bereite Personen bilden. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß diese einen anderen Neben- oder Hauptberuf wählen, in dem sie nützlichere Glieder der Gesellschaft werden.

Und das Zweite, was ich noch hervorheben möchte, ist das, daß der Detailhandel selbst über ein Mittel verfügt, das ihm gestatten wird, sogar wieder neuen Boden zu gewinnen. An eine Beschränkung der Zahl der Detailhandlungen ist allerdings nicht zu denken, weil sie trotz der Tiefe des Eingriffs keine Garantie für den Erfolg böte und auch den schwersten prinzipiellen Einwänden ausgesetzt wäre.

Das einzige Mittel ist, daß der Detailhandel soviel wie möglich die Geschäftsgrundsätze seiner heutigen Feinde nachahmt. Das ist die Aufgabe der Jetztzeit, wie sie durch alle Wandlungen in den Bedürfnissen und im Werturteil über den Detailhandel gebieterisch gefordert wird.

In den letzten Monaten mehren sich die Anzeichen, daß die Einsichtigsten unter den Detailhändlern diese Aufgabe richtig erfassen, indem neben die rein negativen, unfruchtbaren Schutzverbände positive Fortbildungen treten.

Der Anfang liegt in den in jüngster Zeit in allen Gegenden des Reichs entstandenen Einkaufverbänden der Detaillisten, die es ermöglichen, die Waren aus erster Hand und billiger zu beziehen. Gerade auch in Stuttgart ist im November vom Vorstand süddeutscher Manufakturwarenhändler ein dahinzielender Beschluß gefaßt worden.

Ich glaube, diese Versuche sind aufs wärmste zu begrüßen. Wo sie gelingen, da ist nicht nur ein rascherer Kapitalumsatz und

damit eine geringere Belastung des Einzelgeschäfts mit Betriebskapital, sondern auch wohl eine Verringerung der Preise zu erwarten.

Ähnliche Wirkungen und besonders Ersparnisse an Unkosten würde die Verschmelzung von Detailgeschäften mit sich bringen. Auch solche sind ja in einzelnen Fällen bereits erfolgt.

Es ist klar, daß diese Fortschritte nicht allen Händlern zu gut kommen werden, auch wenn sie, wie zu hoffen, große Dimensionen annehmen. Aber das Ziel kann ja nicht sein, jeden, auch den kleinsten, überflüssigsten Betrieb zu erhalten.

Ein Recht auf Existenz hat nur derjenige Betrieb, der es versteht, sich anzupassen an die nimmer ruhende Bewegung im Wirtschaftsleben.

V.

Zusammenfassung. Ausblick.

Meine Herren!

In den letzten drei Stunden habe ich eine Reihe der wichtigsten neueren Veränderungen in Landwirtschaft, Industrie und Handel vor Ihnen vorüberziehen lassen. Heute bleibt mir die schwierige Aufgabe, die Fülle der Erscheinungen zusammenzufassen und von einem allgemeinen Standpunkt aus einen Ausblick zu thun auf die Aufgaben, die die Zukunft von uns fordert.

Ich gehe dabei aus von der Frage: Wohin treibt unsere wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 20 Jahren?

Die Antworten hierauf sind entsprechend der Vielseitigkeit auch der allgemeineren Entwicklungstendenzen unseres Wirtschaftslebens vielgestaltig. Sie müssen mir auch hier wieder gestatten, auszuwählen.

Ich will es unternehmen, wenigstens zwei große Entwicklungstendenzen zu charakterisieren und daran anknüpfend die Aufgaben zu erörtern, die der Zukunft aus ihnen erwachsen:

In erster Linie: Die Verschiebung des deutschen Wirtschaftslebens zu Ungunsten der Landwirtschaft, die schärfere Ausprägung des Industriestaats.

In zweiter Linie: Die Zunahme der wirtschaftlichen Abhängigkeit.

Ich entnehme in beiden Fällen die Belege den Ergebnissen der beiden Berufsstatistiken von 1882 und 1895.

I. Da ergiebt sich für die Bedeutung der Hauptberufsarten und ihre neuesten Verschiebungen Folgendes: Die Zahl der Erwerbsthätigen umfaßte, wenn die Fälle der Nebenbeschäftigung zunächst beiseite gelassen werden, überhaupt

1882 . . .	18,986	Millionen
1895 . . .	22,913	"

Davon hatten ihren Hauptberuf*) in

A. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	1882	8,236 = 43,4 %	
	1895	8,292 = 36,2 "	
B. Industrie, Bauwesen, Bergbau	1882	6,396 = 33,7 "	
	1895	8,281 = 36,1 "	
C. Handel, Verkehr, Gastwirtschaft	1882	1,570 = 8,3 "	
	1895	2,338 = 10,3 "	

Die übrigen Klassen, die Beamten, freien Berufe, Berufslosen &c. interessieren uns hier nicht.

Von der gesamten Bevölkerung (einschließlich der Dienstboten und Angehörigen) gehörten, wenn nur die Fälle des Hauptberufs gezählt werden, zur Gruppe

A. Landwirtschaft . . .	1882	19,225 = 42,5 %
	1895	18,501 = 35,8 "
B. Industrie	1882	16,058 = 35,5 "
	1895	20,253 = 39,1 "
C. Handel	1882	4,531 = 10,0 "
	1895	5,967 = 11,5 "

Es zeigt sich also:

Die in der Landwirtschaft &c. thätige und durch sie als Hauptberuf ernährte Bevölkerung ist im Vergleich zur Gesamtheit aller Erwerbsthätigen und der ganzen Bevölkerung erheblich zurückgegangen, nämlich

von 43 auf 36 %.

Noch ums Jahr 1860 glaubte Viebahn die landwirtschaftliche Bevölkerung auf 62 % der Gesamtheit schätzen zu können.

---

*) Im Folgenden werden die Gruppen A, B, C kurz als Landwirtschaft, Industrie und Handel bezeichnet.

Die Zahl der in Industrie und Handel beschäftigten Personen ist dagegen von 1882—1895 gewachsen (ohne Berücksichtigung der Nebenbeschäftigung)

von 42 % auf 46,4 %,

die zu diesen Berufen gehörige Bevölkerung sogar

von 45,5 auf 50,6 %.

Mit diesen Zahlen pflegt man in der Regel zu operieren, um die heutige Entwicklungstendenz unseres wirtschaftlichen Lebens zu kennzeichnen. Sie wird damit aber, wie ich glaube, zu sehr auf die Spitze getrieben.

Denn jene Zahlen alle beziehen sich nur auf diejenigen Personen, die der Landwirtschaft, Industrie und Handel ihrem Hauptberuf nach angehören. Diejenigen Personen, die durch Nebenbeschäftigung an jenen Berufen interessiert sind, bleiben unberücksichtigt. Mit Unrecht: denn unsere Zeit zeichnet sich wegen und trotz aller Arbeitsteilung gerade durch eine zunehmende Verkettung in der Richtung aus, daß die Nebenberufe eine immer größere Bedeutung neben den Hauptberufen bekommen.

Würde diese Entwicklung sich gleichmäßig in allen Hauptberufsgruppen zeigen, so könnte sie unbeachtet bleiben. Dies ist aber nicht der Fall und in ganz besonders hohem Grad sind an der landwirtschaftlichen Thätigkeit interessiert und auf Ernährung auch durch sie angewiesen Personen, die ihrem Hauptberuf nach der Industrie, dem Handel oder sonstigen Klassen der Bevölkerung angehören.

Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft kommt 1895 bei 3,7 Millionen Erwerbsthätigen vor, während die Zahl der hauptberuflich darin thätigen 8,3 Millionen umfaßt. Die Zahl der selbständigen Betriebsinhaber in Land- und Forstwirtschaft steigt von 2,57 auf 4,75, also um über 2 Millionen, sobald auch diejenigen gezählt werden, die die Landwirtschaft nur im Nebenberuf treiben.

Selbst beim Handel, bei dem nebenberufliche Ausübung, wie ich früher ausführte, eine große Rolle spielt, ist die Zahl

der Personen, die nebenbei an ihm beteiligt sind, absolut und relativ weit geringer.

Berücksichtigt man diese Bedeutung des Nebenerwerbs, so kommt man zu folgender Entwicklung der Beteiligung der erwerbsthätigen Bevölkerung an den Hauptberufsgruppen:

Von sämtlichen Fällen haupt- und nebenberuflicher Erwerbsthätigkeit fallen auf:

	1882	1895
A. Landwirtschaft . .	49,15 %	42,86 %
B. Industrie	29,77 „	31,94 „
C. Handel	8,64 „	10,44 „

Sie sehen also, Industrie und Handel mit 42 % der Erwerbsthätigen halten zusammen nur gerade den in der Landwirtschaft thätigen Personen die Wage. Die Bewegung, die sich gegenwärtig in unserem Wirtschaftsleben vollzieht, erscheint von diesem Standpunkt der Betrachtung aus als erheblich langsamer. Ich will aber dabei gern zugeben, daß die bloße Nebenbeschäftigung das Interesse des Einzelnen am Schicksal des betreffenden Berufs nicht in gleichem Maß absorbiert, wie der Hauptberuf; aber auch wenn das Interesse hier zurücktritt, darf es doch nicht einfach eskamotiert werden.

Freilich, trotz alledem läßt sich nicht an der Thatsache rütteln, daß im heutigen Deutschland die Industrie und der Handel eine immer größere Rolle spielen.

Man sagt, Deutschland sei ein Industriestaat geworden.

Und man hat damit in gewissem Sinn recht, wenn schon die Folgerungen, die hieraus vielfach gezogen werden, viel zu weit gehen.

Warum ist Deutschland ein Industriestaat?

Nicht deswegen, weil heute in Handel und Industrie 50 % der Bevölkerung hauptberuflich beschäftigt sind, in der Landwirtschaft nur 36. Daß das eine schiefe Gegenüberstellung ist, habe ich eben gezeigt. Der Handel mit 11 % der Bevölkerung

dient überdies nicht bloß der Industrie. Bei stationärer Bevölkerung, wie wir sie leider nicht haben, würden wir kaum von Industriestaat sprechen, auch wenn wirklich 50 % der Bevölkerung in Industrie und Handel beschäftigt wären.

Auch nicht deswegen, weil die Industrieprodukte einschließlich der Nahrungsmittelfabrikate an Wert 5/6 unseres gesamten Spezialausfuhrhandels umfassen. Denn offenbar ist diese Ausfuhr, auch wenn sie z. B. 1897 2680 Millionen Mark beträgt, doch nur ein kleiner Teil der gesamten Produktion, die selbst gar nicht bestimmt werden kann. Im einzelnen läßt sich leicht feststellen, daß z. B. von dem erzeugten Roheisen nur 2 % in dieser Form, von dem weiter verarbeiteten Eisen nur 23 % des Gewichts in Gestalt von Hüttenprodukten ausgeführt werden, daß unsere Ausfuhr in Baumwollwaren und Garnen kaum 1/6 der eingeführten Baumwolle und Garn, unsere Ausfuhr in Bier kaum mehr wie 1 % der Produktion umfaßt. Eine neuere Schätzung von Ballod, die freilich ganz unsicher ist, gelangt zu dem Schluß, daß 5/6 — 7/8 aller großindustriellen Arbeiter die im Inland verbrauchten Waren erzeugt, höchstens 1/6 — 1/8 zur Erzeugung der Exportmengen nötig ist. In vielen Industrien ist die Produktion viel stärker gestiegen als die Ausfuhr.

Nein, Deutschland ist Industriestaat geworden, weil fast ausschließlich **die Industrie und in Verbindung mit ihr der Handel die Beschäftigung unseres Bevölkerungszuwachses möglich macht.**

Das ist leicht zu erweisen: Von 1882—1895 nahmen zu die

	hauptberuflich Erwerbsthätigen	Fälle haupt- und nebenberuflicher Erwerbsthätigkeit
um	3 927 000	4 620 000
Davon fielen 1895 mehr als 1882 auf		
Landwirtschaft nur .	66 000	524 000
dagegen auf		
Industrie . . .	1 885 000	1 980 000
Handel	768 000	980 000

Der sonstige Überschuß verteilt sich auf die Militär-, Beamten- und freien Berufe und auf die Rentiers und Anstaltsinsassen.

Man kann geradezu sagen, ohne die Industrie und besonders ohne das rapide Wachstum der Großindustrie hätte auch die Bevölkerung sich nicht so außerordentlich schnell vermehren können oder auswandern müssen.

Ich will auf die sehr ernsthafte Frage, ob diese Aufsaugefähigkeit der Großindustrie auch in Zukunft so weiter andauern kann, nur im Vorübergehen einen Blick werfen.

Ich glaube, hier liegen große Schatten auf unserer Zukunft. Schon jetzt ist die Konkurrenz in allen Berufen eine erdrückende. Schon jetzt wird die Ausfuhr der Großindustrie mit allen Mitteln forciert, um den inländischen Markt zu entlasten. Man begnügt sich im Ausland mit Schleuderpreisen, selbst wenn sie statt des Gewinns nur eben Deckung der Unkosten ergeben.

Es ist undenkbar, daß unsere Volkswirtschaft trotz aller Großindustrie und trotz Zerlegung alles Großgrundbesitzes in kleine Wirtschaften den jährlichen Bevölkerungsüberschuß von 700000 Köpfen auf die Dauer erträgt, von denen jetzt (seit 1894) im Durchschnitt nur 34000 jährlich auswandern.

Das Wachstum der Bevölkerung muß entweder stark abnehmen, wofür bis jetzt nur geringe Anzeichen vorliegen, oder unser Volk muß in ungeheuren Massen auswandern. Unter diesen Umständen tritt das Problem in den Vordergrund, ob und wie dieser Bevölkerungsüberschuß, wenn er über die Grenzen zieht, für unsere Volkswirtschaft fruchtbar gemacht werden kann. Das Bestehen geschlossener deutscher Kolonien in Südbrasilien, die seit Jahrzehnten ihr Deutschtum und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zur alten Heimat erhalten haben, und unser jetziger Besitz an Kolonien legt einen Wechsel im Verhalten des Reichs zur Auswanderungsfrage nahe. Dasselbe wird es als Aufgabe anerkennen müssen, durch Unterstützung der Kolonisationsgesellschaften und selbständiges Vorgehen unsere überschüssige Volkskraft möglichst dorthin abzuleiten.

Aber ich sehe von diesen großen Zukunftsrätseln ab und frage nur, welche unmittelbaren Aufgaben stellt uns der Umstand, daß die Großindustrie in so eminentem Maß die Beschäftigung unseres Volksüberschusses übernommen hat.

Er zwingt die ganze nächste Wirtschaftspolitik unseres Reichs dazu, die beherrschende Stellung der Großindustrie anzuerkennen und zu unterstützen.

Dies ist freilich nicht in dem Sinn gemeint, als ob der Großindustrie der Arbeiterstand ganz in die Hände gegeben, die Kosten der Arbeiterversicherung abgenommen werden sollten. Was wir bisher in unserer Sozialpolitik erreicht haben, muß erhalten bleiben, ja fortgebildet werden. Und ebensowenig kann, was ich nachher näher zu behandeln habe, eine von manchen Schriftstellern mit auffälliger Einseitigkeit erhobene Forderung verwirklicht werden, die auf nichts geringeres abzielt, als den Interessen der Großindustrie diejenigen der Landwirtschaft zu opfern.

Was zu fordern ist, trotz aller Agitation gegnerischer Parteien, ist vielmehr zunächst die Pflege des bisherigen Absatzes nach auswärts.

Das heißt also genauer: Fortsetzung der bisherigen Handelsvertragspolitik, die seit 1892 den Aufschwung unserer Ausfuhr mitbewirkt hat. Wir müssen wieder, vor Ende 1903, Handelsverträge schließen, die auf längere Dauer eine sichere Grundlage für die Kalkulation beim Export schaffen. Das Verlangen nach kurzen Verträgen mit Kündigungsmöglichkeit von Jahr zu Jahr, wie es die Agrarier stellen, ist schon aus diesem Grund, abgesehen von der Rückwirkung fortdauernder Zollkämpfe auf unser innerpolitisches Leben, unannehmbar. Wir müssen dieses System von Handelsverträgen vor allem aber auch ausdehnen auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, um die Sicherheit des Verkehrs zu gewinnen, die jetzt, wie der Dingleytarif von 1897 gezeigt hat, fehlt.

An dem System der Meistbegünstigung müssen wir wohl den großen Staaten gegenüber festhalten, trotz seiner Zweischneidigkeit, solange die aus dem Frankfurter Frieden von 1871 stammende gegenseitige Gebundenheit Deutschlands und Frankreichs in Bezug auf die Meistbegünstigung nicht beseitigt ist. Vielleicht könnte kleineren Staaten gegenüber eine Begrenzung der Meistbegünstigung durchgesetzt werden.

Der Zolltarif und zwar sowohl der Vertragstarif als auch der neu zu schaffende autonome Tarif bedarf einer Verfeinerung, teils mit Rücksicht auf die durch Technik und Mode bestimmten Verschiebungen in den Waren, die jetzt zu einer Tarifposition zusammengefaßt sind, teils um Vertragsermäßigungen auf diejenigen Waren beschränken zu können, die speziell gemeint sind. Unentbehrlich ist dabei die Ausfüllung von Lücken im Zolltarif, die jetzt nach den verschiedensten Richtungen hin schmerzlich empfunden werden.

Eine Verschärfung des Zolltarifs im ganzen würde ich nur insoweit für richtig halten, als sie als künftiges Handelsobjekt wünschenswert ist. Bei der sinkenden Tendenz der Preise hat sich unser nach dem Gewicht bemessener Tarif ohnehin nicht unwesentlich erhöht gegenüber der Zeit der Einführung der Zölle im jetzigen Betrag.

Freilich, wieweit eine derartige Vertragspolitik auf die Dauer mit Erfolg verfolgt werden kann, steht dahin.

Denn es geht ein mächtiger Zug der Entwicklung durch alle Welt dahin, daß jeder Staat sich zu emanzipieren sucht von der Versorgung mit Waren und Kapital durch fremde Nationen. Wir haben dies selbst nach dem Vorbild Englands in glänzender Weise gethan und jetzt eben sehen wir die Vereinigten Staaten und Rußland mit Erfolg bestrebt, das Gleiche zu thun. In absehbarer Zeit muß auch Österreich-Ungarn und Italien trotz aller hier noch obwaltenden Hindernisse folgen.

Diese ganz allgemeine Bewegung bekommt aber für Deutschland einen doppelt bitteren Beigeschmack dadurch, daß gleichzeitig

das Territorium unserer wichtigsten Konkurrenten, Englands, der Vereinigten Staaten, Rußlands von Jahr zu Jahr sich vergrößert, und daß die Gründung großer gegen uns gerichteter Zollvereine, die weit über die Grenzen eines einzelnen Staates hinausreichen, in der Luft liegt.

Die Verwirklichung eines panamerikanischen Zollbunds, der die Monroe-Doktrin der Vereinigten Staaten auf das handelspolitische Gebiet übertrüge, mag noch in weiter Ferne liegen; näher ist jedenfalls die Gefahr eines Zusammenschlusses von Großbritannien mit seinen Kolonien. Die Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrags im letzten Jahr und die seit dem 1. August 1898 eingetretene Begünstigung Englands auf dem kanadischen Markt sind die ersten Anfänge. Diesen Bestrebungen gegenüber haben Peez und andere, anknüpfend an die vielfältigen Versuche eines deutsch-österreichischen Zollverbands, den noch größeren Plan eines Zollbundes der west- und mitteleuropäischen kontinentalen Staaten aufs Wärmste empfohlen. Ein schöner Traum, der nur leider bei den gegensätzlichen politischen und nationalen Strömungen und der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen bei den in Betracht kommenden Staaten dazu verdammt sein wird, ein Traum zu bleiben.

Überblicken wir dies alles, so müssen wir den pessimistischen Beurteilern der Zukunft unseres Exports recht geben. Es liegt etwas Gekünsteltes in der Lage unserer Exportindustrien. Sie ruhen, wie Oldenberg treffend betont hat, auf Stützen außerhalb des Reichs, auf deren Dauerhaftigkeit wir nur geringen Einfluß haben.

Daraus ergiebt sich, daß die Pflege des Exports nicht das Einzige sein darf, was zu Gunsten unserer Industrie geschieht.

Die möglichste Erweiterung des Inlandsabsatzes spielt unter diesen Umständen in Zukunft ganz offenbar die größere Rolle.

Daß dieser Inlandsverbrauch trotz der Zunahme unserer Konsumtion in den letzten 20—30 Jahren noch weiterer Steigerung fähig ist, läßt sich nicht bezweifeln. Leider sind wir aber

nicht in der glücklichen Lage von England, durch eine freihändlerische Handelspolitik das Niveau unserer Preise herabzusetzen. Da wir Industrieschutzzölle nicht entbehren können, so bleibt kein anderer Weg, als die Konsumtionskraft der Bevölkerung durch andere Mittel zu steigern.

Das ist nun freilich ein außerordentlich schwieriges Problem; es scheint der Quadratur des Zirkels zu gleichen.

Vor allem ist jede Steigerung der Löhne, soweit sie den Warenpreisen vorauseilt, für dieses Ziel von Bedeutung. Daß die Konsumfähigkeit schon bisher so stark gewachsen ist, beruht nicht bloß auf der Verbilligung der Waren, sondern auch auf der dauernden besseren Bezahlung der Arbeiter. Höhere Löhne werden zwar in erster Linie zur Verbesserung der Ernährung und Wohnung verwendet, aber sie führen doch nach allen Beobachtungen in Deutschland und England auch zu besserer Bekleidung und zur Steigerung der sonstigen Bedürfnisse.

Von diesem Gesichtspunkt der Vermehrung des Inlandsabsatzes aus gewinnt ferner die Verringerung oder Ersparnis der Detailhandelspreiszuschläge, von der ich neulich sprach, ihre allgemeinere Bedeutung für den Massenabsatz unserer Industrie. Auf dem großen Vorsprung dieser Entwicklung in England beruht mit die große Kauffähigkeit des englischen Arbeiters.

Der Staat hat es in der Hand, diese Entwicklung auch seinerseits zu pflegen, zunächst, indem er die billigere Versorgung des Publikums durch Konsumvereine, Warenhäuser nicht verhindert. Aber er kann auch auf anderen Gebieten selbstthätig eingreifen. Wenn unsere Schutzzölle ein im wesentlichen unantastbares Hindernis sind, so gilt nicht dasselbe von den Gütertarifen der Bahnen und von einer Reihe von inneren Verbrauchssteuern, die durch die Verteuerung der Waren direkt oder indirekt die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung schwächen.

Die neueste Ermäßigung der Stückgutfrachten ist neben dem in den letzten Jahren erfolgten Zugeständnis niedriger Rohstofftarife als eine erfreuliche Unterstützung des hier vorliegenden

Problems zu betrachten. Zum mindesten müßte unsere Salz- und Zuckersteuer fallen, die jetzt einen Haushalt mit 800—1200 M. Einkommen über viermal so stark belasten, als die Reichen mit über 10000 M. Einkommen; bei Salz macht die Steuer $^6/_{10}$, bei Zucker $^1/_5$—$^1/_6$ des Detailpreises aus. Die Steigerung des einheimischen Verbrauchs von Spiritus zu gewerblichen und Haushaltungszwecken durch niedrige Besteuerung des denaturierten Alkohols, wie sie in neuester Zeit erstrebt wird, wird, wenn sie gelingt, einerseits unsere Spiritusindustrie von dem Druck der Preise auf dem Weltmarkt befreien, andererseits die Abhängigkeit vom Kartell der Petroleumhändler mindern.

Freilich ist nicht zu verkennen, daß das alles nur Kleinigkeiten sind. Der positiven Mitwirkung des Staats sind in der einen wie in der anderen Richtung durch anderweitige Rücksichten enge Grenzen gezogen. Die Hauptsache bleibt die Steigerung der Löhne; aber auch da drängt sich eine Reihe von Bedenken auf.

Zunächst, wird die Steigerung der Löhne nicht auch führen zu einer Erhöhung der Warenpreise? Man wird die Möglichkeit einer Abwälzung der Lohnsteigerung auf die großindustriellen Erzeugnisse nicht in Abrede stellen können, schon mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung der Kartelle.

Ferner: Wird eine Steigerung der Löhne, wenn sie von Arbeiterkoalitionen wirklich in beträchtlichem Maße durchgesetzt würde, ohne daß diese Kosten auf den Warenpreis geschlagen werden können, nicht die Großindustrie lähmen?

Bis jetzt wird niemand diese Wirkung behaupten wollen. Die Lohnsteigerungen sind meist durch technische Verbesserungen wettgemacht. Soweit die Unternehmergewinne niedriger geworden sind, beruht dies mehr auf der Konkurrenz der Unternehmer als auf den bewilligten Lohnerhöhungen. In Zukunft kann sich das und wird sich das wohl auch ändern. Aber daß eine Beschneidung der Unternehmergewinne allgemein lähmend wirken wird, dürfte kaum zu erwarten sein. Denn bei weiterer Andauer der Kapitalisation in jetzigem Umfang wird der Kapitalist

sich überhaupt mit immer mehr sinkenden Zinserträgnissen begnügen müssen und auch der Unternehmer wird dementsprechend seine Erwartungen herabzustimmen haben.

Endlich und vor allem: Ist zu erwarten, daß die Zunahme des Inlandkonsums nicht nur mit der Zunahme der großindustriellen Produktion Schritt hält, sondern sie sogar soweit übertrifft, daß jene morschwerdenden Krücken des industriellen Absatzes im Ausland überflüssig werden? Auch der größte Optimist wird hier nicht mit Ja zu antworten wagen.

Daß ich diese Fragen aufwerfe, mag Ihnen unfruchtbar erscheinen, da die Antworten darauf alle im dunklen Schoß der Zukunft liegen. Wir bedürfen auch nicht der Antwort; denn das, worauf es mir ankommt, ist nur, Ihnen zu zeigen, wie unsicher auch vom Standpunkt einer annähernden Anpassung unseres heimischen Verbrauchs an die industrielle Produktion die entferntere Zukunft unserer Industrie ist.

Gerade diese Unsicherheit der industriellen Lage ist es nun, die uns die Folgerung aufzwingt, daß, so sehr auch die Bedeutung der Großindustrie gewachsen ist als Ernährerin unseres Bevölkerungsüberschusses, doch nicht daran gedacht werden kann, ihr die Landwirtschaft zum Opfer zu bringen.

Die agrarischen Zölle, das Hauptmittel, durch das seit 20 Jahren von Reichs wegen unsere Landwirtschaft gestützt ist, sind seit ebensolanger Zeit unter zwei Hauptgesichtspunkten bekämpft worden.

1. Zunächst im Interesse der Ernährung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, also vor allem unserer Industriearbeiter.

Ich will hier von vornherein zugeben, daß die Zölle auf Getreide, Mehl, Speck, Schmalz, Vieh und Fleisch eine schwere Belastung der industriellen Bevölkerung darstellen. Sieht man ganz ab von Landes- und Gemeindesteuern der gleichen Art, so treffen nach den Berechnungen Neumanns die Reichszölle für diese Artikel

mit Ausnahme von Vieh und Fleisch, wenn Verteuerung der Inlandspreise im vollen Betrag der Zölle angenommen wird, im Vergleich zum Gesamteinkommen den

Arbeiter mit	unter 800 ℳ	Einkommen mit durchschnittlich			5,5 %
	„ 800—1200 ℳ	„	„	„	2,9 „
kleinen Beamten	„ 1200—2000 ℳ	„	„	„	2,1 „
mittleren „	„ 2000—4000 ℳ	„	„	„	0,9 „

wobei das Sinken des Steuerdrucks bei wachsendem Einkommen auf der bekannten Thatsache beruht, daß der Konsum dieser Nahrungsmittel von größerem Einkommen immer geringere Quoten ausmacht.

Oftmals ist nachgewiesen worden, daß z. B. der englische Arbeiter sich, abgesehen von Fleisch, wo die Unterschiede geringer sind, im ganzen viel billiger ernähren kann, als der deutsche.

Diese unzweifelhaften Thatsachen werden nun aber meines Erachtens wenigstens in beträchtlichem Maße abgeschwächt durch folgende drei Umstände:

Zunächst durch die gleichzeitige Steigerung der Löhne seit 1879 weit über jene von den genannten Zöllen in Anspruch genommene Quote hinaus. Und dies gilt nicht nur von der großen Masse der Fabrikarbeiter, sondern auch von der Mehrzahl der von Kommunen und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, von dem Subalternbeamtenstand ꝛc. Ich komme später darauf zurück.

Zweitens dadurch, daß trotz der Zölle eine Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den letzten Jahren billiger war, als vor der Einführung der Zölle. Um hier die zufälligen Schwankungen einzelner Jahre auszuschalten, z. B. die Niedrigkeit der Preise von 1893—96 und die Steigerung seit Ende 1897, empfiehlt sich die Betrachtung etwas größerer Perioden.

Im Durchschnitt von ganz Preußen sanken von 1876/80 bis 1896/98 die Preise von

Weizen	um 21 %
Roggen	„ 22 „
Gerste	„ 17 „
Butter	„ 4 „
Speck	„ 12 „

Gestiegen sind im gleichen Zeitraum nur die Preise von

Rindfleisch	. . . .	um 12 %
Schweinefleisch	. .	„ 4 „

Man kann ja hier nun einwenden, daß ohne die Zölle die Verbilligung der Hauptnahrungsmittel noch viel größer gewesen wäre. So unbestreitbar dies an sich ist, so fällt dieser Einwand doch nur ins Gewicht, wenn die frühere und heutige Lage unserer Arbeiter mit der gleichzeitigen etwa der englischen Arbeiter verglichen wird.

Für den deutschen Arbeiter für sich betrachtet bleibt doch die Thatsache bestehen, daß er trotz der Zölle heute billigeres Brot ißt, als vor 20—25 Jahren.

Endlich stehen der Belastung der nicht agrarischen Bevölkerung mit Zöllen als mildernder Umstand gegenüber die besonderen Aufwendungen des Reichs für die arbeitenden Klassen, wie überhaupt die Fürsorge, die ihnen durch die Reichsgesetzgebung, wenn auch nicht auf Kosten des Reichs, zu teil wird.

In ersterer Beziehung kommt der für 1898/99 bereits mit 23,6 Millionen Mark veranschlagte Zuschuß des Reichs zu der Alters- und Invalidenversicherung in Betracht; in letzterer überhaupt die ganze soziale Gesetzgebung, die die großindustriellen Arbeiter sämtlich, die übrigen Arbeiter wenigstens zu einem großen Bruchteil umspannt.

Wenn diese drei Umstände nun auch lediglich eine Abschwächung, aber keine Rechtfertigung des Agrarschutzes bedeuten, so ergiebt sich dessen Unumgänglichkeit doch bei näherer Betrachtung eines andern Einwands gegen die Agrarzölle:

2. des besonders auf die Getreidezölle zugespitzten Vorwurfs, daß sie nur einem kleinen Teil der Landwirte überhaupt zu gut kommen.

Gegen die Zölle auf sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse, besonders auf Vieh und Fleisch, wird dieser Einwand nicht erhoben, weil das große Interesse des Kleinbetriebs an der Fleischproduktion offen zu Tage liegt.

Dieser Vorwurf schöpft seine scheinbare Berechtigung aus der Beobachtung, daß in allen landwirtschaftlichen Betrieben, wo die Erzeugnisse selbst verbraucht werden, der Stand der betreffenden Produktenpreise irrelevant ist. Es wird dabei in der Regel angenommen, daß mindestens alle Betriebe mit unter 2 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche ihr Getreide selbst konsumieren, ohne es auf den Markt zu bringen. Diese Begrenzung als richtig zuzugeben, läßt sich leicht berechnen, daß im Reich 1895 von 5,56 Millionen Betrieben nur 2,32 Millionen, d. h. 2/5 aller mit freilich fast 95 % der landwirtschaftlich benützten Fläche von den Zöllen auf Getreide Vorteil haben. In Württemberg mit seinem vorherrschenden Kleinbetrieb und -besitz wären es nur 49 % der Betriebe mit 90 % der gesamten Fläche.

Wieviel von diesen Flächen dem Körnerbau selbst dient, ist noch nie zu bestimmen versucht worden.

Ich halte diesen Einwand für unzutreffend, und soweit er zutrifft, für nicht entscheidend.

Ich will nur im Vorübergehen hervorheben, daß die zunehmende Einschränkung der Naturalwirtschaft gerade auch beim Parzellenbetrieb darin zum Ausdruck kommt, daß insbesondere von bloß nebenberuflichen Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe Brotgetreide zu Markt gebracht wird, und daß auch andere Getreidesorten, wie Gerste und Hafer, oft gar nicht im eigenen Haushalt des Produzenten verwendbar sind.

Man kann auch die vielfach angezweifelte Frage ruhig dahingestellt sein lassen, ob jene Grenze von 2 ha, von der an die Getreideproduzenten Vorteil von den Getreidezöllen haben sollen, als Durchschnitt für das Reich richtig ist.

Denn offenbar erschöpft diese direkte Wirkung der Zölle auf die beim Verkauf zu erzielenden Preise die Bedeutung der Zölle überhaupt nur zu einem Teil.

Wie groß oder wie gering der Kreis der direkt Bevorzugten auch sein mag, viel wichtiger und allgemeiner sind die mittelbaren Wirkungen der Getreidezölle.

Man kann sie dahin zusammenfassen: die Zölle konservieren ungefähr den Umfang des Getreideanbaus nach Maß und geographischer Verteilung. Würde der Körnerwirtschaft dieser Schutz etwa plötzlich entzogen, so würde durch das Medium der Verringerung der Reinerträge nicht bloß eine Entwertung der bisher für den Markt produzierenden Betriebe, sondern überhaupt aller landwirtschaftlicher Betriebe mit Ausnahme der Zwergbetriebe eintreten; denn die bisher Getreide bauenden Landwirte würden den Versuch machen, sich der Krisis zu entziehen durch den Übergang zur Mastviehzucht, Molkerei, zum Handelsgewächsbau und zu sonstigen, für aussichtsreicher erachteten Spezialitäten. Und dieser Versuch würde, wenn er gelingt, eine durchgreifende Verschiebung der Konkurrenzverhältnisse in Zuchtvieh, Mastvieh und sonstigen Produkten erzeugen, die gerade diejenigen Landwirte aufs stärkste berührte, die von den Getreidezöllen, solange sie bestanden, geringeren oder keinen Vorteil hatten.

Die plötzliche Beseitigung auch nur der Getreidezölle würde also aller Wahrscheinlichkeit nach eine weit über die größeren Körnerwirtschaften hinausreichende Umwälzung der Rentabilität der Landwirtschaft herbeiführen.

Sollen wir nun eine derartige Umwälzung wünschen?

Ich glaube, schon die Natur unseres Bodens und unseres Klimas wird auf unabsehbare Zeit die vorzugsweise Betonung des Körnerbaus fordern. Wir können Getreide als Zwischenfrucht nicht entbehren. Wir haben kein ozeanisches Klima, wie in Großbritannien, das den allgemeinen Übergang zur Fleischproduktion gestattete.

Aber auch die ganze landwirtschaftliche Grundbesitzverteilung muß uns verhindern, unsere Landwirtschaft oder auch nur die Getreideproduktion für den Markt preiszugeben.

In Großbritannien konnte das Interesse an der billigen Ernährung der Bevölkerung darum mit einem gewissen Recht rücksichtslos vorangestellt werden, weil hier der Boden im Eigentum von wenigen Personen steht und der Pächterstand infolge der im ganzen vorherrschenden kurzen Pachtkontrakte in verhältnis-

mäßig geringem Maß von dem Rückgang der Rentabilität betroffen wurde.

Die Verluste der Landeigentümer sind dort freilich außerordentlich große gewesen. Einen annähernden Maßstab bieten die Ergebnisse der englischen Einkommensteuerveranlagung, wonach der Ertrag der ländlichen Grundstücke im Vereinigten Königreich von

	1879/80	. . .	69,5	Millionen Lstr.
bis	1893/94	auf . . .	57,0	„ „ und
„	1895/96	„ . .	55,4	„ „

gesunken ist. Aber 1/6 der ganzen Landfläche von England und Wales befand sich 1881 in der Hand von 400 Peersfamilien, durchschnittlich besaß jede derselben 5728 ha, in einer einzigen Grafschaft besaß ein Grundeigentümer 1873 72 640 ha. Weitere 1288 Personen besitzen ein Viertel des Bodens, durchschnittlich je 2640 ha. 4217 Personen zusammen besitzen je über 1000 acres = 400 ha, zusammen 56 % des Bodens. Der Besitz der öffentlichen Körperschaften ist dabei noch gar nicht gerechnet. Private Grundeigentümer von über 120 ha (300 acres) gab es nur 13 800, diese besaßen alle zusammen 70 % der Fläche.

Und ebenso stark überwiegt der Großgrundbesitz in Schottland und Irland.

Wie liegen dem gegenüber die Verhältnisse in Deutschland?

Nach der preußischen Grundbesitzstatistik von 1878 und 1893 umfaßte der private Großgrundbesitz von über 500 Thl. Grundsteuerreinertrag (150—50 ha nutzbaren Bodens je nach der Bonität)

1878	31 947	d. h. etwas über	2	%
1893	31 866	„ „	2,1	„ aller Besitzungen.

Dabei ist freilich jede Besitzung einzeln aufgezählt, so daß die Zahl der Großgrundbesitzer sicher um einige Hundert zu groß erscheint.

Die Fläche, die dieselben vom ganzen Staat innehatten, betrug

1878	. .	38,0 %
1893	. .	38,4 „

In Pommern, Posen und Schlesien fallen allerdings auf diese Besitzgröße in beiden Jahren zwischen 62,5 und 51,3 % der Fläche.

Nach den trefflichen Untersuchungen von Conrad besaßen Mitte der 80er Jahre die 1883 privaten Inhaber eines Grundbesitzes von über 1000 ha in den sieben östlichen preußischen Provinzen 2,56 Millionen ha Acker- und Wiesenfläche = 17,7 %. Der gesamte Besitz betrug 4,916 Millionen ha, d. h. 21,7 % der Gesamtfläche der sieben Provinzen. Nehmen wir, was der Wirklichkeit entsprechen dürfte, an, daß in den übrigen preußischen Provinzen solche Grundbesitzer nicht vorkommen, so umfaßt der Großgrundbesitz vom landwirtschaftlichen Areal des Staats 12,5 %, von der Gesamtfläche 14,1 %. In England besitzen dagegen 1688 Personen, unter denen noch viele mehrfach gezählt sind, mit über 1200 ha Besitz allein schon 41 % der Gesamtfläche des Landes.

Für ganz Deutschland mit Ausnahme der östlichen preußischen Provinzen und der beiden Mecklenburg ist der groß- und kleinbäuerliche Besitz das Typische unserer Landwirtschaft. Sein Umfang ist nicht genau bekannt. Ganz sicher können die Betriebe mit 5—100 ha als bäuerlicher Besitz betrachtet werden; in diese Klasse fallen 1,28 Millionen Betriebe; nehmen wir noch die Betriebe von 3—5 ha hinzu, die in West- und Südwestdeutschland allgemein noch als Bauerngüter gelten, so sind es 1,85 Millionen selbständiger Landwirte, d. h. 33 %, die hierher gehören. Diese Bauerngüter bewirtschaften 67 % der deutschen landwirtschaftlichen Fläche. Seit Kühns Berechnungen ist zweifellos, daß sie pro Hektar mehr Getreide verkaufen als die Großbetriebe.

Nun ist ja gewiß, daß gerade der bäuerliche Betrieb aus Gründen, die ich im zweiten Vortrag angedeutet habe, in höherem Grad widerstandsfähig ist, als der Großbetrieb; daß er also in manchen Fällen auch nach einer Aufhebung der Getreidezölle weiter Brotgetreide bauen oder durch den Übergang zu anderen Kulturen sich der Krisis entziehen könnte.

Aber daran kann doch kein Zweifel sein, daß bei einer

Beseitigung der Getreidezölle neben allen überschuldeten Großgrundbesitzern auch Zehntausende von Bauern von Haus und Hof lassen müßten. Wir würden mindestens für eine lange Übergangszeit unseren jetzigen Bauernstand dezimieren. Der Boden käme zu Hunderttausenden von Hektaren in die Hände der Gläubiger, der Besitzer von beweglichem Vermögen; an die Stelle der enterbten Bauern träte ein Pächterstand nach brittischem, belgischem Muster.

Daß die Getreideproduktion wenigstens in Roggen und Weizen außerordentlich stark zurückgehen würde, ist ebenso unzweifelhaft. Das bedeutete aber stark wachsende Abhängigkeit vom Ausland, deren Gefahren für den Kriegsfall wenn auch nicht überschätzt, so doch auch nicht unterschätzt werden dürfen.

Daß wir an sieben verschiedene Staaten angrenzen, von denen vier überhaupt kaum Getreide bauen, scheint mir kein großer Trost. Nur wenn Belgien und Holland bei einem Weltkrieg wirklich neutral bleiben, ist auf Zufuhr zur See mit einiger Wahrscheinlichkeit zu rechnen. Bei der relativ geringen Größe unserer Flotte ist die Aufrechterhaltung direkter Zufuhr nicht zu erhoffen. Gerade hierin liegt wieder ein entscheidender Unterschied unserer Lage gegenüber derjenigen von England.

Schließlich noch ein wichtiger Grund, der für die Erhaltung der Getreidezölle spricht.

Der Zusammenbruch großer Teile der Landwirtschaft, den die Aufhebung der Zölle bewirken würde, würde unmittelbar oder allmählich durch den Übergang zu extensiverer Kultur, ähnlich wie in England, viele Arbeitskräfte frei machen und diese würden Industrie und Kleinhandel und dabei vor allem die Großstädte noch weit mehr überfüllen, als das jetzt schon der Fall ist. Ein Lohndruck auf die übrigen Arbeiter, noch größere Konkurrenz, noch größere Einseitigkeit in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben wären die unausbleiblichen Folgen.

Daß England diese Folgen ertragen konnte, ist kein Beweis dafür, daß Deutschland heute, wo die großindustrielle Entwicklung Gemeingut aller Kulturstaaten geworden ist und die Konkurrenz

im Industriewarenexport so große Dimensionen angenommen hat, dieses Experiment mit Erfolg wagen darf.

Wenn alles dies aufs dringendste gegen die Beseitigung der Agrarzölle spricht, so ist freilich meiner Ansicht nach ebensowenig die Forderung der Agrarier nach einer künftigen Steigerung des Agrarschutzes berechtigt.

Ich will dahingestellt sein lassen, ob für Halbfabrikate aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wie Mehl und Fleisch, eine Erhöhung der Zölle zweckmäßig wäre. Hier wird die Konkurrenz des Auslandes von Jahr zu Jahr größer. Eine Erhöhung des Zolls würde uns neben der Erzeugung auch die Verarbeitung der Rohprodukte sichern.

Aber an eine Steigerung der Getreide- und Viehzölle kann meines Erachtens aus vier Gründen nicht gedacht werden:

1. Schon der Versuch, sie durchzusetzen, würde zurückwirken auf die handelspolitische Haltung der Agrarexportstaaten gegenüber der Ausfuhr unserer Industrieprodukte. 34% unserer Warenausfuhr gingen 1896 und 1897 in die Vereinigten Staaten, nach Rußland, Österreich-Ungarn, Rumänien und Argentinien. Unsere wesentlichsten Gegenkonzessionen an diese Staaten für die Zulassung unserer Industrie liegen im Verzicht auf Überspannung der agrarischen Zölle. Dieses Verhältnis wird auch beim Abschluß der neuen Verträge vor 1903 wieder maßgebend sein.

2. Eine Erhöhung der Zölle würde den eben kaum gesunkenen Optimismus der Bodenbesitzer aufs neue beleben und damit statt des dringend wünschenswerten Wertrückgangs eine weitere Bodenpreissteigerung bewirken, die den ersten neuen Erwerber nach der Zollerhöhung wieder in die gleiche Lage brächte, in der sich die jetzigen Besitzer befinden.

3. Gegen eine weitere Erhöhung der Zölle fällt die Verteuerung der Lebensmittel aufs schwerste ins Gewicht. Wenn die jetzigen Zölle noch ertragen und begründet werden können, so liegt darin keinerlei Rechtfertigung für eine weitere Steigerung.

Es kann aber um so weniger eine weitere Erhöhung der Getreide- und Viehzölle in Frage kommen, als

4. die jetzigen Zölle den nicht übermäßig verschuldeten Wirtschaften bereits einen genügend rentierenden Betrieb gestatten. Die Zölle können nicht danach bemessen werden, daß auch der in der ungünstigsten Lage befindliche Besitzer noch große Gewinne macht. Die heutige Krisis der Landwirtschaft beruht ja überhaupt, wie ich neulich ausführte, keineswegs nur auf dem Preisrückgang des Getreides, sondern vor allem auf der Überlastung mit Schulden, die nur in einem Bruchteil der Fälle mit dem Betrieb etwas zu thun haben. Diese Quelle des Unheils wird aber durch Erhöhung der Zölle nicht verstopft, sondern künstlich vergrößert.

Ob im Gegensatz zur Forderung erhöhter Agrarzölle an eine künftige langsame Herabsetzung der Getreidezölle gedacht werden kann, wie sie besonders von Conrad seit Jahren empfohlen wird, wage ich nicht zu entscheiden. Mir scheint, dieses an sich natürlich höchst erwünschte Ziel könnte ernsthaft erst verfolgt werden, wenn die innere Kolonisationsthätigkeit in Ostelbien große Fortschritte gemacht hat, oder die Entschuldung des dortigen Großgrundbesitzes vollzogen ist. —

Fassen wir das nunmehr gewonnene Ergebnis zusammen, so zeigt sich, daß weder der extreme Industrialismus noch die radikalen agrarischen Forderungen je für sich die Zukunft unserer Wirtschaftspolitik beherrschen dürfen. Dieser Einsicht verdankt die seit einem Jahr vom preußischen Finanzminister Miquel so warm empfohlene „Politik der Sammlung" ihren Namen und ihre Berechtigung. So verächtlich Kompromisse vom einseitigen Parteistandpunkt aus behandelt zu werden pflegen, in einer Politik, die Positives schaffen will, bleiben sie der Stein der Weisen. Zwischen beiden Interessentengruppen wird auch unsere Reichsregierung die rechte Mitte halten müssen. Dies gilt nicht nur von der Zoll- und Handelspolitik, sondern ebenso sehr von der Gesamtheit der inneren Wirtschaftspolitik. Aber es wird geschickter

Steuermänner bedürfen, um das Schiff zwischen Scylla und Charybdis hindurchzuleiten.

II. Ich wende mich zu der zweiten großen Entwicklungstendenz unseres modernen Wirtschaftslebens, zu der zunehmenden Abhängigkeit der Bevölkerung von den Kapitalbesitzern.

Daß dies eine Signatur unserer Zeit ist, darüber kann nach allem, was wir erleben und was ich Ihnen bisher vorgetragen habe, gar kein Zweifel sein.

Ich versuche auch diese Entwicklung zuerst in einigen Zahlen zusammenzufassen, soweit sie sich überhaupt mit Zahlen zeigen läßt.

Dabei nehme ich fürs Erste unter den Erwerbsthätigen als selbständig alle als solche bezeichneten (a und afr) Personen der Berufsstatistik, als abhängige die übrigen und zähle letzteren auch alle diejenigen zu, die, ohne im Haushalt ihrer Herrschaft lebend, mit häuslichen Diensten und wechselnder Lohnarbeit ihr Brot verdienen.

Die Tendenz zur wachsenden Abhängigkeit im statistischen Sinn erleidet eine Ausnahme bei der Landwirtschaft und den ihr verwandten Berufen.

Hier gab es auf tausend Seelen

1882	48,4	Selbständige,		131,5	Abhängige	
1895	49,8	„	+ 2,9 %	110,4	„	— 16,1 %

Diese Erscheinung beruht im wesentlichen auf der Abwanderung der Arbeiter aus der Landwirtschaft. Wenn ich die landwirtschaftlichen Arbeiter im weiteren beiseite lasse, so ist dies auch darum berechtigt, weil hier die Abhängigkeit nur lokal groß ist und weil ein volles Drittel der Arbeiter anders und günstiger zu beurteilen ist, soweit es sich nämlich um Angehörige des Betriebsleiters handelt.

Um so größer ist die Verschiebung aber in Industrie, Handel und wechselnder Lohn- und Dienstarbeit.

Im ganzen Reich betrug die Zahl der Selbständigen

				auf 1000 Seelen	
1882	2,9026	Millionen		= 64,2	
1895	2,9054	„	+ 2800	= 56,1	— 12,6 %,

dagegen die der abhängigen Personen

1882	5,461	Millionen		= 120,8 %	
1895	8,146	„	+ 2,685 Mill.	= 157,4 „	+ 30,5 %.

Noch plastischer wird das Bild dieser gegensätzlichen Bewegung, wenn wir die Großstädte (mit über 100000 Seelen) dem übrigen Reich gegenüberstellen.

Es kamen nämlich auf tausend Seelen

		in den Großstädten		sonst im Reich	
Selbständige	1882 . .	102,2		61,0	
	1895 . .	82,3	— 19,5 %	52,0	— 14,8 %
Abhängige	1882 . .	242,0		110,8	
	1895 . .	276,7	+ 14,3 %	138,6	+ 25,2 %

Es zeigt sich also, daß in den Großstädten einerseits die Abnahme der Selbständigen bei den genannten Gruppen der Bevölkerung rascher fortschreitet als im übrigen Reich — ein Zeichen für die dortige außerordentliche Konkurrenz der großkapitalistischen Betriebe —, daß dagegen andererseits die Zunahme der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten außerhalb der Großstädte viel stärker ist als in diesen; dies ist ein Beweis dafür, in welchem Maß außerhalb der Großstädte der Großbetrieb an Boden gewonnen hat. Freilich machen aber auch jetzt noch in den Großstädten die hier aufgeführten Abhängigen eine doppelt so große Quote aus, wie sonst im Reich.

Alle diese Zahlen sind unter der Annahme berechnet, daß als unabhängig zu betrachten seien die in der Berufsstatistik als selbständige, als Betriebsleiter bezeichneten Personen.

Es ist aber klar, daß diese Abstraktion dem Leben nicht entspricht.

Zunächst giebt die Statistik selbst wenigstens für das Reich im ganzen eine Zahl für die Bewegung derjenigen Personen an, die scheinbar selbständig zu Haus für fremde Rechnung thätig

waren. Auf Unabhängigkeit können sie keinen Anspruch machen. Diese Inhaber von hausindustriellen Betrieben (auf 1000 Seelen 1882 7,5, 1895 5,5) machen im ganzen 1/5—1/6 der Selbständigen in der Industrie, in den Großstädten erheblich mehr aus. Es ist aber zweifellos, daß in keinem der beiden Jahre ihre vollständige Erfassung gelungen ist.

Vor allem kann aber eine Summe von modernen Abhängigkeitsverhältnissen gegenüber fremdem Kapital überhaupt nicht statistisch erfaßt werden. Ich erinnere hier an die Abhängigkeit hochverschuldeter selbständiger Personen gegenüber ihren Gläubigern, an die prekäre Selbständigkeit vieler Handwerker und Detailhändler.

In allen diesen Beziehungen hat sich die Abhängigkeit in den letzten 20 Jahren außerordentlich verschärft.

Zieht man all das in Rechnung, so wird man sagen können, daß seit der Aufhebung von Sklaverei und Hörigkeit die Abhängigkeit nie einen solchen Grad erreicht hat, wie heute. Und nach der ganzen Entwicklungstendenz unserer Zeit, die ich Ihnen in den vergangenen Stunden vorzuführen versuchte, ist sicher, daß dieser Umfang der Abhängigkeit, sei es in der Form der Zunahme der Arbeitermassen, sei es in anderen Gestalten, auch in Zukunft noch wachsen wird.

Nun ist allerdings nicht zu verkennen, daß dieser bedauerlichen Erscheinung manche Lichtpunkte gegenüberstehen, die uns verhindern müssen, diese Entwicklung zu tragisch aufzufassen.

1. Neben dem Zusammenbruch und wirtschaftlichen Rückgang Tausender von Existenzen, die man sich von den Zeiten fehlender Großindustrie her gewöhnt hat, unter den sog. Mittelstand zu rechnen, stehen sehr erfreuliche Ansätze zur Bildung eines neuen Mittelstandes, der trotz seiner Abhängigkeit sich weit über das Niveau eines bloßen Arbeiters erhebt. Es sind das in erster Linie die technisch und kaufmännisch ausgebildeten Beamten und Angestellten der größeren Betriebe.

Wir finden, daß die Zahl dieser (in der Berufsstatistik als b bezeichneten) Personen in Landwirtschaft, Industrie und Handel gestiegen ist von

1882 307 268 = 6,79 %
bis 1895 auf 621 825 = 12,01 „ + 77 %

Aber hierhin sind weiter auch Zehn- ja Hunderttausende von eigentlichen Arbeitern zu rechnen, die sich durch ihre Leistungen und ihren Charakter überdurchschnittliche Bezahlung und eine ebenso sichere Stellung errungen haben, wie wenn sie unabhängig geblieben wären. Jedes größere Geschäft hat einen solchen Stamm von Arbeitern, den es unter allen Umständen festzuhalten und zu pflegen sucht.

Überhaupt ist der Mittelstand, soweit man diesen traditionellen Begriff bei seiner Dehnbarkeit gebrauchen will, mehr in innerlichen Umbildungen als in einem förmlichen Weichen begriffen. Der bäuerliche Betrieb ist unberührt geblieben. Der Handwerksbetrieb mit 6—10 beschäftigten Personen hat sich stark vermehrt; daß auch der Mittelbetrieb im Detailhandel, wenn und soweit er sich anpaßt, lebensfähig bleiben wird, darauf habe ich am Schluß des letzten Vortrags hingewiesen; die stetig wachsende Zahl von Beamten in der Staats- und Gemeindeverwaltung und vor allem speziell in den öffentlichen Transportunternehmungen, welch letztere z. B. 1885 219 000, 1896 dagegen 332 000 Beamte und Unterbeamte umfaßten, stärkt ebenfalls den Mittelstand.

2. Wenn schon der Gegensatz zwischen Reich und Arm sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verschärft hat, so ist doch nicht zu vergessen, daß gleichzeitig die Lebenslage der unteren Bevölkerungsklassen sich ganz wesentlich verbessert hat, ob man sie nun mißt an der Entwicklung des Einkommens und der Löhne oder an sonstigen Symptomen der wirtschaftlichen Lage.

Für einzelne Gruppen und kleinere Bezirke liegen in dieser Beziehung unzählige Beweise vor. Aber es giebt doch auch manche allgemeinere Zahlen, die, wenn sie auch nicht so sicher sind, doch den Vorzug haben, die Detailbewegung zusammenzufassen. Von diesen lassen Sie mich wenigstens einige hervorheben.

Die sächsische Einkommensteuerstatistik, die bis 1894 alle Personen mit 300 M. Einkommen umspannt, also annähernd die ganze erwerbsthätige Bevölkerung, ergiebt z. B., daß von 100 eingeschätzten Personen ein Einkommen hatten von

	1879	1894
unter 300 M. . . .	7,1	5,6
300—800 M. . . .	69,3	59,7
800—1400 M. . . .	13,2	21,3
1400—2200 M. . . .	5,2	6,7

Bei einem Bevölkerungszuwachs von im Ganzen 28 % und einer Zunahme der überhaupt eingeschätzten Personen um 37,5 % vermehrte sich in derselben Zeit die Zahl der Eingeschätzten mit einem Einkommen von

unter 300 M.	nur um . .	8,5 %
300—800 M.	„ „ . .	18,3 „
800—1400 M.	dagegen um .	122,5 „
1400—2200 M.	„ „ .	122,7 „

Diese Zahlen geben ein deutliches Bild für die allmähliche Zunahme der kleineren Einkommen.

Während die preußische Bevölkerung von 1892/93 bis 1898/99 um 8,2 % stieg, nahm die Zahl der der Einkommensteuer unterworfenen physischen Personen, d. h. derjenigen mit mindestens 900 M. Einkommen, in den gleichen Jahren um 19,5 % zu. Daß daran aber gerade die untersten Klassen der Steuerpflichtigen in starkem Maß beteiligt waren, ergiebt die Beobachtung, daß in derselben Zeit die Steuerpflichtigen mit 900—1500 M. Einkommen sich um 21,0 % vermehrten.

Freilich ist hier ein nicht unerheblicher, aber im Grund leicht zu erklärender Unterschied zwischen Stadt und Land. Bei der nicht städtischen Bevölkerung, die um 4,3 % stieg, ist zwar die Zahl der Steuerpflichtigen in den eben genannten Klassen auch erheblich, um 14,2 %, gewachsen; aber diese Zunahme ist erst der Verbesserung der Verhältnisse von 1897/98 an zu danken, während vorher scharf die landwirtschaftliche Depression zum Ausdruck kommt; auch nehmen nicht alle Steuerklassen gleichmäßigen Anteil.

Die städtische Bevölkerung, die um 14,2 % stieg, weist in allen einzelnen Klassen bis 1500 *M*, ja darüber hinaus eine überverhältnismäßige Zunahme auf. Wollte man den Zuwachs in der untersten (900—1050 *M*) mit 35,0 % auch mit auf strengere Einschätzung zurückführen, so würde sich hieraus doch weder die ganze Höhe der Zunahme, noch die ebenfalls die Bevölkerungsvermehrung übersteigende Zuwachsquote in den folgenden Stufen mit 20,7, 25,8 und 17,0 % (—1500 *M* Einkommen) erklären. Wenn im Durchschnitt die Zahl der Steuerpflichtigen mit 900 bis 1500 *M* Einkommen hier um 27,0 % stieg, so ist dies ein sicherer Beweis für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der diesen Klassen angehörigen städtischen Bevölkerung, unter der die Abhängigen eine hohe Quote bilden.

Schließen diese Daten leider einen erheblichen Teil des Arbeiterstandes aus, soweit er unter jener Grenze von 900 *M* bleibt, so bieten für alle in der Alters- und Invalidenversicherung einbegriffenen Personen die folgenden Zahlen über den Rückgang des relativen Anteils der niedrigeren Lohnklassen bei den Beiträgen einen zwar nicht exakten, wohl aber einen Wahrscheinlichkeitsbeweis für die Zunahme der Löhne.

Es kommen nämlich von

	100 *M* Beitragssumme				hundert Wochenbeitragsfällen			
auf	1891		1897		1891		1897	
Lohnklasse I (— 350 *M*)	17,1	54,0	14,0	49,5	25,3	63,7	21,4	59,3
„ II (350—550 *M*)	36,9		35,5		38,4		37,9	
„ III (550—850 *M*)	25,0		27,3		21,7		24,2	
„ IV (über 850 *M*)	21,1		23,2		14,6		16,5	

Dabei ist noch zu beachten, daß in der Zwischenzeit eine größere Zahl von besonders niedrig bezahlten Hausgewerbetreibenden für versicherungspflichtig erklärt worden ist und daß Lohnerhöhungen innerhalb der einzelnen Lohnklassen gar nicht und andere immer erst verspätet und wohl auch nicht genau zum Ausdruck kommen.

Auch für die Zunahme des Vermögensbesitzes bei den unteren Klassen giebt es eine Reihe von Beweisen.

Die preußische Vermögenssteuerstatistik läßt allerdings leider nur die Bewegung der Vermögen von über 6000 ℳ erkennen, soweit sie steuerpflichtig waren, schließt also die eigentlichen Arbeiterkreise fast ganz aus. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit 6000—20 000 ℳ Vermögen sind von 1895/96 bis 1897/98 um 3,1 % gewachsen, die Zahl aller Ergänzungssteuerpflichtigen nur um 2,4 %, die Bevölkerung um 3,4 %.

Nach der Kapitalrentensteuerstatistik Bayerns hatten trotz des inmitten liegenden Rückgangs des Zinsfußes eine Rente von

	1882/83	1896/97		
40—100 ℳ	71 229	77 643	Personen d. h.	+ 9,0 %
100—400 ℳ	78 455	93 712	„ „ „	+ 19,5 „
400—700 ℳ	19 411	21 802	„ „ „	+ 12,5 „

während die Bevölkerung zunahm um 10,5 %.

In Bezug auf die Beteiligung abhängiger Personen an der selbständigen Bewirtschaftung von Grundstücken scheint, soweit die Aufnahmen von 1882 und 1895 einen Vergleich gestatten, allerdings ein Rückgang eingetreten zu sein, und zwar sowohl an Zahl wie in Bezug auf die bewirtschaftete Fläche.

Landwirtschaftliche Betriebe hatten inne

	1882	1895
Hilfspersonen in der Industrie	626 547 = 18,6 % *)	790 950 = 13,3 % *)
davon unter 1 ha	474 550	652 016
1—2 ha	87 383	90 752
2—5 ha	56 638	44 479
5—10 ha	7 265	3 252
über 10 ha	711	451

Aber es wäre verfehlt, hieraus auf einen Rückgang der Wohlstandsverhältnisse dieser Personen zu schließen, da eine Reihe anderer Erklärungen für diese Entwicklung näher liegen, z. B. weitere Parzellierung des Besitzes beim Erbgang, zunehmende Abneigung gegen Bodenerwerb oder Pachtungen, lokale Er-

*) Verhältnis zur Gesamtzahl der betreffenden Personen nach der Betriebsstatistik.

schwerung derselben, wachsende Vorliebe für Vermögensanlagen ohne Bindung an einen bestimmten Ort.

Gegen eine pessimistische Auslegung spricht insbesondere der außerordentliche Aufschwung, den die den unteren Klassen nächstliegende Verwertung ihrer Ersparnisse, die Einlage in Sparkassen, in den letzten zwei Jahrzehnten genommen hat.

In Sachsen, dem industriereichsten Bundesstaat, zählte man bei allen Sparkassen:

	1879	1895
Sparguthaben	861 600	1 942 500
d. h. auf 100 Einwohner .	29,0	51,4
im Betrag von Mill. Mark .	318,3	741,9

Die Zahl der Sparkassenbücher in Preußen betrug:

1882	3,342 Millionen	= 12,1	auf 100	Einwohner
1897	7,643 „	= 23,4	„ 100	„

Im gleichen Zeitraum stieg der Wert dieser Guthaben von 1697 auf 4967 Millionen Mark.

Etwas langsamer entwickelte sich die Sparthätigkeit in Württemberg. Die Württembergische Sparkasse und die Oberamtssparkassen zusammen hatten ausgegeben:

1891	349 354	Sparkassenbücher,	d. h. 17,1	auf 100	Einw.
1896	424 500	„	„ „ 20,3	„ 100	„

Die Guthaben betrugen 1891 137, 1896 190 Mill. Mark.

Was wir wissen über die spezielle Beteiligung der arbeitenden Klassen ist zwar wenig, ergiebt aber doch stark wachsende Benützung.

Bei der württembergischen Sparkasse (ohne die Oberamtssparkassen) vermehrten sich von 1892—96 die einlegenden

Arbeiter	von 46 847 = 38,5 %	der Einleger	auf	61 990 = 41,6 %
niederen Bediensteten	„ 9 135 = 7,5 %	„ „	„	11 084 = 7,5 %

Die Gesamtguthaben betrugen pro Kopf eines

	1892	1896
Arbeiters	525,1 ℳ	571,7 ℳ
niederen Bediensteten .	917,8 ℳ	967,7 ℳ

Von den Bezirkssparkassen ist nur bekannt, daß in 37 derselben (64 %) mit 185000 Einlegern (70 %) 1896 32100 Arbeiter, Gewerbegehilfen, Tagelöhner und 8532 niedere Bedienstete Guthaben hatten. Das würde mit Einschluß der württembergischen Sparkasse eine Beteiligung von fast 25 % aller Arbeiter*) an den Sparkassen ergeben.

In Elsaß-Lothringen wurden von 1883/84 bis 1892/93 an Sparkassenbüchern für Arbeiter 41524 neu ausgestellt mit einem ersten Guthaben von 6,47 Millionen Mark. Leider ist diese Erhebung bis heute nicht erneuert worden.

In Bayern traten den Sparkassen in dem einen Jahr 1896 24064 Arbeiter in Landwirtschaft, Industrie und Handel neu bei mit 4,445 Millionen Mark Erstanlage; davon gehören 12007 der Industrie an. Das sind 1½ bezw. 2 % aller betreffenden Arbeiter.

Selbst die Lebensversicherung scheint sich in den unteren Schichten der Bevölkerung mehr und mehr einzubürgern. In Preußen sind in den Jahren 1894 und 1895 von Angehörigen der Industrie 51533, von solchen des Handels und Verkehrs 11380 neue Versicherungen über Kapitalbeträge unter 1000 ℳ abgeschlossen worden, die zusammen fast 21 Millionen Mark betragen. Sie werden ganz überwiegend den abhängigen Personen dieser Berufsklassen zuzurechnen sein.

Doch genug der Beispiele!

Alle diese Beobachtungen zeigen uns, daß neben der wachsenden Abhängigkeit doch Thatsachen stehen, die gegen eine zu pessimistische Auffassung sprechen. Aber die Zunahme der Abhängigkeit selbst ist nicht zu leugnen.

Unter diesen Umständen drängt sich die Frage auf: **Was muß und kann geschehen? Läßt sich diese Abhängigkeit vom Kapital etwa wieder aus der Welt schaffen?**

---

*) Hier wie im folgenden sind alle sogenannten c-Personen der Berufsstatistik als Arbeiter betrachtet.

Da steht von vornherein ein Doppeltes fest: Es ist undenkbar, die Wirtschaftsentwicklung bis auf den Zeitpunkt zurückzuschrauben, wo die Abhängigkeit geringer war, weil das Großkapital noch nicht bestand oder noch nicht den Einfluß hatte wie heute.

Ebenso unmöglich ist aber die sozialistische Lösung, die durch Verwandlung alles Privat- in öffentliches Kapital, durch Beseitigung des privaten großen und kleinen Unternehmertums die Abhängigkeit mit einem Schlag zu beseitigen hofft. Auf eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Sozialismus muß ich hier verzichten. Es mag genügen, daran zu erinnern, daß diese Lösung an die Stelle der Abhängigkeit vom Privatkapital eine ebenso große, wenn nicht noch größere Abhängigkeit von denjenigen Personen setzen würde, die im sozialistischen Staat über die Produktion und den Unterhalt der Bevölkerung zu bestimmen hätten.

Nein: Vom Boden der heutigen Verhältnisse aus müssen wir handeln. Ohne Privatkapital, ohne Abhängigkeit von ihm ist auch die moderne Produktion unmöglich. Erwägungen psychologischer, technischer, organisatorischer Natur lassen die Aussichten auf ein Festhalten des heutigen Produktionserfolgs unter einer sozialistischen Wirtschaftsordnung als ganz unsicher erscheinen. Wollen wir diese jetzige Produktion nicht vernichten — und niemand wird ernsthaft daran denken —, so müssen wir die Abhängigkeit vom Kapital auch als Bedingung unseres jetzigen Wirtschaftslebens anerkennen.

Aber freilich, wenn so die Abhängigkeit vieler von wenigen eine unabänderliche Thatsache ist, so kann es doch weder dem Staat noch der Gesellschaft gleichgültig sein, ob diese Millionen von Abhängigen als Sklaven des Kapitals oder als dessen Mitarbeiter ihr Leben führen.

Deshalb muß die Sozialpolitik, die Summe von Maßregeln zum Schutz der abhängigen Personen, mit der Zunahme der Abhängigkeit immer mehr ein ebenbürtiger Zweig neben derjenigen Wirtschaftspolitik werden, die dem Gedeihen der Unternehmungen

als solchen dient. Der Kapitalist, der große Unternehmer, dessen Macht heute vervielfältigt ist, wird eben darum weniger als je den Anspruch darauf erheben können, souverän schalten zu dürfen, „Herr im eigenen Haus“ zu sein.

Dieses „Haus“ hat das Recht beliebiger Behandlung seiner Arbeiter nie besessen und wenn es ein solches besessen hätte, so wäre dieses Recht durch die Abhängigkeitsverhältnisse, die sich mit ihm verknüpfen, verwirkt. Ich habe auf diesen Gedankengang schon am Schluß des dritten Vortrags hingewiesen.

In zwei Richtungen — das lassen Sie mich noch, wenn schon in programmatischer Kürze andeuten — fordert dieser heutige Zustand der Abhängigkeit und die Aussicht auf weiteres Wachstum Vorsorge in der Zukunft:

1. Da die Abhängigkeit selbst nicht zu beseitigen ist, so muß das Ziel privater Anstrengungen und unserer Politik sein, die Lage der Abhängigen gegenüber dem Kapital und seinen Repräsentanten so günstig zu gestalten, als dies mit dem Fortbestand der kapitalistischen Unternehmungen vereinbar ist.

Ich habe schon neulich hervorgehoben, daß ich die Koalitionen der Arbeiter für unbedingt notwendig halte, auch wenn sie die Gefahr von Übergriffen in sich schließen. Der Unternehmer wird sich, wie dies ja schon jetzt manche Beispiele zeigen, in Zukunft daran gewöhnen müssen, der Gesamtheit seiner Arbeiter einen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gestatten. Nur durch Zugeständnisse in Bezug auf solchen Einfluß können wir hoffen, daß es gelinge, die gewaltige Bewegung unter unseren Arbeitern einzudämmen.

Erst in zweite Linie rückt der an sich unentbehrliche Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung. Hier handelt es sich neben formalen Verbesserungen zunächst mehr um Ausdehnung des bestehenden Arbeiterschutzes und der Versicherungen auf weitere Kreise wirtschaftlich abhängiger Personen, als um intensivere Ausgestaltung. Wichtiger noch als diese Aufgaben ist aber, daß die Sozialpolitik des Reichs wie in den großen fremden Industrie-

staaten ein einheitliches Organ zur Vorbereitung und zum Vollzug aller Maßregeln erhält.

Neben alledem fordert die Zukunft zu Gunsten aller Abhängigen, nicht nur der Arbeiter, aber noch ein Doppeltes: einmal eine Steuerpolitik, die sie von direkten Steuern möglichst entlastet. Gerade weil Schutzzölle auch in Zukunft unentbehrlich sind. Die englische, die preußische Gesetzgebung kann hierin als Muster gelten. Zweitens eine immer weitere Ausdehnung der öffentlichen Thätigkeit auf Gebiete, die der Allgemeinheit oder speziell den unteren Klassen zu gut kommen, sei es unentgeltlich wie Schulwesen, Begräbnis, sei es gegen niedriges Entgelt, wie z. B. beim Bau von Arbeiterwohnungen.

Ob darüber hinausgegangen und ganze Erwerbszweige verstaatlicht werden sollen, nur um die in ihnen beschäftigten abhängigen Personen der Wirkung des Privatkapitalismus zu entziehen, diese oft aufgeworfene Frage glaube ich verneinen zu müssen.

2. Das andere Ziel unserer zukünftigen Politik, wie sie die jetzige Lage fordert, ist: der Staat muß alles aufbieten, die Macht des Privatkapitals abzuschwächen. Er wird dabei freilich nicht einzelne, von ephemeren Wirtschaftsparteien angefochtene Formen der Verwendung herausgreifen dürfen, sondern suchen müssen, *alle* Formen des Großkapitals zu treffen.

In gewissen Beziehungen ist dieses Ziel schon in dem eben Ausgeführten enthalten. Aber noch darüber hinaus stellt die Zukunft Aufgaben.

Daß das Kapital in seinem Einfluß auch auf die Preise von Waren kontrolliert werden muß, deutete ich neulich schon an. Unserer neueren Börsenpolitik schwebt bei allem Parteifanatismus, dessen abschreckende Spuren das Börsengesetz zeigt, ein ähnliches Ziel vor.

Weiter möchte ich hervorheben: Die Zeit, da das Kapital besondere Schonung bei der Besteuerung beanspruchen konnte, weil es als Pionier des wirtschaftlichen Fortschritts auftrat, ist längst vorüber. Unsere Besteuerung muß mehr, als bisher auch

in Württemberg der Fall war, darauf zugeschnitten werden, daß die Kapitalansammlung in der Hand der Reichen erfaßt wird.

Ich habe am Schluß des vierten Vortrags von progressiven Steuern auf großkapitalistische Betriebe nach deren Erträgen gesprochen; so sehr sie sich rechtfertigen lassen, so wird man doch nicht verkennen dürfen, daß sie ähnlich wie die heute als Ideal betrachteten Einkommens- und Vermögenssteuern neben manchen spezifischen einen erheblichen gemeinsamen Mangel haben. Denn alle solche regelmäßigen Steuern lösen gerade beim Kapitalbesitzer in besonders hohem Grad die Neigung aus, die Steuer im Preis der Produkte oder des Geldes abzuwälzen, also gerade den Schwächeren zuzuschieben. Schon diese Wahrnehmung muß vor einer Überspannung der genannten Steuern warnen.

Aber es giebt eine Reihe von Steuern, die diese Schattenseite nicht haben, die Erbschaftssteuer und die Steuern auf andere Konjunkturengewinne (z. B. vom Wertzuwachs städtischen Grundbesitzes) — erstere trotz allgemeiner Verbreitung bisher in Deutschland nur schwächlich entwickelt, letztere überhaupt noch nicht über das Stadium einzelner Versuche hinausgediehen. Die Ausbildung beider muß eine Hauptaufgabe der nächsten Jahrzehnte sein.

Nur über die Erbschaftssteuer seien noch einige Worte gestattet. Es giebt kaum eine Steuer so berechtigt wie diese, da sie anknüpft an die Sicherung, die der Staat dem Privateigentum über den Tod des Eigentümers hinaus gewährt. Sie wird in dem Augenblick fällig, wo die Bilanz über den pekuniären Erfolg eines ganzen Lebens gezogen wird, wo die Erben einen Besitz antreten, dessen Größe ohnehin bis zur Liquidation unsicher war. Wenn in diesem Augenblick ein Teil der Erfolge des Verstorbenen zu Gunsten der Allgemeinheit mit Beschlag belegt wird, so wird diese nachträgliche Beschneidung der Kapitalbildung von den Erben nicht als wirklicher Verlust, sondern in der Regel nur als entgehender Gewinn gefühlt.

Die Steuer muß dann freilich auch Kinder und Ehegatten umspannen und bei Freilassung der kleinen alle größeren Erb-

schaften mit rasch wachsendem Steuersatz treffen. Beides fehlt noch fast überall in Deutschland, während die neue englische Erbschaftssteuer, die diesen Forderungen entspricht, Sätze von 1—18 % enthält, ein französischer Entwurf solche von 1—18½ % vorschlägt.

Die Steuer müßte als Reichssteuer behandelt werden, unter Entschädigung der Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer derzeitigen Einnahmen; sie würde auch dann noch genügen zur Beseitigung der drückendsten indirekten Abgaben, soweit sie nicht als Schutzzölle unantastbar sind.

So große Hindernisse namentlich politischer Art einstweilen noch diesem Plan im Wege stehen — ich verkenne die Schwierigkeiten durchaus nicht —, so sicher wird man in der Zukunft bei wachsender Kapitalkonzentration auf eine derartige Steuer zurückkommen müssen.

Damit bin ich am Ende dessen angelangt, worauf ich in den fünf hinter uns liegenden Vorträgen Ihre Aufmerksamkeit lenken wollte. Vieles habe ich bei der beschränkten Zeit nur streifen können, manches schärfer pointieren müssen, als es unter anderen Umständen nötig gewesen wäre.

Überblicken wir das Bild, das das an äußeren politischen und wirtschaftlichen Erfolgen für uns Deutsche so reiche 19. Jahrhundert jetzt an seiner Wende bietet, so gilt von unserem Wirtschaftsleben etwas ähnliches wie von unseren inneren politischen Zuständen.

Wie die Erfolge der Reichsgründung und die geachtete Stellung des deutschen Namens im Ausland uns nicht bewahrt haben vor innerer Zerklüftung und Zerfahrenheit, so ist auch der große wirtschaftliche Aufschwung, den Deutschland seit 1860 und 1870 genommen hat, begleitet, ja teilweise bedingt von tiefeinschneidenden Umwälzungen in der Bedeutung der Betriebsformen in Gewerbe und Handel, von einer Krisis unserer Land-

wirtschaft, von zunehmender Abhängigkeit und Mißstimmung der Bevölkerung.

Unsere Zukunft in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wird davon abhängen, ob und wie das deutsche Volk diese bedauerlichen Begleiterscheinungen unserer neuesten Entwicklung überwindet.

Wir blicken heute nicht wie vor 27 Jahren in eine fröhliche Zukunft. Der Daseinskampf der Völker untereinander, der Berufs- und sozialen Gruppen innerhalb der einzelnen Nationen hat sich außerordentlich verschärft. Niemand, weder der Unternehmer noch der Arbeiter, sieht einen schützenden Hafen vor sich, in den er sich zurückziehen könnte vor den Stürmen, die heute die Welt durchziehen.

Sollen wir angesichts unseres Hangs zur unfruchtbaren Kritik, zum traumverlorenen Spintisieren, angesichts der Gärung unter unseren Arbeitern irre werden an der Zukunft unseres Volks?

Zwei Anker geben uns ein Recht, zu vertrauen, daß das deutsche Schiff trotz alledem die Wogen siegreich durchschneide.

Der eine ist die gerade jetzt vom Ausland so anerkannte Thatkraft und Schmiegsamkeit des Deutschen und der gesunde Sinn unseres Volks, an dem wir trotz aller Unarten kein Recht zu zweifeln haben.

Trotz allen Drucks, den die Umwälzungen erzeugt haben, ist doch Verzagtheit nur ausnahmsweise zu beobachten. Trotz aller Begehrlichkeit steht doch der deutsche Arbeiter im ganzen nicht hinter dem ausländischen in Bezug auf Arbeitsamkeit und Pflichterfüllung zurück. Wenn bei einzelnen Industrien die Leistungen ausländischer Arbeiter höher sind, so erklärt sich dies im wesentlichen aus Unterschieden in der Intelligenz, in der technischen Ausstattung der Betriebe, nicht aber aus Charakterschwächen, auch nur zum kleinen Teil aus besseren Lebensbedingungen.

Jene Anpassungsfähigkeit, die unsere Konkurrenten auf ausländischen Märkten immer wieder von unserer Exportindustrie hervorheben, sollte sie beschränkt sein auf unsere Großindustriellen?

Gewiß ist die Anpassung unserer Kleinbetriebe oder der Landwirtschaft an die heutigen inneren Verhältnisse nicht in gleichem Umfang zu erwarten, weil weder die Gabe noch die Mittel sich anzupassen gleichmäßig verteilt sind. Noch heute gilt, wie von jeher, daß aller Fortschritt im Wirtschaftsleben von kleinen Kreisen über dem Durchschnitt stehender Personen ausgeht und erst allmählich zum Gemeingut wird. Daß diese Fortentwicklung aber bei der Landwirtschaft in großem Umfang vorliegt, daß im Handwerk und Detailhandel die erfreulichen Ansätze nicht fehlen, das glaube ich gezeigt zu haben.

Der andere Anker unseres Vertrauens auf die Zukunft ist (und hier erinnere ich an meine Ausführungen am Schluß des ersten Vortrags zurück) der moderne deutsche Staat.

Ich habe Ihnen früher gezeigt, wie er hineingewachsen ist in die Aufgaben, die das Wirtschaftsleben von ihm fordert. Wir können darauf vertrauen, daß er auch in Zukunft diesen Aufgaben treu bleiben wird.

Das mag manchen unbequem und ärgerlich erscheinen, solchen, denen der Staat im Weg steht als Schützer der Schwachen, oder solchen, die davon träumen, daß die urteilslose kurzsichtige Masse selbst im stand sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten oder sogar in höherem Maß zu wahren.

Ich will nicht darüber streiten, ob einzelne unserer politischen Einrichtungen zu engherzig, zu bureaukratisch gehandhabt werden. Jedenfalls treffen solche Fehler nur einzelne Verwaltungszweige, auch nicht alle deutschen Staaten gleichmäßig.

Auch mag richtig sein, daß das Tempo unserer Sozialpolitik in den letzten Jahren langsamer geworden ist. Hier bleibt zu erwägen, daß auch die Staatsverwaltung Ruhepausen braucht, daß die Zielpunkte aller Politik, auch wenn sie vom Staat als richtig anerkannt sind, doch nur auf Umwegen, in Zickzacklinien erreicht werden können, oft sogar unerreichbar sind.

Aber die Hauptsache ist doch die: daß kein Kulturstaat gleicher Größe mit ähnlichen wirtschaftlichen Gegensätzen so wie der

deutsche Staat in solchem Umfang und im ganzen mit solchem Glück eingegriffen hat in das Wirtschaftsleben.

Das Geheimnis dieses Erfolges aber liegt nicht in unserer Volksvertretung, sowenig ihre Bedeutung sonst verkannt werden kann, sondern in zwei anderen Institutionen unseres Staats, die beide vereint in gleicher Qualität kaum ein anderer besitzt: in unserer Monarchie und in unserem Berufsbeamtentum. Blicken Sie über unsere Grenzen! Lädt die unstäte, schwächliche innere und äußere Politik Frankreichs, der gewaltthätige Einfluß der Parteien auf Ämter und Regierung dort und in den Vereinigten Staaten zur Nachfolge ein?

Wie wenig bedeutet gegenüber solcher Entfesselung der Parteileidenschaft, einer Gefahr, wie sie jede Republik in sich trägt, die Lust der Vielregiererei einzelner unserer Verwaltungsbeamten, über die der Deutsche klagt, wie wenig die seltene Vorkehrung spezifisch dynastischer Interessen in unseren Monarchien!

Unsere innere Politik wird auch weiter beherrscht sein von wirtschaftlichen Kämpfen. Mehr und mehr bilden sich die politischen Parteien um zu Wirtschaftsparteien. Dem Staat wird noch mehr als bisher die Entscheidung zufallen.

Um so unentbehrlicher bleibt das Vorhandensein von Staatskräften, die über politischen Parteiprogrammen und einseitigen Wirtschaftsinteressen stehen.

Und darum halten Sie fest, meine Herren, an Monarchie und Beamtentum, den Säulen unseres Staats! Sie sind der Fels, an dem sich die Wogen brechen, der Fels, auf dem auch in Zukunft Deutschlands Geschick ruht.

Troeltsch, Walter,

Über die neuesten Veränderungen im deutschen Wirtschaftsleben
Vortragscyklus, gehalten in Stuttgart vom 21. November bis 19. Dezember 189
8

Stuttgart 1899